
Josef Lennartz

**100 JAHRE
SOZIALDEMOKRATIE
IM ERKELENZER RAUM**

Josef Lennartz

100 Jahre

Sozialdemokratie im Erkelenzer Raum

Vorbemerkung zu dieser Ausgabe:

Die Mitte 2019 gegründete Geschichts-AG des SPD-Ortsvereins Erkelenz hat sich zur Aufgabe gemacht, die Idee, die diesem Werk von Josef Lennartz zugrunde liegt, aufzugreifen und die Geschichte der SPD in Erkelenz fortzuschreiben. Da es nur noch sehr wenige Exemplare der fundamentalen Arbeit von Josef Lennartz gibt, hat die AG als erstes Produkt das Heft „100 Jahre Sozialdemokratie im Erkelenzer Raum“ digitalisiert. Der Originaltext ist erhalten und bewusst nicht an die neue Rechtschreibung angepasst worden. Durch die Änderung des Formates haben sich allerdings neue Seitenangaben ergeben. Auch einige Tabellen mussten angepasst werden. Die Geschichts-AG hat Wert darauf gelegt, die Anpassungen so geringfügig wie möglich zu halten, damit der Gesamteindruck des Originals erhalten bleibt. Dem leider schon 2017 verstorbenen Autor und SPD-Mitglied Josef Lennartz wird an dieser Stelle für seine außerordentlich wichtige Arbeit zur Geschichte des OV Erkelenz noch einmal aufrichtig gedankt.

Die Vertreter der Geschichts-AG der SPD Erkelenz:

Astrid Wolters, Dieter Spalink (Sprecher), Rainer Rogowsky, Thomas Jahn
Erkelenz, im Dezember 2019

Herausgeber: SPD-Ortsverein Erkelenz und SPD-Distrikt Erkelenz

Verantwortlich: Josef Lennartz, Erkelenz

Gedruckt mit Unterstützung des SPD-Ortsverein Erkelenz
des SPD-Distrikt Erkelenz
der SPD-Fraktion Erkelenz
in der Werkstatt für Behinderte, Heinsberg-Oberbruch. 1978

100 Jahre Sozialdemokratie im Erkelenzer Raum

Inhalt:

Zu dieser Arbeit (Vorwort)	Seite 5
I. Die Anfänge (vor 1914)	Seite 6
II. Die Zeit der Weimarer Republik (1918-1933)	Seite 26
III. Illegales Wirken (1933-1938)	Seite 35
IV. Neubeginn und Ausbau (1945-1971)	Seite 39
Der Vorstand des SPD-Ortsverein Erkelenz seit 1946 (seit 1971 SPD-Distrikt Erkelenz)	Seite 52
Die Fraktionen der SPD in den Kreis-, Stadt- und Gemeindeparlamenten nach 1945 (Bereich des heutigen Stadtgebietes Erkelenz)	Seite 54
Kommunalwahlergebnisse 1948-1969	Seite 62
Mitgliederbewegung	Seite 63
Fußnoten - Quellen	Seite 64
Nachtrag	Seite 67
Berichtigung	Seite 68

Zu dieser Arbeit:

Diese Schrift ist ein Beitrag zur Geschichte der SPD im Erkelenzer Raum. Sie ist eine nüchterne Darstellung von Fakten, die den Weg dieser Partei in 100 Jahren aufzeigen.

Eines ist diese Arbeit ganz sicher nicht: Sie ist keine Erfolgsbilanz, sie ist keine Festschrift in der selbstbewußt und zufrieden über Erreichtes berichtet wird. Sie ist eine Materialsammlung, für die in mühsamer Kleinarbeit solche noch erreichbaren Dokumente gesucht, gesammelt und ausgewertet wurden, die einen Beleg für die Existenz und das Wirken von Sozialdemokraten in unserer Heimat liefern. Was dabei gefunden wurde zeugt zunächst von der Schwere des Durchsetzungsprozesses den die sozialdemokratische Idee hier hatte. Sichtbar wird aber auch die innere Zerrissenheit, die es immer wieder verhinderte, daß die sozialistischen Kräfte hier einen wirklichen Durchbruch erzielten (vor allem in der Zeit von 1919- 1933). Die SPD hat sich in unserem Raum immer schwer getan, wenn es galt ihre Ziele zu verdeutlichen. Trotzdem wurde bewußt auf jede propagandistische Deutung der Entwicklungen verzichtet. Die Tatsachen, belegt durch Akten und Wahlergebnisse, sollen für sich sprechen.

Dem Material zu den einzelnen Kapiteln ist jeweils eine allgemeine Beschreibung der Lage und Entwicklung der Sozialdemokratie vorangestellt.

Diese Arbeit endet bewußt mit der Kommunalreform. Damals wuchs die Erkelenzer SPD zur Einheit im neuen, größeren Stadtgebiet, dem (Groß-) Ortsverein Erkelenz zusammen. Es begann eine neue Phase der Parteiarbeit, für die Organisation und die Mitgliedschaft.

Die Sozialdemokraten haben sich im Erkelenzer Raum durchgesetzt - sie sind aus dem politischen Leben nicht mehr wegzudenken. Trotzdem - ihr Ziel erreicht haben sie noch lange nicht -.



Die Anfänge

Die ersten Zeugnisse sozialistischer Regungen im Erkelenzer Raum datieren von 1878. Damals die politische Überzeugung Einzelner, wurde ihr Tun von der Obrigkeit sorgsam beobachtet und in Geheimerichten der Bezirksregierung in Aachen gemeldet.

Bevor auf lokale Geschehnisse eingegangen wird, muß wenigstens in großen Zügen über die Anfänge der Sozialdemokratie gesprochen werden. Diese Anfänge können aber nur im Zusammenhang mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, und beide nur mit der Entwicklung der industriellen Fertigung, gesehen werden.

Die Industrialisierung brachte breiten Bevölkerungsschichten zunächst die Hoffnung auf guten und sicheren Verdienst - vielen aber auch bald Enttäuschung und Not. Der Staat kümmerte sich zunächst kaum um diese Entwicklung, deren Problematik zuerst vor allem von frühsozialistischen Theoretikern erkannt wurde.

Frühsozialistische Gruppen hatte es schon seit der französischen Revolution (1789) in England und Frankreich gegeben. In Deutschland blieb es zunächst nur bei Ansätzen. Ein sogenannter Handwerkerkommunismus und ein von der idealistischen Philosophie des Moses Heß beeinflusster Frühkommunismus konnte hier nie richtig Fuß fassen. Aber die Zustände erlaubten auch nicht, die sich anbahnenden Entwicklungen auf die Dauer zu ignorieren.

"Das Christentum bezog lange im 19. Jhd. in seinen leitenden Positionen eine recht unglückliche Stellung zur sozialen Frage. Staat und Kirche standen häufig zusammen um soziale Forderungen abzuwehren." (1) Es waren nur "Einzelne, die den christlich-sozialen Gedanken" (2) vertraten.

Zu den bekanntesten gehörte der Mainzer Bischof Freiherr von Ketteler (1811-1877). Aber "bei scharfer Ablehnung des liberalen politischen und wirtschaftlichen Systems waren Kettelers Vorstellungen mehr auf eine katholische Standesorganisation gerichtet, mehr auf das kleinbürgerliche Handwerk zugeschnitten und sprach weniger das eigentliche Proletariat an; ihm schien die Arbeiterfrage vor allem auf caritativer Basis durch Produktionsgenossenschaften lösbar." (1)

Die Unzulänglichkeit der Tätigkeit der kirchlichen Sozialreformer lag auch darin, daß sie auf die Konfession beschränkt blieb und daher nicht in die Tiefe des ganzen Volkes gehen konnte. Es fehlte auch die Erkenntnis, daß sich mit dem Proletariat ein von seiner Bedeutung überzeugter Stand herausgebildet hatte, der Gleichberechtigung mit dem Bürgertum forderte." (3)

Die Revolution von 1848 war eine bürgerlich-liberale, eine nationale Strömung war ihre Haupttriebfeder. Bei ihr war der soziale Akzent zunächst gar nicht wichtig. Aber es war auch das Jahr, in dem unter dem Einfluß von Stephan Born, einem Marx-Anhänger (Buchdruckergeselle, später Journalist und Professor in Basel), in Berlin ein "Allgemeiner Deutscher Arbeiter-Kongreß" tagte (1848), aus dem die "Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung" hervorging, die erste deutsche politische Arbeiterorganisation. (4) Sie zählte bald 170 örtliche Vereine unter einem Zentralkomitee in Leipzig. Born war Pragmatiker und geriet bald zu den Marx'schen Theorien in Distanz. Er schrieb: "Weggewischt waren für mich mit einem mal alle kommunistischen Gedanken. Die standen mit dem, was die Gegenwart erforderte, in gar keinem Zusammenhang. Was kümmerten mich entfernte Jahrhunderte, wo jede Stunde nur dringende Aufgaben und Arbeit in

Fülle darbot." (zitiert bei (4)) Dort heißt es auch: "Deutschlands Arbeiter müssen danach streben eine geistige Macht im Staat zu bilden ..."

Hier bahnte sich ein neues Selbstverständnis an, denn "die Träger dieser Ideen waren gelernte Arbeitskräfte aus den handwerklichen Kleinbetrieben und Fabriken. Sie hatten kein proletarisches Klassenkampfbewußtsein, sie sahen sich deutlich abgehoben vom Proletariat, von ungelernten Arbeitern, Handlangern und Tagelöhnern. Trotzdem erfolgte 1848, vorbereitet durch lange Entwicklung, der Durchbruch zu einem neuen sozialen Selbstbewußtsein: die gleichen Handwerkergehilfen, Meister und Fabrikarbeiter, die keine Proletarier sein wollten, sie nannten sich jetzt Arbeiter und sahen sich als Angehörige des Arbeiterstandes, der Arbeiterklasse."(4)

"Das kommunistische Manifest von Marx (1848) wurde zur brisantesten Theorie des beginnenden Industriezeitalters. Als "wissenschaftlicher Sozialismus" verkündete er den gesetzmäßigen Ablauf der Geschichte, der zwangsläufig unter Klassenkämpfen zur kommunistischen Gemeinschaft führe. Alle Versuche außerhalb dies "Naturgesetzes" zu einer Lösung des sozialen Problems zu kommen, wurden als utopische oder kurzfristige, zum Scheitern verurteilte Verlockung der Bourgeoisie abgetan."(1)

Es war kein Wunder, daß sich die besitzenden Schichten in eine Abwehrposition gedrängt sahen. Die Arbeiterschaft politisierte sich zusehens. Zwar sollten noch stark 15 Jahre vergehen, bevor Lasalle auf dem Boden des kommunistischen Manifestes stehend, das Proletariat als selbstständige Klasse zum Kampf gegen die Bourgeoisie aufrief. Aber im Gegensatz zur antistaatlichen und antinationalen Tendenz von Marx, wandte er sich an ein national gestimmtes deutsche Proletariat und trat für einen Staat ein, dessen Aufgabe es sei, "die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in die Hand zu nehmen". Er forderte das allgemeine und direkte Wahlrecht, um auf demokratische Weise die demokratische Mitbestimmung der Arbeiterklasse zu erreichen. Lasalle legte den Grundstein zu einer ausgedehnteren politischen Aktivität der Arbeiter.

Sehr lange hatte der Arbeiterschaft ein starker Sprecher gefehlt. Und dann gab es plötzlich zwei Gruppen, die unabhängig von einander fast das gleiche Ziel hatten, nämlich die Arbeiter auf der Basis der Marx' und Engelsschen Theorien zu einer politischen Organisation zusammenzuführen.

Zu einer ersten sozialistischen Parteibildung kam es als Ferdinand Lasalle 1863 den "Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" gründete und damit ziemlich rasch die bestehenden liberalen Arbeiterbildungsvereine verdrängte, die von der Selbsthilfelehre des Schulze-Delitsch beeinflusst waren. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein behielt auch nach dem plötzlichen Tode Lasalles (31.8.1864, Folgen eines Duells) unter seinem Nachfolger Schweitzer erheblichen Einfluß.

Etwas später bildete sich die "Gruppe der Eisenacher". Das war eine sozialistische Gruppe, die sich unter der Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht innerhalb der "Sächsischen Volkspartei" von den Liberalen löste und 1868 die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei" gründete.

Aber diese beiden Gruppen unterschieden sich in ihren Grundauffassungen so wenig voneinander, daß es 1875 in Gotha zu ihrer Vereinigung kam. Nun erst konnte der Ausbau einer straffen Parteiorganisation beginnen, der freilich schon bald durch das Sozialistengesetz erneut gestört wurde und in ein Vertrauensmännersystem umgewandelt werden mußte.

Lasalles Theorien wirkten auch nach seinem Tode fort und fanden in der Forderung eines Volksstaates und des Parlamentarismus ihre Ausprägung. Man muß wissen, daß Marx selbst, dessen Werk "Das Kapital" dem jungen Sozialismus das theoretische Fundament gab, zu dieser Zeit noch ziemlich unbekannt war (Der 1. Band des "Kapital" erschien erst 1867 und wurde dann vor allem von Bebel und Kautsky popularisiert). (5)

Was 1863 begann, wirkte fort.

Die Regierung beobachtete die Entwicklung mit wachem Mißtrauen. Die Landflucht in die Städte hatte vielen Wurzellosigkeit gebracht. Die ungewohnte Anonymität des Stadtlebens und Abhängigkeit bei kleinstem Lohn, dazu die drückende Wohnungsnot, schürten Unfrieden und Verzweiflung. Die Arbeiter verstanden zunehmend, daß Besserung nur durch Solidarität zu erhoffen sei. Gerade dieses Sich-Finden, Sich-Organisieren, erfüllte die herrschende Klasse mit Sorge, wurde unterdrückt und bekämpft.

Während für den Reichstag ab 1871 direkt und allgemein gewählt wurde, blieb in Preußen (Landtag) das Dreiklassen-Wahlrecht bestehen. Damit blieb die Masse der arbeitenden Bevölkerung zur politischen Unmündigkeit verurteilt. Sie konnte nichts anderes tun, sie mußte durch Agitation an den bestehenden Zuständen rütteln. Das aber rüttelte gleichzeitig am ganzen Gefüge des Wilhelminischen Feudalreiches. Der Staat, der sich auf der einen Seite ganz auf Adel und Kapital, auf der anderen aber ausschließlich auf den kritiklosen Gehorsam seiner Untertanen stützte, wollte keine Kritik - am wenigsten von Habenichtsen und Hungerleidern.

Nun war es keineswegs so, als wären die Arbeiter in Scharen dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) zugeströmt. Offenbar hatte auch Lasalle selbst mit zu großem Optimismus auf schnellen Erfolg gehofft. Drei Monate nach seiner Gründung hatte der ADAV noch keine 1000 Mitglieder (nach einem Jahr 4600). Lasalle schrieb: Diese Apathie der Massen ist zum Verzweifeln! Solche Apathie bei einer Bewegung, die rein für sie, rein in ihrem politischen Interesse stattfindet. Wann wird dieses stumpfe Volk endlich seine Lethargie abschütteln? (zitiert bei (4))

Das früheste nachgewiesene Auftreten des ADAV in unserem Raum war Mitte 1869 in Aachen. (Das Lasalle von 1846 bis 1859 in Düsseldorf wohnte, sei hier nur am Rande erwähnt). Die erste sozialdemokratische Versammlung wurde in der Friedenshalle, dem späteren Kaiserhof, durchgeführt. Sie nahm einen stürmischen Verlauf: "Kaplan Cronenberg sprengte zwar mit seiner Jugendgruppe die erste sozialdemokratische Versammlung in Aachen, konnte aber nicht verhindern, daß mit dieser ersten Zusammenkunft sich die bis dahin vereinzelt in den Betrieben befindlichen Sozialdemokraten kennen lernten und fortan einen organisierten Zusammenhalt wahrten. Eine wertvolle Verstärkung erhielten die wenigen Aachener Sozialdemokraten im Jahre 1870, als eine größere Zahl von Spinnern und Webern aus Sachsen und Thüringen nach Aachen übersiedelte." (6)

Ende Juli 1869 wurde das Statut des ADAV im Aachener Raum auf Flugblättern verteilt. In Eschweiler (80 Personen) und Bergrath (50 Personen) fanden Versammlungen statt, in denen zwei Schneider aus Essen als Redner auftraten. "Der Hauptzweck war die Mitgliederwerbung, was denn auch mit geringer Beteiligung gelungen ist," wurde der Bezirksregierung gemeldet. (7) Der Initiator war ein in Hastenrath wohnender "gewöhnlicher Arbeiter".

Am 20. Juli 1869 hörten in Stolberg 200 Personen den Schneider Sauerbom in Vorträgen über "die Lasalleschen Grundsätze: erhöhte Löhnung und verkürzte Arbeitszeit" wie es in der Meldung des

Bürgermeisters hieß. Er vermerkte darin auch, daß zahlreiche Beitritte zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein erfolgt seien. (7)

Der Weg der Aachener Sozialdemokraten war von Rückschlägen nicht frei. So berichtete der Polizei-Inspektor Möhlig am 15.12.1875 über einen gescheiterten Versuch der Aachener Sozialdemokraten einen Schneider-Verein (Gewerkschaft) zu gründen. In dem Rapport heißt es: "Kuhn (der Initiator der Versammlung) hat, wie alle übrigen Sozialdemokraten, die Überzeugung gewonnen, daß hier kein ergiebiges Feld für seine Partei vorhanden ist und daher auch, wie er mir erklärte, seine ferneren Versuche neue Mitglieder zu werben, ganz und gar aufgegeben." (7)

Daß Aachen damals für die Sozialdemokraten ein schwieriger Platz war, ist wohl richtig. Bei den Reichstagswahlen 1871 erzielten sie ganze 78 Stimmen; 1878 waren es 908, die aber dann bis 1887 nicht wieder erreicht wurden. (6)

Bevor weiter aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie berichtet wird, soll ein Zitat aus Georg Fülberth "Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von ihrer Gründung bis zum Ende des Sozialistengesetzes" einige Zusammenhänge beleuchten, die die 70er Jahre beeinflussten.

"In der Mitte der Siebzigerjahre setzte eine schwere Agrarkrise ein, die durch die billigen Getreideimporte aus den USA und Rußland hervorgerufen wurde und die Großgrundbesitzer zu massiven Forderungen nach hohen Zolltarifen veranlaßten. Die gemeinsamen Interessen von Agrariern, Schwer- und Textilindustriellen an einer protektionistischen Politik führten diese während der 70er Jahre zu einem Klassenkartell zusammen, welches 1879 Schutzzölle für Getreide, Eisen und Eisenprodukte durchsetzte. Die hierdurch zu erwartende Verteuerung der Lebenshaltungskosten ließ eine massive Gegenwehr der, nach der Einigung der Arbeiterbewegung 1875 erstarkten Gewerkschaften und der Sozialistischen Arbeiterpartei befürchten. So muß das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" vom 21. Oktober 1878, welches die sozialdemokratische Organisation und - mit Ausnahme der Teilnahme an Wahlkämpfen und der Wahrnehmung von Parlamentsmandaten - jedes öffentliche politische Auftreten ihrer Mitglieder verbot, verstanden werden."

Daß Bismarck als Reichskanzler in den Sozialdemokraten eine Gefahr für den monarchistischen Staatsgedanken sah, wurde schon gesagt. 1878 glaubte er, das Übel radikal behandeln zu müssen. Den Vorwand boten zwei Attentate, die auf Wilhelm II verübt wurden, die aber nachweislich nichts mit Sozialdemokraten zu tun hatten. Das sogenannte Sozialistengesetz - es sollte zunächst drei Jahre gelten, wurde aber dann bis 1890 viermal verlängert - sollte für Bismarck ein Instrument sein, die Sozialdemokratie entscheidend zu treffen. Es wurde alles verboten, was "durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken konnte." (Gesetz zitiert bei (4)) Es verbot unter der Androhung hoher Strafen sozialdemokratische Versammlungen, Schriften und Zeitungen. Die Ausführung des Gesetzes wurde der Landespolizei (Regierungspräsidenten) übertragen.

"Aber dieses Gesetz war ein Schlag ins Wasser. Es verbot nicht einmal die Partei, sondern ermöglichte nur die Unterdrückung ihrer Vereinsorganisationen, Zeitungen, Versammlungen. Das legte ihren Agitatoren die äußerste Vorsicht auf, zwang die Partei ihre Kongresse im Ausland abzuhalten und ließ, solange das Gesetz in Gültigkeit war, etwa 1500 ihrer Mitglieder mit den

Gefängnissen Bekanntschaft machen. Für den Verfassungsstaat war das eine Schande; für den niedertrampelnden totalitären Staat aber bei weitem nicht genug... Trotz der Behinderung ihrer Propaganda hörte die Partei nicht auf zu wachsen. Sie hatte etwa eine halbe Million Wähler, als das Gesetz zu wirken begann, 1890, zur Zeit seiner Aufhebung, gut dreimal so viel. (9)

Die Unruhe, die in der Arbeiterschaft immer mehr um sich griff - die Wohnungsnot brachte Mieterhöhungen und Preissteigerungen - konnte durch das Sozialistengesetz nicht unterdrückt werden. Bis 1880 war rund 1/4 Million Menschen aus den deutschen Ostprovinzen in den Westen gekommen. Von 1881 - 1890 kam eine halbe Million und von 1890 - 1895 eine weitere halbe Million.

Durch diese Zuwanderung wuchsen die Schwierigkeiten, die überall auf sozialem Gebiet herrschten, noch wesentlich.

Zwar wurden in diesen Jahren die Sozialgesetze erlassen (Krankenversicherung 1883, Unfallversicherung 1884, Alters- und Invalidenversicherung 1889), aber sie "verfehlten durch die Koppelung mit dem gleichzeitig rigoros gehandhabten Sozialistengesetz völlig ihren von Bismarck gewünschten Zweck: die Versöhnung des Arbeiters mit dem Staat." (4) Eine wirkliche Versöhnung konnte so kaum folgen. Trotzdem, "das Versicherungssystem war ein Anfang. Aber ein Anfang in nur einer Richtung. In der anderen wollte Bismarck keinen Schritt machen. Nichts geschah für die gesunden Arbeiter; nichts zur Begrenzung der Arbeitszeit, zur Festlegung von Mindestlöhnen, nichts um die auf dem Papier längst bestehenden Fabrikinspektionen wirksam zu machen. Das, behauptete er, müsse man der Natur überlassen, um die deutsche Industrie konkurrenzfähig zu halten. Die Arbeiter selber würden sich doch nicht vorschreiben lassen wollen, wie viele Stunden sie arbeiten dürften... Versicherung ja, Eingreifen des Staates in den industriellen Prozeß selber, nein. Über diese starre Grenze wollte der alte Diplomat, der selber unter die Fabrikanten gegangen war, nicht hinausgehen. – Enttäuschung auch hier. Die Arbeiter nahmen an, was der Staat ihnen bot und blieben den Dank schuldig." (20)

Bisher wurde allgemein über die Entwicklung des sozialen Gedankens in Deutschland berichtet.

Nun sollen Fakten folgen, die entweder die gesellschaftliche oder soziale Situation in unserem Raum betreffen oder aber direkte sozialdemokratische Einflüsse und Aktivitäten darstellen.

Zu den beschämendsten "Leistungen der frühindustriellen Entwicklung" zählen wir heute die Kinderarbeit. Eine einheitlich geregelte Schulpflicht gab es am Anfang des 19. Jhd. nicht. Sie wurde auch innerhalb Preußens sehr unterschiedlich gehandhabt und erst 1825 dort koordiniert.

Die Kleinstadt Erkelenz hatte zwar damals längst zwei Schulen, die "Deutsche" und die "Lateinische", aber ihr Besuch blieb weitgehend der Initiative und den Möglichkeiten der Eltern überlassen. Erst 1816 hatte die Ortsbehörde erstmalig einen (!) Klassenraum zur Verfügung gestellt. (10) Auch als die Schulpflicht eingeführt wurde, konnten Verstöße gegen sie oft nicht verfolgt werden, weil die meisten Kommunen gar nicht in der Lage - oder willens - waren, Schulen in der erforderlichen Zahl einzurichten.

Vom Bürgermeister Hofstadt stammt eine Aufstellung vom 1.12.1827, nach der es in der Bürgermeisterei Erkelenz 799 Kinder im Alter von 5 - 12 Jahren und 270 im Alter von 12 - 14 Jahren

gab. Davon besuchten nur 613 eine Schule, und zwar 594 eine der 6 bestehenden Elementarschulen und 19 die Mittelschule (dabei 3 evangelische Kinder).

Noch 1852 besuchten von 237 schulpflichtigen Jungen nur 200, von 248 Mädchen nur 191 die Elementarschule. Erst 1855 wird ein 100 % Schulbesuch angegeben. (250 Jungen, 275 Mädchen) (11)

Von lokalem Interesse ist hier auch eine Zusammenstellung, die der Erkelenzer Landrat über die Bürgermeistereien des Kreises im Jahre 1841 verfertigte. Dort heißt es:

„Außer im Kreis vorhandenen 30 Wasser- und 9 Windmühlen schließt derselbe nur ein gewerbliches Etablissement von einiger Bedeutung in sich, nämlich die Fabrik des Wilhelm Polke zu Erkelenz, welcher 73 Arbeiter, darunter 35 Kinder unter 14 Jahren und 38 Personen über 14 Jahren beschäftigt und in dem zumeist Stecknadeln und versilberte Haken und Oesen verfertigt werden.“ (12)

Über die Art dieser Fertigung heißt es in einer Fußnote bei (1) s. 220: "Bei der Nadelfabrikation entstand beim Spitzen der Nadeln Feilstaub, dessen Anfall erst durch maschinelles Spitzen geringer wurde. Wenn auch Kinder meist die Aufgabe hatten, die Nadeln zur weiteren Verarbeitung auf Draht zu fädeln, wobei es "geschickte Kinderhände" täglich auf etwa 40 000 Nadeln brachten, durchzog der Feilstaub die durchweg engen Fabrikationsräume, die teilweise auch geschlossen gehalten werden mußten, um ein Anlaufen der Nadeln bei Verarbeitungsvorgängen zu verhindern."

Die Ausbeutung der Kinder trieb naturgemäß in den Städten die ärgsten Blüten. Ihre Arbeitszeit schwankte um 12 Stunden täglich. Im Aachener Raum, bald aber auch in Mönchengladbach und Rheydt, wurden die meisten Kinder in der Textilbranche beschäftigt. Das preußische Regulativ von 1839 verbot die Kinderarbeit lediglich vor der Vollendung des 9. Lebensjahres, die Arbeitszeit sollte bis 16 Jahren nun höchstens 10 Stunden betragen. Erst 1853 wurde das Mindestalter für die Beschäftigung in Fabriken von 9 auf 12 Jahre herauf gesetzt und schließlich durch eine Novelle zur Gewerbeordnung 1878 (außer für die Landwirtschaft und Heimgewerbe) so gut wie abgeschafft. Aber Jugendliche ab 12 Jahre durften arbeiten, wenn sie die Schulzeit beendet hatten. (1893 ab 13 Jahre).

Die Arbeitszeit betrug im allgemeinen 12, oft aber auch bis 15 tägliche Arbeitsstunden. Schon kurz nach 1820 setzte die industrielle Sonntags- und Nachtarbeit ein. Erst nach 1870 konnte in der Industrie der 12 Stundentag durchgesetzt werden, der dann um 1900 auf 10-11 Stunden verkürzt wurde.

Über die Arbeitslöhne des 19. Jhd. kann kaum etwas schlüssiges gesagt werden. Statistische Angaben fehlen fast ganz. Die örtlichen Unterschiede waren groß. In einer Materialsammlung der evangelischen Sozialeminare (13) heißt es: "Hinter den beiden Tatsachen (lange Arbeitszeit, geringer Lohn) verbarg sich nicht zuletzt die protestantische-puritanische Auffassung, daß bei langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen die Menschen anspruchsloser und unanfälliger für ein liederliches Leben seien."

"Verallgemeinernd darf man sagen, daß sich die Löhne in der Mitte des 19. Jhd. besserten, wenn sie auch nur zu einem kärglichen Leben reichten und sie andererseits in der Industrie vielfach erheblich besser waren, als diejenigen, die damals in der Landwirtschaft gezahlt wurden - sonst wäre der Massenzustrom in die neuen Industriegebiete ja nicht möglich gewesen." (14)

Hier sind statistische Angaben von Interesse, die den alten Kreis Erkelenz betreffen. (15) Im Kreis Erkelenz lebten 1861 noch 62,8 % der Gesamtbevölkerung von der Landwirtschaft. Die Zählung dieses Jahres weist für den Kreis 8 588 in der Landwirtschaft Tätige aus.

Darunter waren	1 129 Knechte bzw. Jungen
	1 180 Mägde
	1 106 männl. Tagelöhner
	544 weibl. Tagelöhner

Von 100 in der Landwirtschaft Tätigen waren

49 Eigentümer
5 Pächter
13 Knechte
14 Mägde
13 männl. Tagelöhner
6 weibl. Tagelöhner

Der Jahreslohn der Knechte betrug 1861	45-60 Taler
Mägde	20-30 Taler

Der übliche Tageslohn betrug (außer Beköstigung) in der Ernte bei 12 Stunden Arbeitszeit für

1 Mähe-Arbeitstag	10-12 Silbergroschen
1 Männer-Arbeitstag	7 Silbergroschen
1 Frauen-Arbeitstag	4 1/2 Silbergroschen

Dazu heißt es in der amtlichen Statistik:

„Die Lohnsätze sind da, wo die Bevölkerung durch industrielle Etablissements Gelegenheit hat einen besseren Tagelohn zu verdienen, um 20 - 30 % höher. In solchen Gegenden ziehen die Dienstboten überhaupt die Beschäftigung in den industriellen Etablissements zeitweise dem geregelten Leben in der Landwirtschaft vor und sind für den Landwirt schwierig zu behandeln.“

Neben der Landwirtschaft war die Weberei der älteste Erwerbszweig des Kreises (Erkelenz). Die anfangs hausgewerblichen Betriebe verarbeiteten dabei zunächst Flachs und Wolle.

Der Flachsanzbau und seine Verarbeitung hatte hier bekanntlich eine alte Tradition. Auch als nach 1810 die bis dahin hier völlig unbekanntes Baumwolle aufkam, bedeutete das für die Flachsweber keine Krise. Im Gegenteil, vorläufig brachte das neue Material zusätzliche Verdienstmöglichkeit. Doch diese günstige Entwicklung war nur von kurzer Dauer. In den benachbarten Städten wuchsen Fabriken empor, die das große Angebot amerikanischer Baumwolle zu neuer Massenproduktion in mechanischen Großanlagen nutzten.

In dem damals ausschließlich landwirtschaftlich orientierten Ort Gerderath beschäftigte die Samtband- und Baurnwollweberei noch 1862 "nicht weniger als 80 Stühle, eine wohlthätige Nahrungsquelle." (16) (bei 1871 = 1230 Einwohnern)

Dieselbe Quelle berichtet, daß die Bandweber zeitweise unter Beschäftigungslosigkeit litten und 1867 "fast alle ohne Arbeit blieben. Sie mußten sich nach einer anderen Erwerbsquelle umsehen und als Tagelöhner oder als Gesinde irgendeinen Dienst verrichten."

Der Gerderather Bürgermeister Reiners beschrieb 1874 die Not des Industriearbeiters aus seiner Sicht: "Hinzu tritt noch der Übelstand, daß fast sämtliche Arbeiter, die den Sommer über in Städten und industriellen Orten arbeiten, in die Heimat entblößt von allem zurückkehren. Trotz des vielen Geldes, welches sie den Sommer über verdienten, machten sie fast keine Ersparnisse, kamen vielmehr fast durchgängig fast ärmer zurück, als sie von hier weggegangen sind." (16)

In der Bürgermeisterei Erkelenz wurden 1877 nur noch 20 ha Flachs angebaut (bei 580 ha Roggen und 500 ha Weizen)

Welche Wichtigkeit die Heimweberei trotz der Rückläufigkeit des Flachsbaus einerseits und der wachsenden Leistungskraft moderner Großfabriken in den benachbarten Städten andererseits auch noch 1888 hatte, wird durch Zahlen deutlich, die der Landrat am 20.1.1888 (17) in einem Bericht nennt:

"Die Zahl der im Kreise Erkelenz vorhandenen an Webstühlen noch beschäftigten Webermeister betrug 1019, der Meisterinnen 136.

Nach Bürgermeistereien aufgeschlüsselt:

Bürgermeisterei	Beeck	124 Meister	14 Meisterinnen
" "	Cörrenzig	7 "	- "
" "	Doveren	49 "	5 "
" "	Elmpt	36 "	15 "
" "	Erkelenz	72 "	5 "
" "	Gerderath	38 "	11 "
" "	Immerath	17 "	- "
" "	Keyenberg	124 "	29 "
" "	Kückhoven	60 "	10 "
" "	Kleingladbach	74 "	1 "
" "	Lövenich	37 "	3 "
" "	Niederkrüchten	176 "	36 "
" "	Schwanenberg	39 "	1 "
" "	Wegberg	166 "	6 "

Die gleiche Quelle enthält einen Bericht über die Gründung eines Unterstützungsfonds für Handwerker, der sich am 19.7.1887 für Mönchengladbach-Stadt und die Kreise Mönchengladbach, Grevenbroich, Erkelenz, Geilenkirchen und Heinsberg in Krefeld konstituierte.

Dieser Unterstützungsfond zahlte im Rechnungsjahr 1892/93 für arbeitslose Handwerker der obigen Kreise insgesamt 1 052 DM an Krankenversicherungsbeiträgen (sonst keine Unterstützungen). 1893/94 waren es nur 764,62 Mark. Aus diesen letzten Zahlen wird nicht eine Besserung der Lage der Heimweber sichtbar, sondern der ständig wachsende Einfluß der industriellen Fertigung, die die Handweberei immer mehr zurückdrängte. Viele Handwerker wechselten in Fabrikbetriebe über.

Der Schwanenberger Heimatforscher Gustav Voss schreibt dazu: (18)

"Es verdiente ein Weber, wenn er von morgens 7 bis abends 7 gewebt hatte und alles klappte, d.h. es rissen wenig Fäden, in Kette und Einschlag waren wenig Fehler, etwa 1 Taler. Dabei mußten Frau und Kinder für hinreichend Spulen sorgen. Das war aber kein Durchschnittsverdienst, denn das

Abliefern, das meist zu Fuß geschah, um zu sparen, den Webebaum auf der Schulter oder auf der Schiebkarre oder Kastenwagen, nahm fast einen Tag in Anspruch. War keine neue Kette da, war man gezwungen zu warten, war es ein neues Muster, so mußte der Kämmer kommen und die Kette in den Kamm ziehen - das mußte der Weber bezahlen. Kurz: Das Weben im Hause lohnte sich nicht mehr... Die viel beklagte Landflucht ist keineswegs eine Flucht vor dem Lande, sondern eine Flucht vor Arbeitslosigkeit und Not gewesen."

Auch im Kreise Erkelenz entstanden Fabrikbetriebe. In "Zur Wirtschaftsgeschichte des Regierungsbezirks Aachen" (19) heißt es:

"Dennoch ist selbst heute noch die Heimweberei Gegenstand der Beschäftigung einer größeren Zahl von Kleinbetrieben.... In 14 größeren Webereien in Erkelenz, Wegberg, Beeck, Gerderath, Myhl, Dalheim-Rödgen, die Damen- und Herrenstoffe aus Kammgarn, Kunstseide, Perlon, Diolen und Mischgeweben herstellen, aber auch Futter- und Schirmstoffe, Fallschirmseide und technische Gewebe, werden z. Z. rund 850 Arbeitnehmer beschäftigt (gedruckt 1967). Zwei führende Spinnereien und Zwirnereien in Wegberg und Elmpt für Baumwollgarne, Reylon, Nylon und Perlonzwirne haben eine Belegschaft von 450 Personen. Eine bedeutende Leinenweberei in Wegberg, eine der ältesten Betriebe des Bezirks, stellt mit einer Belegschaft von 80 Personen Einlagestoffe, Drillich und technische Gewebe her.

Die auf die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückgehende Erzeugung von Spindelschnüren, Selfaktorensen und dergleichen, vorwiegend in Holzweiler, bildet mit zwei Betrieben und 150 Arbeitnehmern eine Spezialfertigung des Erkelenzer Raumes. Endlich sind noch Strickereien und Strumpfwirkereien zu erwähnen, vier größere Betriebe in Gerderath, Hilfarth und Hückelhoven mit etwa 200 Beschäftigten. Z. Z. sind rund 1700 bis 1800 Personen in der altangestammten Textilindustrie tätig. (Verarbeitungsindustrie nicht gerechnet).

Die Veränderungen, die die Landflucht und die neue Industriegesellschaft mit sich brachten, zwangen dazu, die alten Formen der Armenpflege zu modernisieren. Die alten Einrichtungen konnten den neuen Anforderungen nicht mehr gerecht werden. Bisher waren die Gemeinden, die Zünfte oder Innungen ihre Träger. Fabrikarbeiter waren in diesen Einrichtungen nicht vorgesehen. Aber gerade sie brauchten neue Hilfsformen, denn "jeder Arbeiter, der auch nur vorübergehend seine Arbeitskraft nicht auszunutzen vermochte (galt) als Bettler, dem man im Erkrankungsfall bestenfalls im Armenhaus eine harte und medizinisch unsachgemäße Kur gewährte." (20)

So entstanden zunächst Hilfskassen (Unterstützungskassen) als eine Frühform der Sozialversicherung. Nach einer Novelle zur Gemeindeordnung (9.2.1849) konnte eine Beitrittspflicht für Industriearbeiter durch Ortstatute verfügt werden. Jedoch "die Abneigung der Fabrikbesitzer, die ihnen zugunsten solcher Kassen angesonnenen Opfer zu übernehmen, war damals noch ziemlich allgemein, und die Gemeinden hatten bei der meist einflußreichen Stellung, die die Fabrikbesitzer in ihnen einnahmen, nicht den Mut, die Verpflichtung zu diesen Leistungen durch Ortsstatut auszusprechen". (Jahresberichte (1852) der Handelskammer Aachen, zitiert bei (1)) Auch weitere Erlasse von 1855 und 1856 konnten den Widerstand noch nicht brechen: "Nicht nur Unternehmer, auch die Arbeiter zeigten sich unwillig, einen um die Kassenbeiträge gekürzten Lohn ausgezahlt zu bekommen." (1)

Die Aachener Zeitung "Echo der Gegenwart" vom 8.3.1856 schrieb zu den Unterstützungskassen: "Obschon in neuerer Zeit keine wohlthätigere Einrichtung für die Arbeiter getroffen worden ist, als

die der Arbeiter-Unterstützungskassen, sehen die Arbeiter dies doch vielfach nicht ein. So oft sie einen Groschen zu ihrer eigenen Unterstützung zurücklegen, muß der Arbeitgeber oder Fabrikant 6 Pfennige aus seiner Tasche hinzuschieben, ebenfalls zu Nutzen des Arbeiters. Der Fabrikant selbst hat keinen Anteil an der Nutznießung der Kasse.“ (21)

In Aachen demonstrierten Anfang März 1856 Arbeiter vor der Wohnung des Bürgermeisters. Der Polizeibericht betont, daß es nicht zu Tötlichkeiten kam und die Polizei nicht einschritt. Am 12. März kam es im Rathaus zu einer Versammlung mit ca. 50 Fabrikarbeitern, bei der auch der Bürgermeister anwesend war. Als Mitglied des Vorstandes der Unterstützungskassen hatte dazu ein Färber namens Nacken eingeladen. Der Verlauf dieser Versammlung scheint nicht die gewünschte Richtung genommen zu haben. Es wurde beschlossen, bei der königlichen Regierung die Aufhebung der Kassen zu beantragen. Dieses Ansinnen hatte natürlich keinen Erfolg. Aber die Unzufriedenheit der Arbeiter schwelte weiter.

Am 5. September 1857 berichtete der Aachener Polizeipräsident an die Bezirksregierung, daß die "zur Begegnung von Mißständen seitens der königlichen Regierung getroffenen Anordnungen, daß jeder, einem Kassenverband angehörige Arbeiter für die Ausfertigung eines Krankenscheines 1 Silbergroschen (12 Pfg) und für jedes Rezept 6 Pfennige zahlen, auch kein Arbeiter eine Unterstützung erhalten soll, der nicht bereits zwei Monate dem Kassenverband angehört, hat unter den Arbeitern große Aufregung hervorgerufen, namentlich unter denen der Maschinenfabriken und mechanischen Werkstätten und sollen Arbeiter die Absicht an den Tag gelegt haben, auch die regelmäßigen Kassenbeiträge nicht mehr zu zahlen...." (22)

Es würde aber hier zu weit führen, weiter im Detail über die Entwicklung der sozialen Sicherung der Arbeiterschaft berichten zu wollen. Es waren noch viele kleine Schritte nötig, um schließlich zu den Leistungen zu kommen, die uns heute völlig selbstverständlich erscheinen. Es ist aber auch eine Tatsache, daß diese Fortschritte manchmal nur gegen den hartnäckigen Widerstand derer erreicht werden konnte, denen die Verbesserungen zugute kommen sollten.

Für den Staat blieb alles was in Verfolgung der Ziele der französischen Revolution gedacht, geschrieben und geredet wurde, verfolgbare. Natürlich fanden die Theorien und Grundsätze von Marx, Engels, Lasalle und Bebel zunächst in den Großstädten fruchtbaren Boden. Natürlich ist auch, daß der Einfluß dieser Denker in den ländlichen Gebieten, zumal in den traditionell katholisch-klerikal beherrschten Teilen, lange unbedeutend oder auch völlig wirkungslos blieb.

Trotzdem finden sich, wenn auch nur spärlich, im engeren Erkelenzer Umland frühe Belege sozialdemokratischer Tendenzen. Daß uns über die frühe Zeit überhaupt Material überliefert ist, verdanken wir paradoxerweise dem Sozialistengesetz und der mit seinem Erlaß einsetzenden Verfolgung der Sozialdemokratie durch die staatlichen Behörden.

Obschon das Sozialistengesetz erst vom 21. Oktober 1878 datiert, setzte die Bespitzelung der Sozialdemokratie schon viel früher ein. In regelmäßigen Terminsachen hatten die Bürgermeister dem Landrat, dieser der Bezirksregierung und diese dem preußischen Innenminister monatlich "über den Stand der Sozialdemokratie" zu berichten. So antwortet der Erkelenzer Landrat am 22. Juni 1878 und fügt die Bemerkung hinzu: "Die zahlreichen Sammet-, Seide- und Kattunweber sind hier ansässig, arbeiten in ihren Wohnungen und haben gegenwärtig vollständige Beschäftigung." {23}

Aber vom selben Tag stammt auch die erste konkrete Meldung und damit der früheste Beleg sozialdemokratischer Tendenzen im Erkelenzer Raum. Der Keyenberger Bürgermeister schrieb an den Landrat in Erkelenz:

Den gegenwärtigen Stand
der Sozialdemokratie betr
Ad Nr. 3356
Vfg. v. d. 18.6.

Keyenberg, den 22. Juni 1878

An den Königlichen Landrath
Herrn Dombois
Hochwohlgeboren
zu Erkelenz

Ew. Hochwohlgeboren verfehle ich nicht, in Erledigung der ...verehrlicher Verfügung, gehorsamst folgenden Bericht zu erstatten:

Die sozialdemokratische Bewegung hatte sich bis vor etwa 3-4 Jahren noch nicht bis zur hiesigen Bürgermeisterei fortgepflanzt; dann aber siedelte ein gewisser Albert Escher, Samtweber von Profession, ein fanatischer Sozialdemokrat, von Mönchengladbach nach Borschenmich über und versuchte dort und in der Umgegend für seine Partei zu werben, zu welchen Zwecke er, namentlich in Erkelenz, Versammlungen anberaumte, in denen er selbst als Redner auftrat.

Escher ist ein äußerst scharfsinniger und dreister Mensch; er hat bereits seit Jahren mit dem allbekannten berüchtigten Demokratenführer Fritz Mende in persönlichem und brieflichen Verkehr gestanden und ist es ihm gelungen, in Borschemich, aber auch nur dort, einige Personen, nämlich den Dachdecker Math.(?)Tüscher, den Schneider Wilhelm Kirschbaum, die Weber Gebrüder Kremer Franz und Peter Josef, den Weber Wilhelm Schnabel und den kürzlich nach Hoch-Neukirch verzogenen Schuster Johann Schumacher für seine Grundsätze einzunehmen. Die Genannten sind zum größten Teil Atheisten mit Ausnahme des Hauptagitators Escher, sämtlich übel beleumundet und daher allseitig gescheute Subjekte. Tüscher äußerte sich noch jüngst in einer Wirtsstube dahin, er sei Sozialdemokrat von "reinstem Wasser" und wolle auch als solcher leben und sterben.

Dieser Mensch liest auch die, wegen ihrer miserablen Tendenz für unsere speziellen Verhältnisse so äußerst verderbliche "Niederrheinische Volksstimme". Obschon Tüscher gescheit genug ist, das Gelesene voll zu verstehen, so ist es doch ein Glück, daß man in Borschemich seine Nähe meidet und er somit der Gesellschaft nicht besonders gefährlich werden kann.

Der Bürgermeister
(Unterschrift) (24)

(s. a. Anhang S. 104) (Anmerkung der Geschichts-AG: im Original existiert keine Seite 104. Hier liegt ein Schreibfehler vor. Gemeint ist im Original S. 102. Auf den Seiten von 101-103 findet man den „Nachtrag“; hier auf den S. 67-68.)

Am 2. Juli 1878 berichtete der Erkelenzer Landrat an die Aachener Regierung:

"... Im hiesigen Kreise hat bisher eine sozialdemokratische Bewegung nicht stattgefunden und ist auch nicht zu erwarten. Es sind zwar einige Anhänger der Sozialdemokratie vorhanden, allein

dieselben sind nur in geringer Zahl, verhalten sich ruhig und üben keinen Einfluß auf andere Personen aus, werden vielmehr vielfach gemieden." (24)

Die Bürgermeister hatten nun monatlich zu berichten. Da es aber hier fast nie etwas zu berichten gab, sammelten sich in der landrätlichen Akte fast nur Fehlanzeigen. Aus Niederkrüchten folgte am 11. Juli 1878 der üblichen Fehlanzeige noch ein Nachsatz: "Vor zwei Jahren ist ein Anstreicher aus Essen, namens Schiffer nach Brempst gezogen, dessen Frau hier gebürtig ist, welcher zu den Sozialdemokraten Essen gehört haben soll. Dieser Mensch hat sich hier aber bisher ruhig verhalten und keiner Ausschreitungen schuldig gemacht. Er arbeitet fleißig. Der Bürgermeister – Michels"

So wirkte sich das Bismarcksche Sozialistengesetz hier zunächst in einem wachsenden Papierkrieg aus. Immer wieder wurden Bürgermeister und Landrat zur Berichterstattung gedrängt, und die Art, wie sie diesen Mahnungen nachkamen, läßt den Widerwillen spüren, sich einer Sache widmen zu müssen, der sie (zumindest hier) keine Bedeutung beimessen konnten.

Der Erkelenzer Bürgermeister konnte sich z. B. auf ein neuerliches Anschreiben den Nachsatz nicht versagen: "Bei der Reichstagswahl fielen zwei Stimmen auf den Drechslermeister Bebel in Leipzig, was wohl kaum zu erwähnen ist." (13.8.1878)

Aber die Regierung ließ nicht locker. Sie verlangte vom Keyenberger Bürgermeister weitere Angaben. Dieser schrieb am 15. November 1878:

" ... daß die Zahl der zur Sozialdemokratie gehörende Personen hiesiger Bürgermeisterei auf 6 angegeben ist. Escher ist am 2. 10. nach Mönchengladbach verzogen.. Maßregeln haben sich weder notwendig noch anwendbar ergeben. Das Verhalten der sich zur Sozialdemokratie bekennenden Personen hat hierzu keinen Anlaß geboten."

Die spärlichen Akten berichten auch von einer mysteriösen Angelegenheit, in die ein Erkelenzer Bürger namens Bernhard Mendel verstrickt war. (24)

Am 20. August 1885 schrieb der Berliner Polizei-Präsident vertraulich an das königliche Landratsamt in Erkelenz:

Vertraulich! Ein Maurer Johann Mendel oder Mendl, angeblich in Erkelenz geboren, oder wenigstens längere Zeit dort aufhältlich gewesen, in Besitz preußischer Pässe, von denen der eine unter Nr. 1688 am 1. September 1884 ausgestellt sein soll, ist dem Vernehmen nach bei den Umtrieben der revolutionären Gesellschaft "Proletariat" in Warschau und anderen Orten Russisch-Polens, insbesondere in Lodz und Charkow beteiligt gewesen. Sein jetziger Aufenthalt ist unbekannt. Das königl. Landratsamt erlaube ich mir um gefällige vertrauliche Auskunft über die persönlichen und Familienverhältnisse sowie über die politische Parteilassung und die Vergangenheit des Mendel, falls derselbe dort bekannt sein sollte, ergebens zu ersuchen.

Der Polizeipräsident

Der Erkelenzer Landrat Gehle gab das Schreiben an den Bürgermeister zur Erledigung weiter. Dieser antwortete am 27. August 1885 wie folgt:

„Dem königl. Landrat Herrn Dr. Gehle, Hochwohlgeboren dahier - mit dem gehorsamsten Berichte zurück zu senden, daß ein Johann Mendel hier nicht bekannt ist; wohl aber hat

Bernhard Mendel den anliegenden Paß Nr. 1688 am 1. September 1884 erhalten. Bernhard Mendel ist 66 Jahre alt, israelischer Religion, Vermittler von Geschäften, ohne Vermögen, dahier wohnhaft. Derselbe wurde nur einmal bestraft und zwar am 28. August 1861 wegen Mißhandlung zu drei Tagen Gefängnis. Er hat außer zwei Töchtern noch einen Sohn, Gustav Mendel, eb. 4. Mai 1857, Kaufmann in Elberfeld. Von letzterem ist Nachteiliges hier nicht bekannt. Auch der Vater, Bernhard Mendel, hat keinen schlechten Ruf, er ist ein armer jüdischer Handelsmann. Man staunte sehr, als es im vorigen Jahre hier bekannt wurde, daß er trotz seines Alters nach Rußland gehen werde. Bei seiner Rückkehr am 21. Juni gab er an, er habe dort für eine ausgedehnte Metzgerei das Vieh weit und breit aufgekauft und sei dafür gut bezahlt worden. Über den Ort, wo er war, geben die hier unverständlichen Notizen in anliegendem Passe wohl Auskunft. Eine politische Parteistellung oder Vergangenheit hat er nicht. Fähig dürfte er aber wohl sein, gegen eine gute Bezahlung auch für eine revolutionäre Organisation zu arbeiten. Er hält sich seit Juni wieder hier auf und scheint noch vom dem Verdienst, welches er in Rußland gehabt hat, zu leben.

Der Bürgermeister
Reinkens

Diese Auskunft übermittelte der Landrat dem Berliner Polizei-Präsidenten, der am 5. September antwortete:

Sekret! Euer Hochwohlgeboren erlaube ich mir den mit dem gefälligen Schreiben vorn 28. August (2182) übersandten Reisepaß für den Bernhard Mendel mit verbindlichstem Dank anbei ganz ergebenst zu remittieren. Aus demselben ergibt sich, daß Mendel, nachdem der Paß am 4. September 1884 von dem hiesigen russischen Konsul visiert worden, am 25. August russischen Stiels die russische Grenze überschritten, in Charkow sich aufgehalten hat, und bereits am 10. Februar 1885 wieder nach Deutschland zurückgekehrt ist. Die Angabe, daß Mendel den Vornamen Johann führe, beruht wahrscheinlich auf einen Irrtum meines Gewährsmannes. Ew. Hochwohlgeboren werden mir darin beistimmen, daß es in hohem Grade auffällig ist, daß ein so alter und armer Mann wie Mendel plötzlich eine so weite Reise unternimmt und in der kurzen Zeit von Mitte September 1884 bis Anfang Februar 1885 eine so große Summe verdient haben will, daß er noch jetzt davon zu leben im Stande ist. Ebenso auffällig ist aber bei dem Alter des Mendel die Natur des Geschäftes, welches er während seines Aufenthaltes in Rußland betrieben haben will. Es scheint demnach kaum zweifelhaft, daß er über den Zweck seiner Reise falsche Angaben gemacht hat, und daß er in Wirklichkeit im Dienst der revolutionären Propaganda gestanden hat, oder noch steht, oder vielleicht dem im Auslande seit einiger Zeit wieder sehr verbreiteten Verfertigen falschen russischen Geldes bei der heimlichen Einführung ihrer Ware nach Rußland hilfreiche Hand geleistet hat.

Vielleicht sind Eure Hochwohlgeboren in der Lage, in unauffälliger Weise weitere Erkundigungen über die Beziehungen des Mendel zu Rußland, über den wirklichen Zweck seiner Reise und über den Namen des Metzgers, für den er Vieh aufgekauft haben will, sowie über dessen Wohnort einzuziehen. Sollten diese Erkundigungen irgendeinen Erfolg haben, so bitte ich um gefällige Nachricht ganz ergebenst.

Der Polizei-Präsident
I.V. (24)

Weiteres ist über diese Aktenepisode nicht bekannt.

Alle Unterdrückungsmaßnahmen konnten nicht verhindern, daß die Forderungen nach sozialen Hilfen für die arbeitende Bevölkerung immer dringlicher und unüberhörbarer gestellt wurden. In den Städten hatten sich in den letzten Jahren immer mehr Handwerker-, dann auch Arbeiter-Genossenschaften gebildet. Sie entstanden in Selbsthilfe-Aktionen und die gemeinsame Beschaffung von billigen Lebensmitteln und Kohlen waren ihre Hauptanliegen. Im Rahmen der landrätlichen Berichterstattung über die sozialdemokratischen Bewegungen schrieb Landrat Dr. Gehle am 18. 8. 1886 nach der üblichen Fehlanzeige:

"... Infolge der Ausdehnung des Krankenversicherungszwanges auf die selbständigen Arbeiter der Hausindustrie haben sich zu Wegberg, Beeck und Erkelenz "freiwillig Krankenkassen für Handwerker (eingeschriebene Hilfskassen) gebildet, von welchen dies letztere jedoch noch nicht in Wirksamkeit getreten ist. Auch hat sich zu Erkelenz eine Gesamthandwerkerinnung gebildet, welche sämtliche Bürgermeistereien des Kreises umfaßt. Schritte von Seiten der Arbeitgeber zur Hebung des Arbeiterstandes sind nicht geschehen."

Man sieht hier ganz deutlich: Die mißtrauische Beobachtung der Sozialdemokraten und die sozialen Forderungen und deren erste Auswirkungen wurden alle in einen Topf geworfen. So behandeln die wenigen erhaltenen Akten-Zeugnisse dieser Zeit auch beide Themen im bunten Wechsel, wenn man bei einem chronologischen Aufzeigen bleibt. Von Interesse bleibt freilich, daß auch noch 13 Jahre nach der ersten Meldung über sozialdemokratische Aktivitäten in Borschemich auch am 19.4.1890 der Keyenberger Bürgermeister dem Landrat schreibt:

"... außer in Borschemich keine Gemeinde bekannt. Der Ort Borschemich hat mehrere Individuen mit ausgesprochen sozialdemokratischer Tendenz aufzuweisen. Außerdem gibt es dort eine Anzahl – schätzungsweise etwa 20 - welche zwar nicht gerade offen zu dieser Partei sich bekennt, jedoch mehr oder weniger stark zu ihr neigt. ... Die Borschemicher Sozialdemokraten scheinen überhaupt der gemäßigten Richtung anzugehören."

Sonst gab es immer die gleichen Formulierungen, etwa wie sie am 17. Juli 1892 der Erkelenzer Bürgermeister gebrauchte:

"... gehorsamst zu berichten, daß bis jetzt hier sozialdemokratische Bewegungen nicht bemerkt worden sind. Auch die Lohnarbeiterfrage ist hier nicht erörtert worden. Überhaupt sind Erscheinungen und Bewegungen auf sozialem Gebiete hier nicht vorgekommen."

Erst sechs Jahre nach (!) der Aufhebung des Sozialistengesetzes melden die Akten einen konkreten Fall des Eingreifens der Behörde gegen einen Sozialdemokraten. Es war am 4.8.1896 in der Bürgermeisterei Wegberg:

" ... Infolge einer gegen den Knecht Hubart Kaiser aus Watern gemachten Anzeige wegen Verdachts sozialdemokratischer Umtriebe, verfügte die Staatsanwaltschaft Aachen beim ebenfalls verdächtigen Fabrikarbeiter Theodor Prieserath aus Watern eine Durchsuchung nach Schriften aufreizenden Inhalts."

Diese Haussuchung war am 30. Juli. Es wurden gefunden:

1. 5 St. "Rheinischer Volksfreund" Kalender 1896
2. Der wahre Jakob, Almanach 1895
3. Festlieder des sozialdemokratischen Volksvereins
4. Ein königliches Mahl (nihilistisch)

Der Bürgermeister bemerkt dabei, daß Prieserath seit Jahren in den Städten Mönchengladbach und Rheydt gearbeitet habe und zweifellos von dortigen Arbeitern verführt wurde. Er habe sich bisher hier gar nicht bemerkbar gemacht.

Zwei Jahre später, im September 1898, berichtete der Landrat dann wieder nach Aachen, daß hier kein sozialdemokratischer Einfluß bestehe und fügt hinzu:

"...Auch aus Anlaß der letzten Reichstagswahlen ist ein Anwachsen der Sozialdemokratie in keiner Weise festgestellt worden. Im Gegenteil hat sich bei den Wahlen herausgestellt, daß die Zahl der sozialdemokratisch Gesinnten sich verringert und jedenfalls nicht vermehrt hat. Denn aus hiesigem Kreise sind bei den Wahlen im Jahre 1893 = 31 Stimmen, dagegen in diesem Jahre nur 18 Stimmen für die Sozialdemokraten abgegeben worden."

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes legte der preußische Staat also unveränderten Wert auf weitere lückenlose Überwachung aller Entwicklungen die soziale Fragen betrafen. Es hatte sich nur der Name geändert; hatten die Bürgermeister und Landräte bisher über "sozialdemokratische Aktivitäten" zu berichten, forderte man nun von den Landräten (Rundschreiben des Präsidenten in Koblenz vom 15. 3. 1890):

"... von allen auf sozialem Gebiete, insbesondere in der Lohnarbeiterfrage - der industriellen Lohnarbeit und der sogenannten Gesellenfrage - fortlaufend unterrichtet zu werden. Ab 23. April jeweils zum 23. jeden Monats ... "

Der Erkelenzer Landrat folgte dieser Aufforderung am 19. 4. 1890 erstmalig:

"Erscheinungen und Bewegungen auf sozialem Gebiete, insbesondere auf dem Gebiete der Lohnarbeiterfrage, sind im hiesigen Kreise nicht hervorgetreten ... " (25)

Die deutsche Arbeiterbewegung läßt sich nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes nicht beschreiben, ohne auch auf die liberale und vor allem die christliche Arbeiterbewegung mit ihrer programmatischen Feindschaft zur sozialistischen Arbeiterbewegung kurz einzugehen. Wie erwähnt hatte schon in den 60er Jahren der Mainzer Bischof v. Ketteler seine Sozialthesen vertreten. In der päpstlichen Enzyklika "Rerum novarum" (1891) wurde dann neben der Kritik an den Auswüchsen des Kapitalismus und dem Aufruf zur Reform der Gesinnung von Unternehmern und Arbeitern zum Zusammenschluß der Arbeiter in christlichen Arbeitervereinen aufgerufen.

Daß auch die Kirchen ihre traditionelle Bindung zu den Herrschenden - jetzt den industriellen Unternehmern - überdenken mußten, wenn sie nicht Gefahr laufen wollten, den Kontakt zur Masse des Kirchenvolkes zu verlieren, hatten einsichtige Priester und Fabrikherrn längst erkannt.

In Mönchengladbach hatte ein Jahr vor der Enzyklika der Textilfabrikant Franz Brandts (1834-1914) den "Volksverein für das katholische Deutschland" gegründet. Der Zulauf, den diese Gründung bald haben sollte, beweist die Einsicht der Arbeiter, daß die Willkür vieler, schnell zu Reichtum gekommener Unternehmer, nur durch Einigkeit im eigenen Lager in tragbaren Grenzen gehalten werden könne.

(Mitgliederzahlen des Volksvereins: 1891 = 108 889,
1914 = 805 000)

Daß die christliche Arbeiterbewegung gerade in Mönchengladbach ihren Ausgangspunkt hatte, war kein Zufall. Im Gegensatz zu anderen industriellen Schwerpunkten (etwa das Ruhrgebiet) war die Niederrheinische Textilindustrie in einem fast ausschließlich von Katholiken bewohnten Gebiet entstanden. Die meisten neuen Fabrikarbeiter kamen aus der näheren Umgebung in diese Städte; als ihnen dort höherer und sicherer Lohn winkte, verließen sie ihre Dörfer, wo sie bisher als Heimweber ein immer kärglicheres Brot verdienten. (Der Zuzug ost- und mitteldeutscher Arbeiter folgte erst später).

Daß auch der Sozialpolitiker Brandts die damals recht fortschrittlichen Einrichtungen, die er in seinem Gladbacher Betrieb praktizierte, nicht nur aus christlicher Nächstenliebe, sondern in politischer Einsicht schuf, ist belegt.

Es ging ihm nämlich auch darum "dem Wachsen einer unchristlichen Sozialdemokratie Einhalt zu gebieten." In seiner Rede auf der 4. Generalversammlung des Vereins "Arbeiterwohl" am 22.12.1884 in Aachen sagte Brandts auch: "Die Sozialdemokratie wird durch die allerbesten Einrichtungen nicht beseitigt, es sei denn, die Sozialdemokraten werden zugleich wieder zu Christen gemacht. ... Man Sorge dafür, daß die Arbeiter in katholischen Gegenden gute Christen bleiben."

Aber so wie Brandts handelten nur wenige Fabrikherrn, obwohl es schon 1869 im Industrie- und Handelskammerbezirk Mönchengladbach zu einer Vereinbarung gekommen war, die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden zu begrenzen. Sie lag auch 1882/83 noch bei 62 Wochenstunden bei Brandts, sonst auch bei 65 und mehr. So waren es im hiesigen Gebiet auch zunächst nicht Sozialdemokraten, die wirkungsvoll für bessere Arbeitsbedingungen eintreten konnten. Sie waren noch nicht organisiert und ihre Anhängerschaft viel zu klein. In Krefeld hatte sich ein "Christlich-sozialer Textilarbeiterverein" gebildet. Auch er, wie auch der Volksverein, unterlagen der staatlichen Beobachtung genau so wie die Aktivitäten der Sozialdemokraten.

Das erste Auftreten des christlich-sozialen Textilarbeitervereins im Kreise Erkelenz ist in einer Meldung belegt, die der Erkelenzer Polizeiwachtmeister Johnen am 25. Juli 1899 dem Bürgermeister machte:

"Die Textilarbeiter in Erkelenz haben sich nicht im Ausstand befunden. Der christlich-soziale Textilarbeiterverein in Krefeld versuchte wohl in der ersten Hälfte des Monats in der Wirtschaft Kirberg hierorts eine Versammlung abzuhalten, betr. einer Annäherung an die hiesigen Arbeiter. Der Wirt hat sein Lokal nicht dafür hergegeben. Am Sonntag, den 23. Juli fand morgens eine Versammlung des genannten Vereines in Venrath und nachmittags in Beckrath statt. Zweck war Anschließung der dortigen Arbeiter an den Verein und Erlangung höherer Löhne." (25)

Im Gebiet des alten Kreises Erkelenz gab es neben dem klerikal-konservativen "Erkelenzer Kreisblatt" keine Zeitung. (Die "Wegberger Zeitung" (1875) existierte nicht lange) Auch im allgemeinen politischen Teil wurden darin sozialistische Tendenzen entweder verschwiegen oder verketzert. Die Folge war, daß die hiesige Bevölkerung sehr lange mit den Problemen überhaupt nicht konfrontiert wurde, zumal die Behörden alles, was sie weisungsgemäß mißtrauisch beobachteten und weiterleiteten, mit äußerster Geheimhaltung belegten. Es waren daher fast immer von auswärts hinzugezogene Arbeiter, die die beschauliche Ruhe im Kreise Erkelenz politisierten.

So wurde der Wegberger Bürgermeister am 23. Juli 1899 von einer "erheblichen sozialdemokratischen Ruhestörung heimgesucht." Er berichtete am folgenden Tag an den Landrat:

"Der Niederrheinische Weberverband (Filiale Rheydt und Rbeindahlen) hatte beantragt mit Trommeln und Flöten den Ort zu durchziehen. Da ich Störungen der öffentlichen Ordnung befürchtete - zumal bereits zwei anderen Vereinen die Erlaubnis erteilt war - lehnte ich den Antrag ab. Abends gegen 7 Uhr kam trotz meines Verbots die sicher 100 Personen zählende Gesellschaft durch Wegberg im geschlossenen Zuge mit Musik."

Als der Aufforderung, das Trommeln einzustellen, nicht entsprochen wurde, gingen Bürgermeister und Polizeidiener dem Zug entgegen, um die Namen der Vorsitzenden festzustellen. Der Name des Kapellmeisters wurde verweigert. Hier gerät der Bericht zur Komödie wenn es heißt:

"Auf meine wiederholte Weisung ordnete ich Verhaftung an, die aber nicht gelang. Ich befahl sodann der ganzen Gesellschaft, da wir der Überzahl gegenüber völlig hilflos waren, weiter zu gehen. Dieser Aufforderung wurde unter Gejohle und Gebrüll und unter ähnlichen Rufen wie "Hoch die Sozialdemokratie!" Folge geleistet. -Die ganze Angelegenheit habe ich der Staatsanwaltschaft bereits zur Anzeige gebracht."

Für sein forsches Auftreten erntete der Bürgermeister kein Lob. Im Gegenteil. Er wurde von der Aachener Regierung getadelt, weil es ihm bekannt sein mußte, daß er mit dem ihm zur Verfügung stehenden Polizeiexekutivbeamten etwaigen Ausschreitungen nicht erfolgreich werde begegnen können und er es unterlassen hatte, wegen der Heranziehung von Gendarmen rechtzeitig die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Dagegen verteidigte sich der Bürgermeister, es habe sich nicht um eine Versammlung, sondern nur um einen Ausflug nach einem außerhalb Wegberg gelegenen Ausflugsorts gehandelt.

Der erste belegte Streik im Kreise Erkelenz, datiert 1899, wurde nicht von Sozialdemokraten inszeniert. Er war in Wegberg, und der dortige Bürgermeister meldete:

„... daß Arbeiter der Firma Billmann, welche sämtlich dem christlich-sozialen Verbands angehören, in der vorigen Woche stattgehabten Versammlung eine Reihe von Forderungen (Lohnerhöhung u. dergl.) aufgestellt und der Firma überreicht haben. Da die Firma sich außerstande erklärte, diesen Forderungen nachzukommen, so dürfte in der nächsten Zeit der Ausbruch eines Streiks zu befürchten sein, zumal die Arbeiter, als zur Filiale des sogen. Verbandes gehörig, enig und geschlossen vorgehen... "

Der Bürgermeister schlug die Vermittlung des Landrats vor, aber es kam vorher zu einer Einigung der Arbeiter mit der Firma, so daß dem Landrat am 21. August die Erledigung gemeldet wurde. Aber schon am 3. September mußte der Bürgermeister berichten, daß

" ... die Arbeiter der Firma Billmann in einer am Freitagabend stattgehabten Versammlung in eine neue Lohnbewegung eingetreten sind und eine 10 % Erhöhung sämtlicher Löhne gefordert haben. Da die Firma erklärte, unmöglich auf die Forderungen eingehen zu können, haben sämtliche Arbeiter gestern Abend mit 14tägiger Kündigungsfrist gekündigt. Wenn ich eine Einigung noch immer nicht für ausgeschlossen halte, so erscheint mir dieselbe durch die Kündigung dennoch erschwert.... "

Er bat den Landrat um Vermittlung, die am 12.9. noch nicht eingeleitet war, als die Arbeiter ein Angebot der Firma von 5 % ablehnten. Erst am 13.9. stimmte er dem Vorschlag des Bürgermeisters zu, einer Versammlung am Freitagabend beizuwohnen,

" ... wenn Sie glauben, daß sich dort irgendein Erfolg von meinem persönlichen Eingreifen erhoffen läßt. - Ich setze hier bei voraus, daß es sich nur um eine Besprechung mit Abgeordneten der Arbeiter und nicht etwa um eine Versammlung derselben handelt."

Am 16. September wurde der Landrat durch ein Telegramm verständigt, daß sein Kommen unnötig sei, die Firma habe die Bedingungen akzeptiert. Der Ausstand endete mit einem vollen Erfolg der Arbeiter. Neben der allgemeinen 10 % Lohnerhöhung wurde ihnen die Einrichtung besonderer Speiseräume zugesichert. Der Bürgermeister empfahl

"eine gelegentliche Revision der Fabrik durch den Gewerbe-Inspektor, da auf diese Weise den etwa bestehenden Übelständen am leichtesten abgeholfen werden könnte." (25)

Eine größere organisierte Versammlung hat es in Erkelenz wahrscheinlich erst am 23. Oktober 1910 gegeben. Offenbar hatte der Bürgermeister über diese Versammlung keinen Bericht erstattet, denn fast ein Jahr später, am 26. September 1911, fragt der Landrat an, warum diese Versammlung in einem Bericht vom 14.9.1911 keine Erwähnung gefunden habe.

Bürgermeister Hahn übersandte darauf eine Abschrift seines eigenen Berichtes vom 4. Januar 1911, der allerdings in den Akten des Staatsarchives fehlt, auf den aber der Landrat unter dem Datum vom 28.11.1911, seinen eigenen Bericht an den Regierungspräsidenten bezieht.

Dieser Bericht erwähnt erstmalig das Lokal, in dem die frühe sozialdemokratische Versammlung in Erkelenz stattfand: das "Kömpchen". Es war eines der ältesten damals in Erkelenz stehenden Häuser und bildete die Ecke von der Kirchstraße zur Aachenerstraße in Richtung Markt. Es gehörte damals dem Wirt und Hefehändler Baldewig, der in den folgenden Jahren als Sozialdemokrat unter polizeilicher Beobachtung stand. Das alte Haus verfiel bald so, daß das Ratsprotokoll vom 8. Februar 1915 erwähnt, es sei "teilweise niedergelegt, aber noch nicht Eigentum der Stadt". Die Gemeinde kaufte das Kömpchen 1917 zum Abbruch.

Interessant ist aber auch, welche Redner damals in Erkelenz auftraten. Wenn der Landrat in dem unten zitierten Bericht behauptete "politisch ist ihr irgendwelch Bedeutung nicht beizumessen", so widerlegen die beide Redner des Abends dies eindeutig.

Beide Redner haben nämlich in der Geschichte der rheinischen SPD eine hervorragende Rolle gespielt: (26)

Dr. August Erdmann war 1896-1906 Chefredakteur der Rheinischen Zeitung, Köln und von 1912-1918 Reichstagsmitglied für den Wahlkreis Dortmund-Hörde, 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Düsseldorf.

Vielleicht noch wichtiger war der andere Redner:

Adolf Hofrichter, geb. 1857 in Danzig, von Beruf Schlosser. Er war einer der aktivsten Agitatoren des rheinischen Raumes, seit 1881 in Köln ansässig. Als Delegierter nahm er am Gründungskongreß der 2. Internationale 1889 in Paris teil, wurde 1895 Vorsitzender des "Sozialdemokratischen Vereins, Köln," und war u. a. ab April 1893 verantwortlicher Redakteur der Rheinischen Zeitung, wurde 1895 der erste hauptamtliche Parteisekretär in Köln und konnte 1912 als 1. Sozialdemokrat den Reichstagswahlkreis Köln-Stadt erobern. Hofrichter starb 1916.

Über diese Versammlung berichtete der Erkelenzer Landrat v. Reumont an den Regierungspräsidenten in Aachen:

Erkelenz, den 28.9.1911

Urschriftlich dem Herrn Reg. Präsidenten in Aachen mit dem Bericht zurückgereicht, daß die fragliche Versammlung tatsächlich stattgefunden hat und zwar in den Räumen des Hefehändlers Franz Baldewig hieselbst. Der Genannte gilt als der eigentliche Veranstalter der Versammlung. Sie muß hauptsächlich als eine Agitation gegen die hiesige Stadtverwaltung angesehen werden und hat in einer persönlichen Verstimmung des Baldewig gegen den hiesigen Bürgermeister ihre Ursache. Politisch ist ihr irgendwelche Bedeutung nicht beizumessen. Aus diesem Grunde ist auch eine besondere Berichterstattung seitens des hiesigen Bürgermeisters an mich und eine Erwähnung des Vorfalles in meinem vorstehenden Bericht nicht erfolgt.

Bei den Differenzen des Baldewig mit der hiesigen Stadtverwaltung handelt es sich in der Hauptsache um eine von der Stadtverwaltung zwangsweise vorgenommene Abstützung eines, diesem Baldewig gehörenden Hauses, des Kömpchens, bzw. um eine beabsichtigte zwangsweise Niederlegung dieses Hauses und um die Verweigerung einer Gastwirtschaftskonzession, deren Ursache seitens des Baldewig fälschlich dem hiesigen Bürgermeister zugeschoben wurde (vergl. Rdbericht v. 15.2.1911, Nr. 1120 S). Was die Versammlung selbst anlangt, so war sie von etwa 100 Personen besucht. Sie war angemeldet und wurde ordnungsmäßig durch einen Polizeibeamten überwacht. Als Redner traten Dr. Erdmann und Adolf Hofrichter, beide aus Köln, auf.

Besprochen wurde von den genannten Personen die Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften in Reich und Staat, Wohlfahrtseinrichtungen, Wahlrecht, Trennung der Schule von Kirche und Staat, Gewerkschaften u.a. Zur Diskussion meldet sich am Schlusse der durchaus ruhig verlaufenen Versammlung kein Redner. Irgendwelchen Erfolg hat die Versammlung nicht gehabt. Sie kann daher keineswegs als ein Fußfassen der sozialdemokratischen Partei im hiesigen Kreise oder auch nur in der Stadt Erkelenz angesehen werden, was besonders aus dem Umstande hervorgehen dürfte, daß eine weitere Versammlung dieser Art seit dem 23. Oktober v. J. bis heute nicht stattgefunden hat. Ich habe den Bürgermeister angewiesen, von ähnlichen Vorfällen sofort eingehenden Bericht zu erstatten und insbesondere solche Versammlungen in dem Jahresbericht über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung zu erwähnen. Auch werde ich nicht verfehlen, die Angelegenheit persönlich im Auge zu behalten und sofern einer ähnlichen Versammlung, die übrigens kaum zu erwarten steht, eine Bedeutung irgendwelcher Art beigelegt werden müßte, entsprechend berichten.

Der Landrat
v. .Rt. (27)

Mit diesem Bericht sollte offensichtlich ein Versäumnis des Bürgermeisters, vielleicht aber auch eine wirkliche Peinlichkeit heruntergespielt werden. Bei der Zahl der Besucher der Versammlung und der angegebenen Themenstellung mutet es seltsam an, wenn ihr so entschieden jede Bedeutung abgesprochen wird. (s.a. Seite 103 – Anhang) (Anmerkung der Geschichts-AG: siehe S. 16)

Baldewig war nach dieser "unbedeutenden Versammlung" für die Behörde immerhin auch 1912 und 1913 Gegenstand polizeilicher Beachtung.

In einem listenartigen Vordruck "Verzeichnis der vorhandenen sozialdemokratischen Vereine und Nachweisung vorhandener Anarchisten und agitatorisch hervorgetretener Sozialdemokraten"

werden zwei Personen genannt und ihre "Vergehen" unter der Rubrik "Mindergefährliche Personen und Gewerkschaften" wie folgt beschrieben:

6. Februar 1912

1. Baldewig Franz Josef, Erkelenz, Wirt und Hefehändler, geb. 26.8.1862, kath., verheiratet. Übertretung und Vergehen gegen die Gemeindeordnung. Hat seine Wohnräume für eine sozialdemokratische Versammlung im Jahre 1910 freigegeben. Am Hinterhausgiebel des Hauses Franzstraße 13 hierselbst (früher Wirtschaft Kömpchen) ist eine Reklameschrift für die sozialdemokratische Düsseldorfer Volkszeitung angebracht worden, wo Baldewig zur Annahme von Bestellungen pp auf diese Zeitung angegeben ist.

2. Stepper Johann, Erkelenz, Händler, geb. 21.2.1875, kath., verheiratet. Vorstrafen: Beleidigung 2 x, Mißhandlung, Gewerbeübertretung. Bemerkung: agitiert für sozialdemokratische Fachzeitung in Düsseldorf durch Verteilen der Zeitung.

Das gleiche "Verzeichnis" ist vom 21.2.1913 bei den Akten. Die Angaben sind im 1. Teil gleich, jedoch hat Baldewig noch den Zusatz: Unterhält Verbindung zu Gewerkschaftsführern über die Sozialdemokratische Partei in Düsseldorf.

Über Stepper ist vermerkt, daß er in letzter Zeit nicht mehr agitatorisch hervorgetreten sei.

Das Ende der Bespitzelung sozialdemokratischer Parteigänger ist in der Akte "Sozialdemokratie" enthalten. Es ist ein maschinengeschriebener Durchschlag, den der Regierungspräsident Freiherr v. Dalwigk am 27.8.1919 an die Landräte richtete: (28)

"Vom Abgeordneten Brückner und Genossen ist in der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung die Anfrage gestellt worden, ob der Staatsregierung bekannt sei, daß auf den Landratsämtern bis in die letzte Zeit hinein Geheimakten über Sozialdemokraten geführt worden seien. Bei den heutigen Verhältnissen erscheint es selbstverständlich, daß zur Führung derartiger Geheimakten kein Anlaß mehr vorliegt und daß solche Akten auch nicht mehr geführt werden. Sollten trotzdem Akten oben erwähnter Art auf den Landratsämtern noch vorhanden sein, so ersuche ich ergebenst, deren Vernichtung zu erwirken.

v. Dalwigk

Damit enden die Berichte, die der Beobachtung sozial-demokratischer Aktivitäten durch die staatlichen Polizeiorgane galten. An ihrer Stelle wurden bald - wenn auch nicht so massiert - Informationen über die KPD und die NSDAP gefordert.

Die Zeit der Weimarer Republik

1919 - 1933

Der Durchsetzungsprozeß, den die Sozialdemokratie im Erkelenzer Raum brauchte, war langwierig. Es gab keine spektakulären Ereignisse, die ihr durchgreifende Erfolge gebracht hätten. Im Gegenteil, Anfangserfolge wurden meist sehr schnell durch innere Auseinandersetzungen wieder aufs Spiel gesetzt. Bei aller Solidarität im Ziel, fehlte es doch oft an der taktischen Selbstdisziplin mit der dieses Ziel erreicht werden sollte.

Die sozialistischen Ideen erreichten zunächst bekanntlich fast ausschließlich die Arbeiter. Sie konnten schon deshalb in dem vorwiegend kleinbürgerlich strukturierten Kreis Erkelenz lange Zeit kein breites Echo haben. Das lag natürlich auch an der Parteiprogrammatik, die praktisch nur den Arbeiter ansprach und von einer sozialdemokratischen Volkspartei nicht einmal zu träumen wagte.

Diese Tatsache erfordert aber hier auch daß - bevor auf die lokale Lage und deren Entwicklung eingegangen wird - die allgemeine Situation nach dem verlorenen Krieg und die Ursachen, die dazu führten, wenigstens skizzenhaft umrissen werden.

Der Anspruch der Sozialdemokraten, die Interessen der Arbeiterklasse international zu vertreten, mußte an Glaubwürdigkeit verlieren, als sie sich in den Kriegsjahren zwischen internationaler Solidarität und patriotisch-nationalen Interessen entscheiden mußten.

Die sozialdemokratische Reichtagsfraktion hatte zwar 1914 für die geforderten Kriegskredite gestimmt: "In der Stunde der Gefahr werden wir das Vaterland nicht im Stich lassen", aber schon damals, vier Tage nach Kriegsbeginn, hatten 14 ihrer Abgeordneten gegen sie entschieden. Immer mehr Sozialdemokraten kamen im Verlauf des Krieges zu der Überzeugung, betrogen worden zu sein. Ihre eigenen Vorkriegswarnungen bestätigten sich offenbar, daß nämlich die kapitalistischen Herrscher Europas einen Krieg führten, um den unvermeidlichen Zusammenbruch ihrer Gesellschaftsordnung hinauszuzögern. (29)

Im Jahre 1915 zeigte sich bei einer neuerlichen Abstimmung, wie sehr sich die Gegensätze verschärft hatten: von 100 Sozialdemokraten im Reichstag stimmten nun 42 gegen die Bewilligung weiterer und immer höherer Kriegskredite. (20 lehnten sie ab, 22 enthielten sich der Stimme) Diese Tendenz setzte sich fort, bis es im Frühjahr 1916 zur Spaltung der SPD kam.

Schon Ende 1914 hatte sich der Rechtsanwalt Karl Liebknecht zum Sprecher einer radikalen linken Gruppe innerhalb der SPD gemacht, zu der auch Rosa Luxemburg gehörte. Liebknecht wurde im Januar 1916 zum Rücktritt aus der Reichtagsfraktion gezwungen, nachdem er wenige Tage vorher, gemeinsam mit Rosa Luxemburg eine "Gruppe Internationale" gebildet hatte. Ein von ihnen herausgegebenes Mitteilungsblatt nannte sich "Spartakus", nach dem sich dann auch die ganze Gruppe nannte. Sie waren die eigentlichen Vorbereiter der noch zu gründenden KPD.

Im April 1917 gründete eine beachtliche Gruppe von SPD- Angehörigen, darunter 18 Reichstagsabgeordnete, die "Unabhängige Sozialdemokratische Partei" (USPD). der sich auch die Gruppe Spartakus anschloß. Der größere und radikalere Teil dieser neuen Partei spaltete sich nach Kriegsende wieder und gründete am 30. Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD).

Diese innere Zerrissenheit traf die Partei in dem Augenblick des Zusammenbruchs der Monarchie und als es selbstverständlich war, daß nun die Sozialdemokraten die Regierung übernehmen würden. Aber war die Partei überhaupt auf die Übernahme einer solchen Verantwortung vorbereitet? Diese Frage muß heute eindeutig mit "Nein" beantwortet werden. Neben der Spaltung ihrer Mitglieder in Mehrheits- und Unabhängige Sozialdemokraten, wog vor allem die Tatsache schwer, daß die Partei bisher ein reales Konzept für den Fall der Verantwortungsübernahme nicht erarbeitet hatte. "Es blieb ihrer Führung keine andere Möglichkeit, als mit den bisherigen Kräften, mit ihrer Ministerialdemokratie, der Generalität und den Wirtschaftsführern, also gerade mit den Gruppen die sie ideologisch schärfstens ablehnte, die Zusammenarbeit zu suchen." (30)

Am 9. November 1918 hatte der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann ohne Wissen des neuen Kanzlers Ebert, der erst am gleichen Tage Prinz Max von Baden als Kanzler abgelöst hatte, die "Deutsche Republik" ausgerufen. Ebenfalls am gleichen Tag, am Nachmittag, proklamierte dann Karl Liebknecht (USPD) die "freie sozialistische Republik Deutschland".

Einen Tag später, am 10. November bildete sich der "Rat der Volksbeauftragten" mit je drei Vertretern der MSPD und der USPD. Die Mehrheitssozialisten setzten dabei die Wahl zur "Verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung" durch, die bereits am 19. Januar 1919 stattfinden sollte.

Von nun an wurde nach dem Verhältniswahlssystem, d. h. nach dem Stimmenanteil, den die Parteien errangen, gewählt. Die Bedeutung der Parteien wuchs.

In der kurzen Zeit zwischen dem Waffenstillstand im November und dem Wahltag wandelten sich die Parteisysteme z. T. völlig. So entstand aus Konservativen, Freikonservativen, Alldeutschen, Deutschvölkischen, Christlich-sozialen, Anhängern der deutschen Reichspartei u. a. nationalen Gruppen die Deutschnationale Volkspartei. Sie strebte als Hüterin des konservativen Erbes die Wiederherstellung der Monarchie an. (DNVP) Aus den Nationalliberalen (Fortschrittliche Volkspartei) und der linke Flügel der Nationalliberalen fanden sich in der Deutschen demokratischen Partei (DDP). Das Zentrum, die Partei der konservativen Katholiken, nannte sich für kurze Zeit Christliche Volkspartei. (31)

Die einzige Partei, die von diesen Umgruppierungen praktisch unberührt blieb, war die der Mehrheitssozialisten. Sie war in den 30 Jahren nach dem Ende des Sozialistengesetzes zu einer zumindest organisatorisch fest gefügten Partei mit breiter Gefolgschaft geworden. Die abgesplitterte USPD konnte sich nur als Randgruppe profilieren.

Das Wahlergebnis vom 19. Januar 1919 bedeutete für die Mehrheitssozialisten mit 39 % einen besonderen Erfolg. Sie hatten 163 Sitze erobert und stellten die stärkste Fraktion im Reichstag. Die USPD hatte 7 % der Stimmen erhalten, die Kommunisten hatten die Wahl boykottiert. (Vier Tage vorher waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet worden)

Im lokalen Raum stellte sich dieses Wahlergebnis natürlich nicht so günstig dar. Wahlberechtigt waren nun alle Männer und Frauen die 20 Jahre alt waren. Bei einer Wahlbeteiligung von 91,11 % erzielten die Parteien in Erkelenz: (32)

Mehrheitssozialisten	380 Stimmen
Deutschnationale Volkspartei	89 "
Deutsche Volkspartei	24 "
Zentrum	2364 "
Demokratische Volkspartei	51 "
Unabhängige Sozialisten (USPD)	- "

Schon am 26. Januar 1919 wurden die Wähler hier wieder an die Wahlurnen gerufen. Die verfassunggebende preußische Landesversammlung (Landtag) war zu wählen. Die Wahlbeteiligung betrug nun 80,92 %.

Mehrheitssozialisten	361 Stimmen
Deutschnationale Volkspartei	115 "
Deutsche Volkspartei	25 "
Zentrum	2295 "
Demokratische Volkspartei	56 "
Unabhängige Sozialisten	1 " (32)

Eigentlich hätte schon bald wieder gewählt werden sollen. Nach der "Verordnung über anderweitige Regelungen des Gemeindewahlrechts" sollten die Kommunalwahlen bis zum 2. März 1919 erfolgen. Aber im besetzten Rheinland wurden Wahlen jetzt von der Besatzung nicht zugelassen, sondern erst im September genehmigt und am 7. Dezember 1919 durchgeführt.

Das neue Wahlrecht führte auch hier das Verhältniswahlssystem ein. Für die Wahlvorschläge mußten die Interessentengruppen, die mit konkreten Parteien und deren Programmen nur mit Vorbehalt zu identifizieren waren, ihre Kandidaten in Listen führen, die etwa den heutigen Reservelisten entsprachen. Jeder Wähler konnte seine Stimme nur den Kandidaten einer Liste geben. Das Aufführen von Namen der Liste 1 und Liste 3 beispielsweise hätte den Stimmzettel ungültig gemacht. Aus einer Liste konnten aber beliebig viele Namen aufgeführt werden.

Für die Wahl am 7. Dezember 1919 gab es 6 Wahlvorschläge. In den offiziellen Darstellungen und Bekanntmachungen wurde damals der Parteiname peinlich vermieden. Trotzdem war der Wahlvorschlag 1 "Kloeters" eindeutig der des Zentrums. Er war mit 35 Namen der umfangreichste. Der Wahlvorschlag 2 "Lenzen" umfaßte 24 Namen und war der Vorschlag der Arbeitnehmer, den man damals mit Sozialdemokraten gleichsetzen konnte. Weiter gab es den Wahlvorschlag 3 "Meißen", 4 "Pielsticker", 5 "Broich" und 6 "Laumen".

Das Wahlergebnis:

1 Kloeters	1422 Stimmen	14 Sitze
2 Lenzen	358 "	3 "
3 Meihsen	314 "	3 "
4 Pielsticker	189 "	2 "
5 Broich	118 "	1 Sitz
6 Laumen	117 "	1 "

Der Wahlvorschlag Pielsticker gewann den 2. Sitz durch eine Listenverbindung mit dem Vorschlag Laumen. Die Wahlbeteiligung betrug 80,2 %, ungültig waren 14 Stimmen. (32)

Der neue Stadtrat tagte am 29. Dezember 1919 zum ersten Mal. **Erstmals waren Mitglieder der SPD in der Erkelenzer Stadtverordnetenversammlung vertreten.**

Es waren: Josef Lenzen, Former (Sprecher der Fraktion)
Johann Herbinger, Former
Karl Banthin, Kernmacher.

Es ist bekannt, daß Josef Lenzen, Erkelenz, Schülergasse 8, auch der Vorsitzende des Erkelenzer SPD-Stützpunktes war. Leider konnten weitere Details über die Parteiorganisation bisher nicht aufgefunden werden. Ob die 24 in der Liste aufgeführten Namen alle Mitglieder der SPD waren, darf bezweifelt werden. Es waren zum überwiegenden Teil Belegschaftsangehörige der Firma A. Wirth & Co. . Mit 5 Mann waren die Former am häufigsten vertreten, gefolgt von 3 Drehern und je 2 Schmieden und Kernmachern. Bemerkenswert ist auch, daß die Sozialdemokraten schon damals zwei Frauen in ihrer Liste aufgestellt hatten.

Es ist schade, daß man keine genaueren Angaben über das innerparteiliche Geschehen der 20er Jahre hat. Obschon sich die Arbeitnehmer 1919 in einer gemeinsamen Liste darstellten, ist das Wahlergebnis mit nur 358 Stimmen natürlich nicht gut. Man wird im Folgenden eine Spaltung der Arbeitnehmer (bis 1929) in Gruppen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und parteilosen Arbeitnehmer erkennen.

Wenn auch nun Sozialdemokraten im Erkelenzer Stadtrat und seinen Ausschüssen aktiv mitarbeiteten, so blieb ihr Einfluß dank des absoluten Übergewichts des Zentrums und der Deutschnationalen gering. Trotzdem war es wichtig, daß nun auch hier Männer mit besonderem Engagement für soziale- und Arbeiterfragen beteiligt waren. So beantragte die Fraktion der Sozialdemokraten am 9. Februar 1920 die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter. Der Antrag wurde zwar mit der Stimmenmehrheit abgelehnt, immerhin aber der Finanzkommission das Recht zugesprochen, bei Lohnregelungen Vertreter der Gewerkschaften hinzuzuziehen. (33)

Als der Erkelenzer Stadtrat 1920 Anton Raky das Ehrenbürgerrecht verlieh, gehörte Josef Lenzen zu der städtischen Delegation, die unter der Leitung des Bürgermeisters nach Salzgitter fuhr, um Raky die Ehrenurkunde zu überreichen.

In diesem Zusammenhang sollte kurz auf den **Generaldirektor Raky** eingegangen werden, der nicht nur, wie allgemein bekannt, der Ingenieur und Erfinder, Organisator und launiger Snob war, sondern auch der, von seinen Arbeitern geschätzte, verständnisvolle Chef. Ein alter Rakyaner, der selbst alles andere als ein Sozialdemokrat war, erzählte mir in warmen Worten, daß Raky zwar viel von seinen Leuten verlangte, aber auch immer für sie da gewesen sei. "... Im Winter, da kamen Körbe mit Lebensmitteln und Kartoffeln und Kohlen. Raky stiftete das. Drum hieß das, der Raky ist ein Sozialist. Er gab schon das, wie es heute heißt: Das gehört zum Leben; das muß der Mann haben! Er gab nicht mehr Lohn als allgemein üblich, aber die Zugaben!(34)

Ob dieses soziale Verhalten, das sich u. a. in dem von Raky initiierten **"Erkelenzer Bauverein"** mit dem Bau von Arbeiterwohnungen (Glück-auf-Straße, Rosenstraße) und der Einrichtung einer Betriebskrankenkasse ausdrückte, auch in einem weltanschaulich-politischen Engagement seiner Arbeiter auswirkte - d. h. ob hier schon vor dem ersten Weltkrieg Parteizellen bestanden - ist nicht bekannt.

Raky war mit dem 1. Juli 1907 aus der Internationalen Bohrgesellschaft (IBG) ausgeschieden, und die Firma wurde 1916 von Alfred Wirth als Fabrik für Bohrgeräte übernommen. Bei der IBG war es im Januar 1915 zu Arbeitsniederlegungen gekommen. Der Grund sollen Stromabschaltungen gewesen sein.

Im Oktober 1915 hatte der Erkelenzer Fußgendarm Pesch den Dreher Donnay angezeigt, weil er "eine Versammlung ohne Erlaubnis abgehalten und (in) aufrührerischer Weise die Teilnehmer der Versammlung zur Niederlegung der Arbeit aufgefordert" habe. Der Bürgermeister Spitzlei meldete den Vorfall am 3. Oktober dem Landrat:

"Freitagabend und Samstag versuchte ein Teil der Arbeiter der IBG in eine Lohnbewegung zu treten. Zum Anlaß wurde eine von der Firma angeordnete gerechtere Entlohnung der, den gelernten Arbeitern, Drehern beigegebenen Hilfsarbeitern. Den Drehern sollte der Accordlohn zugunsten der Hilfsarbeiter etwas gekürzt werden. Die Sache scheint im Sande zu verlaufen. Eine eigentliche Arbeitsniederlegung hat nicht stattgefunden. Eine zugesagte Prüfung der Lohnverhältnisse soll am 5. 10. (Montag) seitens der Direktion der IBG erfolgen. An der Spitze der Bewegung scheint der Dreher Donnay, Oestrich, gestanden zu haben. Hervorgetan soll sich auch der Dreher Josef Vieten, Erkelenz, Oeratherstraße, haben. Beide sind von der Firma entlassen worden. Am Freitag hat in der Wirtschaft Goertz hierselbst eine unangemeldete Versammlung von Arbeitern der IBG stattgefunden, die nach den bisherigen Feststellungen Donnay geleitet hat. Donnay ist Belgier. Weil er sich als lästig erwiesen und als Aufwiegler gezeigt hat, wurde er festgenommen und unter Überreichung der Untersuchungsverhandlungen dem Bezirkskommando Rheydt zugeführt. Vieten ist in seinen Militärverhältnissen ungedienter Landsturmmann und war reklamiert. Beim Bezirkskommando wird seine sofortige Einstellung veranlaßt werden. Ob noch gegen andere Personen einzuschreiten ist, muß erst festgestellt werden. Für die Wirtschaft Goertz ist bis auf weiteres die Polizeistunde auf 7 Uhr abends festgesetzt worden, damit ähnliche aufwieglerische Versammlungen vermieden werden.

Spitzlei, Bürgermeister
(25)

In den Wahlvorschlägen von 1919 taucht der Name Donnay nicht auf, wohl aber der auch genannte Josef Vieten. Donnay werden wir später noch einmal begegnen.

In den 20er Jahren wurden die städtischen Ausschüsse, die übrigens im Gegensatz zu heute nur teilweise aus Mitgliedern des Stadtrates bestanden, sich viel mehr aus fach- und sachkundigen Bürgern zusammensetzten, normalerweise jährlich neu gewählt; meist blieb es jedoch bei der Wiederwahl.

Eine erste Änderung im Rat gab es, als der Sprecher der Sozialdemokraten Josef Lenzen am 29. Juli 1921 sein Mandat niederlegte und der Dreher Karl Nießen an seiner Stelle nachrückte. Die Ursache für Lenzens Ausscheiden ist nicht bekannt. Fraktionssprecher wurde Johann Herbingen. (33)

Hier muß kurz auf die Schwierigkeit der Beschaffung von Quellenmaterial über diese Zeit eingegangen werden. Nachdem die Parteien in der Zeit von 1933-45 aufhörten zu existieren bzw. sie gezwungen waren, in die Illegalität auszuweichen, ist es verständlich, daß so gut wie keine Dokumente auch aus den Jahren davor erhalten sind. Es gibt weder Protokolle, noch ist Schriftverkehr erhalten. Die einzige damals hier erscheinende Zeitung, das Erkelenzer Kreisblatt, war ein Blatt des Zentrums. Ihre Berichterstattung und ihre Informationen waren einseitig

zentrumsorientiert. Diese Parteigebundenheit ging so weit, daß weder Versammlungen anderer Parteien, noch deren Kandidaten auch nur mit einem Wort erwähnt wurden. Alles was nicht Zentrum war, wurde ignoriert. So kommt es, daß wir über diese Zeit - obschon die Jahrgänge der Zeitung erhalten sind - fast nichts über die Parteienvielfalt dieser Jahre wissen und uns als einzige dürre Information die Vorschlagslisten erhalten sind, die als amtliche Bekanntmachungen im Anzeigenteil erscheinen mußten. Auch in den Ratsprotokollen wird über die Gründe, die zu Entwicklungen führten, nichts gesagt. Auf die Befragung Erkelenzer Bürger habe ich bewußt weitgehend verzichtet, weil sich nach der langen Zeit (50 und mehr Jahre) keine sicheren Fakten rekonstruieren lassen. Es schien mir daher besser, auf gewisse Informationen zu verzichten, als zwangsläufige Unsicherheiten in Kauf zu nehmen. Am 16. Juni 1922 schied auch Karl Banthin aus der Fraktion aus. Nun hätte eigentlich der Schmied Matthias Morschel in den Rat einrücken sollen, aber weil dieser am 14. Juli nach Eschweiler verzog, zog die **Hausfrau Christine Quay in den Rat. Sie war die erste Frau, die jemals in Erkelenz diesem Gremium angehörte,** und diese Tatsache wurde in einer Begrüßung durch den Bürgermeister gewürdigt. (33)

Ungeklärt ist - wenn Lenzen am 29.7.1921 sein Mandat niederlegte - warum es dann am 23.4.1923 (Zeit des passiven Widerstandes gegen das Besatzungsregime) im Protokoll des Rates heißt, daß der Former Josef Lenzen ausgewiesen sei und für die Zeit seiner Abwesenheit der Dreher Wilhelm Donnay gewählt wurde. (40) Auch diese Wahl ist unklar, denn Donnay hatte bei der letzten Kommunalwahl (1919) überhaupt nicht auf der Vorschlagsliste gestanden.

Am 23. August 1923 legten die Stadtverordneten Herbinger (Liste 2), Künnecke (Liste 1) und Frau Quay (Liste 2) ihre Ämter nieder. Auch dieser spektakuläre Schritt wurde im Erkelenzer Kreisblatt mit keinem Wort erwähnt. Es ist allerdings möglich, daß er mit Entscheidungen der Besatzungsmacht zu tun hatte und kaum eine parteipolitische Ursache hatte. Für Herbinger wurde am 10. Oktober der Schmied Franz Zilse in den Rat eingeführt. (33)

Für die Sozialisten hatte sich in der Zwischenzeit (1919-1924) eine völlig neue Situation ergeben. Die SPD hatte die anfangs von der Arbeiterklasse in sie gesetzten Erwartungen kaum erfüllen können. Die radikalere USPD und dann die Kommunisten schienen mit ihrem unduldsamen Absolutheitsanspruch mehr zu überzeugen, als die an demokratische Grundregeln gebundenen Sozialdemokraten, die zudem durch Zwangskoalitionen kaum überzeugende Politik durchzusetzen vermochten.

Im Oktober 1920 hatte sich die Mehrheit der USPD auf dem Parteitag in Halle für einen Anschluß an die Kommunistische Partei entschieden. Im Dezember 1920 kam es zur Vereinigung des linken Flügels der USPD mit den Kommunisten. Die Rest-USPD schloß sich im September wieder den Sozialdemokraten an.

Das Jahr 1924 war für die Weimarer Republik ein Jahr der Hoffnung. Die Inflation lag ein Jahr zurück und die neu eingeführte Rentenmark hatte zu einer erstaunlich schnellen Stabilisierung geführt. Es ging aufwärts. Um so weniger konnte man das von der politischen Szene sagen. Zu viele Parteien machten das Regieren fast unmöglich. Vor allem aber waren es die Radikalen, hier vor allem die KPD und später die NSDAP, die eine zwar andere, aber in ihrer die Demokratie zerstörenden Wirkung ähnliche Rolle spielten. Allerdings muß man auch sehen, daß die Probleme sehr viel vielschichtiger waren, als sie hier in so vereinfachter Form dargestellt werden können. Nur ein paar Stichworte müssen genügen um dies anzureißen: Besatzung, Ruhrbesatzung, Reparationen und Arbeitslose,

die bis 1932 auf 5,5 Mill. anwachsen sollten, aber auch die immer wieder hochgespielte Kriegsschuldfrage.

Als am 7. Mai 1924 der Reichstag gewählt wurde, hatten auch im Kreis Erkelenz die Kommunisten die Sozialdemokraten überholt. Während die SPD nur 731 Stimmen erzielen konnte, erbrachten die Kommunisten 1365!

In den einzelnen Gemeinden des Kreises Erkelenz stellt sich das Reichstags-Wahlergebnis wie folgt dar: (wobei hier nur von den drei wichtigen Parteien Zentrum, SPD und KPD ausgegangen wird) (35)

Amt	SPD	KPD	Zentrum
Beeck	18	33	1351
Coerrenzig	32	129	1228
Doveren (mit Hükkelhoven	136	181	2340
Erkelenz	44	306	2015
Elmpt	3	5	755
Gerderath	34	8	550
Immerath	220	155	884
Keyenberg	35	157	861
Kleingladbach	49	41	1025
Kückhoven	33	24	397
Lövenich	32	176	975
Niederkrüchten	32	37	1458
Schwanenberg	5	14	11 (hier vor allem DNVP)
Wegberg	58	99	2029

Drei Tage vorher, am 4. Mai 1924 waren die Kommunalwahlen gewesen. Es hatte 5 Wahlvorschläge gegeben. Listen hatten das Zentrum (1), die Parteilose Bürgerliste (2), die Arbeitnehmer (3), die Kommunisten (4) und die Arbeiterpartei (Erwerbslose) (5) eingereicht.

Gewählt wurden:

Zentrum:

Schley Wilhelm, Gärtnereibesitzer; Fell Heinrich, Gutbesitzer; Klügel Reinhold, Arbeitersekretär; Pomp Johannes, Studienrat; Gerards Theodor, Gutbesitzer; Houf Michael, Schneidermeister; Dr. Hahn, Josef, Verleger; Neuhaus Heinrich, Werkmeister; Bongartz Peter, Landwirt;

Parteilose Bürgerliste:

Dr. Schliebeck Peter; Kremers Wilhelm, Fabrikant; Weinberg Ernst, Kaufmann; Aretz Heinrich, Kaufmann;

Arbeitnehmer:

Schlimm Jacob, Kassierer; Franzen Johann, Dreher; Donnay Wilhelm, Werkmeister; Körfer Josef, Revolverdreher;

Kommunisten:

Quay Emil, Schmied

Der Wahlvorschlag 5 "Arbeiterpartei" errang keinen Sitz. (36)

Zur Kommunalwahl am 17. November 1929 bewarben sich in Erkelenz 8 Parteien bzw. Wählergruppen: (37)

Liste	1	Zentrum
Liste	2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
Liste	3	Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
Liste	8	Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung)
Liste	14	Vereinigung zur Wahrung gewerblicher Interessen
Liste	16	Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)
Liste	21	Arbeitnehmervereinigung
Liste	22	Reichsstaatspartei (Kommunalbeamte und -angestellte)

Diese Wahl verlief für die SPD besonders schlecht. Sie erzielte in Erkelenz ganze 70 Stimmen und erreichte keinen Sitz. Offenbar war es zu einer Spaltung von Arbeitnehmern und Sozialdemokraten gekommen. Es ist bemerkenswert, daß es hier erstmalig einen Wahlvorschlag unter dem Namen SPD gab. Vorher (1919 und 1924) war immer nur von Arbeitnehmern die Rede gewesen. Daß es sich aber trotzdem um Sozialdemokraten handelte, beweisen die Ratsprotokolle, in denen häufig Anträge und Diskussionsbeiträge der sozialdemokratischen Fraktion erwähnt sind.

Die Verteilung der Stimmenanteile und der Ratssitze sah 1929 so aus:

Zentrum	1351 Stimmen	9 Sitze
SPD	70 "	- "
KPD	249 "	1 "
Volksrechtspartei	226 "	1 "
Vereinigung z.W.g.l.	448 "	3 "
NSDAP	265 "	1 "
Arbeitnehmervereinig.	311 "	1 "
Reichsstaatspartei	216 "	- "

Der von der Arbeitnehmervereinigung gewählte Johann Franzen verzog 1930 und verließ Erkelenz. An seine Stelle trat der Werkmeister Johann Herbinger, der 1919-1923 der SPD-Fraktion angehört hatte. (38)

Auch der für die KPD gewählte Dreher Karl Tillmann legte 1931 sein Mandat nieder. Für ihn rückte der Horizontalbohrer Josef Graß in den Rat nach. (39)

Als Abschluß dessen, was hier über die Zeit der Weimarer Republik zu berichten ist, soll noch der Name eines Mannes genannt sein, den man in keiner Chronik findet. Er soll stellvertretend stehen für sicher viele ungenannte und unbekannte Sozialdemokraten, die damals mehr als ihre Freizeit für die Partei einsetzten und denen in der Folgezeit gerade dieser ideelle selbstlose Einsatz das Leben schwer machen sollte.

Hubert Bongartz, Erkelenz, war bis 1933 etliche Jahre Vorsitzender der SPD-Kreispartei gewesen. Er war Verwaltungsbeamter und mußte nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten und dem folgenden Parteienverbot seine Tätigkeit mit Entlassung und dem Verlust seiner Beamtenrechte bezahlen. Auch als er sich dann eine neue Existenz als Versicherungsagent aufbaute, blieb er ein

Verfemter. Wiederholte wochenlange U-Haft in Aachen und jahrelange Überwachung belasteten den an sich sensiblen Mann schwer.

Es mutet wie eine ungerechte Laune des Schicksals an, daß er dann noch wenige Wochen vor dem Ende des braunen Reiches zusammen mit seiner Tochter Marlies durch feindliche Bomben in seinem Haus in der Tenholterstraße umkommen mußte. (41)

Illegales Wirken nach 1933

Mit dem Ende der Weimarer Republik und der Berufung Hitlers zum Reichskanzler, erreichte die Verfolgung der Mitglieder der SPD (und aller anderen politischen Parteien) durch die Nationalsozialisten ihren Höhepunkt. Das Verbot der SPD (22.6.1933) zwang die Mitglieder entweder in den Untergrund oder zur völligen Aufgabe aller politischen Aktivitäten. Für den Erkelenzer Raum, wo die SPD auch vor 1933 kaum eine straffe Parteiorganisation hatte und daher umso mehr vom Idealismus Einzelner getragen wurde, ist außer einigen wenigen Erwähnungen, fast nichts über die Zeit um 1933 bekannt. Es gibt auch bis heute kaum Literatur darüber, wie sich die Mitgliedschaft mit der Situation abfand. Wahr ist, daß der große Kampf zwischen Nazis und Sozialdemokraten, wie er in den Großstädten zeitweise fast alltäglich war, hier so nicht stattfand; wohl aber der Kampf im Kleinen, wenn es zu Diffamierungen, Beleidigungen und Prügeleien in Nachbarschaften und am Arbeitsplatz kam. Im Heimatkalender des Kreises Erkelenz 1968 habe ich über ein (heute neu bebaut) Viertel, "die Baracken" in Erkelenz berichtet. Es war ein Wohngebiet, das 1921 für die belgischen Besatzungseinheiten gebaut wurde. Nach deren Abzug (1926) wurden die Baracken z. T. von der Stadt an kaufwillige Arbeiter verkauft, zum anderen Teil aber auch noch vor dem Verkauf von Mittel- und Arbeitslosen besetzt. In diesem Gebiet lebten dann 140 Familien. Besonders in der Zeit vor 1933, als es in Deutschland eine Vielzahl von Parteien gab, war dieses Gebiet ein parteipolitisches Gärbekken. Die Mehrzahl der Bevölkerung sympatisierte hier mit der Sozialdemokratischen Partei und den Kommunisten. Mit dem Wachsen der Nationalsozialistischen Partei wuchs der Zwist innerhalb der ehemaligen Lager. Besonders vor Wahlen, die es in jener Zeit häufig gab, wurden hier politische Meinungsverschiedenheiten auch handgreiflich ausgetragen.

Von Interesse mag an dieser Stelle der Vergleich der letzten Reichstagswahl der Weimarer Zeit (6. Nov. 1932) und der ersten nach der Machtergreifung durch die Nazis (5. März 1933) sein. (Ergebnisse im Kreis Erkelenz)

Partei	6.11.32	5.3.33
SPD	4,6 %	3,3 %
Zentrum	58,4 %	48,8 %
KPD	15,8 %	8,5 %
NSDAP	15,5 %	34,7 %

Über die Zeit des "Dritten Reiches" sind Erkelenzer Quellen nicht bekannt. Es erschien mir daher angebracht, eine verdienstvolle Schrift des SPD-Unterbezirks Aachen von 1963 in Auszügen zu zitieren. In ihr wurde die Arbeit der illegalen Gruppe in unserem Raum und ihre Verfolgung durch die Gestapo geschildert.

„...Die Zusammenarbeit mit den in der Heimat Widerstand leistenden Kräften mußte unter großen Schwierigkeiten aufgebaut werden. Hierbei hat das Aachener Gebiet eine große Rolle gespielt. ... Der zunächst nach Prag, später nach Paris und zum Schluß nach London ausgewichene Teil des Parteivorstandes, die "Sopade", übernahm die zentrale Leitung des illegalen Apparates. Entlang der Grenzen des deutschen Reiches wurden sogenannte Grenzsekretäre eingesetzt, die die Aufgabe hatten, die Kontakte mit den illegalen Gruppen in einem bestimmten Bereich herzustellen, sie mit Material zu versorgen und von ihnen Nachrichten über die innerdeutsche Situation zu beziehen. Diese Aufgabe übernahm für unseren Raum der am 16. Juni nach Belgien emigrierte Geschäftsführer des Aachener Textilarbeiterverbandes und Reichsbannerführer Nikolaus Haas. Sein Verbindungs-

und Kontaktmann für den gesamten rheinisch-westfälischen Raum war der spätere 1. Regierungspräsident in Aachen, Ph. Ludwig Lude. Seine Aufgabe war die schwierigste und gefährlichste. Er hatte den Auftrag, Kontakte zu der durch das Verbot zerschlagenen Organisation und deren Funktionär aufzunehmen und für die Verteilung des Materials zu sorgen. ... "

In der ersten Zeit der illegalen Arbeit war es Hauptaufgabe, " die "Freie Presse" aus Holland einzuschmuggeln. Später, als sich der illegale Apparat und der Aufbau der Grenzsekretariate im außerdeutschen Raum gefestigt hatte, wurde die "Freie Presse" durch die "Sozialistische Aktion" abgelöst. ... Die "Sozialistische Aktion" wurde an die sich bildenden Kader weitergeleitet und von diesen in Lesegruppen gelesen. Die Nachrichten wurden dann in vertrauten Kreise, am Arbeitsplatz und in Nachbarschaften weiterverbreitet und erfaßten einen großen Teil der Menschen."

"Unter der Leitung von Matthias Wilms und Peter Spiegelmacher vollzog sich der Aufbau der illegalen Parteiorganisation in Aachen-Stadt und im Südkreis. Ihnen zur Seite stand als Kurier der ehemalige Sekretär der Volksfürsorge, Paul Arentsen, der als Versicherungsmann getarnt, die Kontakte zwischen der illegalen Leitung und den sich bildenden Widerstandsgruppen herstellte. Eine besonders aktive Gruppe entstand in Merkstein unter Karl Rubner, deren Wirken sehr bald auf die umliegenden Orte ausstrahlte. Rubner baute seine Gruppe nach dem Kadernsystem auf und verstand es so, zumindest eine gewisse Zeit hindurch, den Apparat nach außen abzusichern. Außer in Merkstein entstanden derartige Gruppen in Aachen-Stadt, in Kohlscheid, Würselen, Herzogenrath und Übach II. Verbindungen bestanden weiter zu gleichen Gruppen in Stolberg, Köln, Köln-Zollstock, Efferen, Troisdorf bei Köln. Bis in diesen Raum hinein wurde die Verteilung der "Sozialistischen Aktion" und anderen Materials organisiert. Es ist verständlich, daß dieser sich ausweitende Apparat, der in der illegalen, konspirativen Arbeit keine Erfahrung hatte, "undichte Stellen" zeigte. Die Organe der geheimen Staatspolizei waren auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Organisation aufmerksam geworden und setzten in den ersten Dezembertagen des Jahres 1933 zu einem entscheidenden Schlag an. Am 8. Dezember 1933 fanden in Aachen die ersten Verhaftungen statt. Am nächsten Tag setzte im ganzen Landkreis Aachen bis in den Kreis Geilenkirchen-Heinsberg hinein und im Kölner Raum eine großangelegte Aktion ein. Mit Unterstützung der SA und SS, der Landjägerei und Polizei nahm die geheime Staatspolizei über 600 Verhaftungen vor. Die ganze Aktion wurde in der Zeit vom 8. bis 23. Dezember durchgeführt und erfaßte Beteiligte und Unbeteiligte. Die Mitgliedschaft zur Sozialdemokratie und die kleinste in ihr ausgeübte Funktion genügte, um, wenn auch z. T. nur für einige Stunden, in Haft genommen werden. Die irgendwie verdächtig erscheinenden Genossen wurden zum Polizeipräsidium und zum Gerichtsgefängnis gebracht, wo am 15. Dezember 142 Funktionäre der illegalen SPD inhaftiert waren. Von diesen wurde wiederum der größere Teil entlassen. Nach monatelanger Untersuchung wurde dann am 26. und 27. September 1934 vor dem Oberlandesgericht in Hamm der Prozeß durchgeführt. ..."

"Die Gruppe Lude arbeitete unentwegt weiter und erweiterte ihre Verbindungen bis nach Moers am Niederrhein, wo eine Verbindung zu Hermann Runge bestand, nach Köln zu Hein Hammacher und Willi Schirmacher, nach Gelsenkirchen, Lüdenscheid, Duisburg und Solingen. Im engsten Kontakt mit dem Grenzsekretariat von Nikolaus Haas wurde eine Fülle von Material über die Grenze geschleust und verteilt. Ständiger Kontakt bestand zu der zentralen Parteileitung über den 2. Bundesführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und Reichstagsabgeordneten Gustav Ferl. Eine Reihe von Aussprachen in Eupen, Lüttich, Maastricht, Brüssel und Antwerpen brachten die Führer der illegalen Parteiorganisation mit den maßgeblichen Genossen der Partei- und Emigrationsleitung zusammen. An diesen Gesprächen nahmen u. a. auch Erich Ollenhauer, Rudolf Hilfering, Toni Sender

und der ehemalige Kölner Reichstagsabgeordnete Sollmann teil. Diese Aussprachen dienten der Unterrichtung der Parteileitung über die innerpolitische Lage aus der Sicht des illegalen Apparates und andererseits zur Festsetzung der Richtlinien für die weitere Arbeit. Maßgeblich bei dieser Arbeit war auch der spätere Oberkreisdirektor des Kreises Erkelenz Dr. Jakob Schiefer eingesetzt. Diese Gruppe Lude-Runge-Hammache-Schirmmacher-und Schiefer arbeitete bis zur Mitte des Jahres 1935. Anfang Juni 1935 wurden die ersten Verhaftungen, vorgenommen, die nach und nach den größten Teil des Apparates zerschlugen."

"Am 30. November 1936 begann der Prozeß gegen 18 Angeklagte vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofes in Berlin und am 11. Dezember 1936 wurde das Urteil von folgende Richtern "im Namen des Volkes" gesprochen: Volksgerichtsrat Hartmann, Landgerichtsdirektor Dr. Ziegler, Oberstleutnant Stutzer, Oberst Schroers, SS-Obergruppenführer Erbprinz zu Waldeck-Pyrmont.

Die aus unserem Gebiet stammenden Angeklagten erhielten folgende Urteile: Ph. Ludwig Lude, Stolberg: 6 Jahre Zuchthaus, 6 Jahre Ehrverlust; Ferdinand Saubier, Roetgen: 3 Jahre Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust; Egidius Dietz, Aachen: 3 Jahre Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust; Leonard Schaub, Stolberg: 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust; **Dr. Jakob Schiefer: 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust.**

Insgesamt wurden in diesem Prozeß Zuchthaus- und Gefängnisstrafen von 69 Jahren und 10 Monaten verhängt."

"Aber auch mit diesem Schlag war es der Gestapo noch nicht gelungen, den organisierten sozialdemokratischen Widerstand zu beseitigen. Wenn auch der Schlag gegen die Gruppe Lude-Runge einen wesentlichen Teil der Verbindungen lahmlegte, so waren in der Zwischenzeit bereits neue Gruppierungen entstanden, die auf reichsdeutschem Gebiet keinen Kontakt zu den eben zerschlagenen Gruppen hatten und deshalb zum Teil deren Aufgaben mitübernehmen konnten. Von der Existenz einer neuen Gruppe im Aachener Raum wußte von den Inhaftierten nur Ludwig Lude. Seiner Haltung in der schweren Zeit der Untersuchung ist es zu danken, daß diese Gruppe nicht in das Verfahren hineingezogen wurde. Diese neue Gruppe war durch den unverwüstlichen Karl Rubner in Merkstein ins Leben gerufen worden. Rubner, der im April 1934 aus der Haft entlassen worden war, knüpfte bereits im Juli 1934 die ersten Verbindungen zu den beiden Grenzsekretären Haas und Ferl. Die Zusammentreffen fanden in Heerlen in der Wohnung des Sekretärs der niederländischen Bruderpartei statt. Bei diesen ersten Gesprächen wurde die Taktik und das Verhalten der neuen Gruppe festgelegt, die unabhängig neben der Gruppe Lude einen 2. Apparat bildete. Arbeitsgebiet für die neue Gruppe war der Raum, in dem die Gruppe, die 1933 zerschlagen wurde, gearbeitet hatte, nämlich die Kreise Aachen-Land- Nord, Geilenkirchen-Heinsberg, Erkelenz und Jülich, jedoch mit Fühlern zum Niederrhein und bis in das Ruhrgebiet hinein. Der Aufbau der neuen Gruppe war besonders schwierig, weil ein Großteil der Genossen durch die Verhaftungsaktion vom Dezember 1933 noch verstört und für eine weitere illegale Tätigkeit kaum zu interessieren war. Trotzdem gelang es aber Karl Rubner eine Reihe von Freunden und Genossen zu finden, die mit ihm gemeinsam den Kampf fortsetzen wollten. Ernst Hilbig aus Merkstein war der Vertreter von Rubner, Kurt Bergner war als Auslands- und Karl Debetz als Inlandskurier tätig. Zu dem engeren Kreise gehörten noch Max Durst und Johann Beckedahl; darüber hinaus waren viele alte bewährte Sozialdemokraten in einer ganzen Reihe von Orten in diesem illegalen Parteiapparat wirksam geworden. So arbeiteten u. a. Peter Mertens in Holzweiler, Heinrich Theissen in Erkelenz, Mallmann sen. und andere in Würselen. In Baesweiler war Fritz Oetger tätig, in Kohlscheid wirkten die Brüder

Oehmke und Matthias Thönissen, in Übach II war es der Genosse Meschnitz. Die hier aufgezeigten Namen geben keine vollständige Liste der Mitglieder der illegalen Organisation, sie sollen nur zeigen, wie sich das Netz über ein ganzes Gebiet erstreckte. Die in den einzelnen Ortschaften entstandenen Gruppen waren von unterschiedlicher Stärke. ... "

Damit sollen die Auszug-Zitate aus der Festschrift des Unterbezirk Aachen enden. In der Schrift werden noch weitere Details erwähnt, jedoch betreffen sie das Gebiet des Raumes Erkelenz nicht mehr. Im Februar 1938 wurden die letzten bis dahin bestehenden illegalen sozialdemokratischen Gruppierungen durch die Gestapo zerschlagen. Damit war der Widerstand durch einen organisierten Parteiapparat in unserem Raum beendet.

Neubeginn und Ausbau (1945 - 1971)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1945/46

Nach dem totalen Zusammenbruch der deutschen Staatseinheit im Frühjahr 1945 hatten die Militärregierungen der vier Siegermächte die Verwaltungen ihrer Zonen übernommen. Die Furcht vor dem Nazismus bestimmte ihre Maßnahmen. Sie verboten jede Art von organisierten Gruppenbildungen. Selbst in Turn- und Gesangsvereinen witterten sie nazistische Viren. Von diesen Beschränkungen blieben erst recht nicht die politischen Kräfte verschont, die an die Parteiorganisationen der Weimarer Republik anknüpfend, mit der Aufbauarbeit an einem neuen demokratischen Deutschland beginnen wollten.

Die Alliierten hatten diese Bestrebungen zwar zuerst begünstigt, doch Ende April 1945 dann plötzlich "jede politische Betätigung in Deutschland untersagt". Die westlichen Besatzungsmächte hätten dieses Verbot wahrscheinlich auch nicht so bald aufgehoben, wenn nicht im russisch besetzten Teil die Weichen sehr früh anders gestellt worden wären. Hier hatten nämlich die Sowjets in klarer Erkenntnis, wie wichtig die politische Beeinflussung der hungernden Bevölkerung war, am 10. Juni 1945 den Befehl Nr. 2 erlassen: "Zur Gründung von politischen Partei und Gewerkschaften". Sie hoben das Parteienverbot auf. Die drei Westmächte zogen praktisch nur nach, als sie auf der Potsdamer Konferenz (17.7.-2.8.1945) dem Passus zustimmten, demokratische Parteien im ganzen besetzten Deutschland zu erlauben und zu fördern. Damit verbunden war die Einräumung des Rechts Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen, als Beitrag zur "endgültigen Neugestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und einer eventuellen Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben".

Darauf• gestatteten die Amerikaner im August, die Engländer am 15. September und die Franzosen im Dezember 1945 die Gründung politischer Parteien. Schon einen Tag nach dieser Freigabe bildete sich am 16. September 1945 die Sozialdemokratische Partei Nord-Rheinprovinz. Es waren zunächst Lizenzparteien, die der Militär-Regierung unterstanden und deren Auflagen zu erfüllen hatten (z.B. Vorlage des Parteiprogramms und der Mitgliederlisten). Die SPD konnte nach dem Kriege organisatorisch und programmatisch auf die Tradition der Weimarer Republik zurückgreifen. Trotz Verfolgung hatte der Kontakt zwischen den Mitgliedern oft nicht aufgehört. So konnte sich die Partei im allgemeinen recht schnell wieder sammeln und organisieren. Die Zahl der Mitglieder stieg bis Ende 1946 auf über 700 000, nachdem schon im September, ein Jahr nach der Wiederzulassung, in den Westzonen mehr als 7 500 Ortsvereine bestanden.

In diesem ersten Nachkriegsjahr gab es allerdings innerparteiliche Strömungen, die sich nachteilig auswirken sollten. Da war zunächst der "Berliner Zentralausschuß der deutschen Sozialdemokratie" mit Otto Grotewohl an der Spitze. Eine zweite Gruppe waren Mitglieder des letzten, noch am 23. April 1933 gewählten Parteivorstandes mit Erich Ollenhauer. Sie hatte die Zeit des Nationalsozialismus im Exil (Prag, Paris, London) verbracht und wurde nun die Londoner Gruppe genannt. Die dritte Strömung war das "Büro Dr. Schumacher". Dr. Kurt Schumacher, ehemaliger Reichstagsabgeordneter, war im Konzentrationslager interniert gewesen und wurde nach der Befreiung schnell zur Zentralfigur der deutschen Sozialdemokratie.

Schumachers Initiative brachte das erste "Reichstreffen der' Sozialdemokratie" am 5. Oktober 1945 in Winningsen bei Hannover zustande. Es waren die ersten, wenn auch inoffiziellen Gespräche der

Sozialdemokraten aus ganz Deutschland nach dem Kriege. Zugleich sollte es das letzte Mal sein, daß die rivalisierenden Gruppen aufeinander trafen. Das Problem der Parteiführung wurde nicht gelöst

Erst die nun immer eifriger betriebenen Fusionsbestrebungen der Kommunisten (Pieck/Ulbricht) und der Gruppe Grotewohl in der russischen Besatzungszone, die schließlich zur SED führte, brachten die beiden anderen Gruppen zum "Zum Büro der Westzonen" zusammen. Dr. Schunachers programmatische Erklärung vom 5. Oktober 1945 zog die noch heute gültige Grenze zwischen dem demokratischen Sozialismus der Westzonen bzw. der Bundesrepublik und dem sozialistischen Kommunismus der osteuropäischen Länder. (42)

Der Wiederbeginn 1945/46 in Erkelenz

Auch im Kreis Erkelenz fanden sich im zweiten Halbjahr 1945 alte Parteimitglieder der SPD und berieten, wie sie die politische Arbeit wiederaufnehmen konnten. Die Lage war hier besonders schwierig. Abgesehen davon, daß der Kreis Erkelenz ein traditionelles Zentrumsgebiet war, hatten die letzten Kriegsmomente schwere Wunden hinterlassen. Besonders in Erkelenz - aber nicht nur dort - hatten Bomben und Evakuierung die Bevölkerung dezimiert. Von 7 598 Einwohnern im Jahre 1943 waren nach der Zwangsevakuierung im Herbst/Winter 1944 bis Ende Juli 1945 erst 3 703 Erkelenzer heimgekehrt. Die Statistik gab an, daß von 747 Wohnungen nur 2 ohne Kriegsschäden blieben.

Aber die Zahl der Heimkehrenden stieg dann schnell. Bis Ende Oktober waren es bereits wieder 5 000. Trotz Hunger und katastrophaler Wohnungsnot begann sich das Leben zu normalisieren. Auch die Vereine rührten sich wieder.

Die SPD gab mit einer Anzeige in den 'Aachener Nachrichten' am 21. Dezember 1945 ein erstes Lebenszeichen:

"Alle früheren Parteigenossen der SPD im Kreise Erkelenz und alle, die am Wiederaufbau der Partei mitarbeiten wollen, mögen ihre Anschrift mitteilen an Friedrich Florack, Kleingladbach über Erkelenz."

Es waren vor allem die alten SPD-Mitglieder, die hier den neuen Anfang wagten. Ihre Namen leben in der Erinnerung weiter und sind es wert, hier genannt zu werden. Motor und Organisator waren damals in Erkelenz vor allem Heinrich Theissen und Karl Banthien. Der Sozialdemokrat Dr. Jakob Schiefer war von der Militär-Regierung als Landrat eingesetzt worden und unterstützte die ersten Schritte der jungen Partei. Aber auch Paul Brünell, Werner Fischermann und Fritz Thomas gehörten zu diesem ersten aktiven Stamm. Siegfried Ruffert, der sich damals hier als 'Flüchtling' und ehemaliger Berufssoldat eine neue Existenz schaffen mußte, erinnert sich an diese Wochen. Heinrich Theissen und Karl Banthien besuchten ihn im Dezember 1945 in der bescheidenen Zeitungsagentur, die er in einer Ecke des Pfeifen- und Zigarrengeschäftes Pielsticker, An der Kirche, betrieb. (Er teilte sich das Geschäftslokal mit dem ausgebombten Erkelenzer Eisenwarenhändler Robert Clemens. Beide mußten das Lokal der Eigentümerin überlassen, wenn einmal im Monat die Rauchwarenzuteilung kam und Frau Pielsticker dann ein oder zwei Tage lang ihre Zigaretten verkaufte) Hier also warben sie Siegfried Ruffert für die SPD und gewannen einen aktiven Mitarbeiter. Die Partei brauchte vor allem junge Kräfte. So wurde Ruffert, damals 29 Jahre alt, von Schiefer für den von der Militär-Regierung ernannten ersten Kreistag vorgeschlagen und auch bestätigt. Die konstituierende Sitzung war am 12. Februar 1946.

Vorher hatte sich der Ortsverein Erkelenz (Januar 1946) gebildet. Ruffert war der 1. Vorsitzende, Paul Brünell Kassierer. (43)

Bis zum 5. März 1946 war die Kreisorganisation so weit aufgebaut, daß in einer Funktionärskonferenz der Erkelenzer Kreisvorstand gewählt werden konnte. Josef Reibel aus Kleingladbach war sein erster Vorsitzender.

Zur Unterstützung der sich nun überall bildenden Parteizellen ordnete die Militär-Regierung das Pressewesen neu. Bisher hatte es hier nur die "Aachener Nachrichten" gegeben (Seit 24.1.1945, erste deutsche Nachkriegszeitung überhaupt). Ab 1. März erschienen dann drei parteiorientierte Zeitungen im Aachener Raum:

Die "Aachener Nachrichten"	als SPD-Organ mit 39.000 Auflage
die "Aachener Volkszeitung"	als CDU-Organ mit 53.000 Auflage
die "Volksstimme"	als KPD-Organ mit 24.000 Auflage

Der auf allen Gebieten herrschende Mangel wirkte sich auch bei Zeitungspapier aus. Die Militär-Regierung verbot daher den Doppelbezug. Wer die CDU-Zeitung lesen wollte, durfte die SPD-Zeitung nicht beziehen. Klein war nicht nur die Auflage. Die Zeitungen bestanden meist nur aus 4 Seiten. Lokalausgaben gab es nicht, der Lokalteil war winzig. Die Berichterstattung erfolgte im Telegrammstil.

Kurz vor den ersten Wahlen wurden die Auflagen am 1. August 1946 erhöht. Nun erschienen die "Aachener Nachrichten" mit 44.000, die "Aachener Volkszeitung" mit 65.000 und die Volksstimme (jetzt überregional) mit 102.000 Stück. Die "Aachener Nachrichten" wurden am 1.9.1949 wieder eine überparteiliche Zeitung.

Die erste öffentliche Kundgebung der Erkelenzer SPD fand am 14. März 1946 im Erkelenzer Union-Theater statt. Der spätere Parteisekretär Matthias Moll sprach zum Thema: Weg und Ziel der SPD.

So war schon viel Vorarbeit geleistet, als die Militär-Regierungsschließlich die offizielle Genehmigung zur Gründung von Kreis- und Ortsparteien gab. Anfang Mai 1946 erhielt Wilhelm Felgenträger vom Kommandanten in Ratheim (Haus Hall) die Bestätigungsurkunde für die Zulassung der SPD Geilenkirchen/Heinsberg/Erkelenz.

Erkelenzer Delegierte waren auch auf einer ersten Bezirks-konferenz am 26. Mai 1946 in Richterich vertreten. Neben einer EntschlieÙung gegen die Abtrennung des Ruhrgebietes, die damals im Gespräch war, gab Parteisekretär Karl Rubner einen Rechenschaftsbericht über die Aufbauarbeit der letzten Monate, in denen 90 Ortsvereine wieder gegründet wurden.

Mindestens seit Juni 1946 hatte der SPD-Kreisverband Erkelenz in der Brückstraße 30 (Wohnung Ruffert im Hause Müller-Platz) ein Sekretariat. Eine Anzeige vom 16. Juni 1946 in den Aachener Nachrichten zeigt, daß man sich dort keineswegs nur mit der rein organisatorischen Parteiarbeit beschäftigte. Es heißt darin, daß Anfragen in Parteiangelegenheiten, Arbeiterwohlfahrt, Kriegsversehrten-, Kriegsgefangenen und Flüchtlingsfragen dorthin zu richten seien. Hier wurde in echter Sorge um den Mitmenschen in sozialer Verantwortung gearbeitet.

An dieser Stelle ist die "Arbeiterwohlfahrt" zu erwähnen, die 1919 gegründet, bis 1933 in allen Orten mit SPD-Stützpunkten organisatorisch-caritative Einrichtungen schuf. Die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt lebte in der Not der ersten Nachkriegsjahre spontan wieder auf. Sie konnte dank

des engagierten Einsatzes einzelner freiwilliger Helfer in mancher Notlage - von der Beschaffung nötigster Kleidungsstücke bis zur Betreuung politisch Geschädigter und bedürftiger Kriegsoffer (die Militär-Regierung hatte ein Jahr lang jede Rentenzahlung verboten) in vielen Fällen helfen. Der Schwerpunkt dieser Arbeit lag allerdings in Hückelhoven, wo Martha Drossel unvergessen wirkte.

Das Sekretariat zog am 1. August 1946 zur Hindenburg-Straße Nr. 26. Bei Anlaß dieses Umzuges werden Siegfried Ruffert als Kreisvorsitzender und Franz Adolf Sommer als Kreissekretär genannt. Beide hatten diese Ämter allerdings schon einige Monate früher übernommen.

In dieser Zeit fanden im **Lokal Jopen, Erkelenz, Roermonder Straße**, Monatsversammlungen statt. Hier hat die SPD wie schon vor 1933 (damals Imkamp), ihr Ortsvereinslokal. Am 15. September 1946 war die Bevölkerung zum ersten Mal nach 13 Jahren zu freien Wahlen aufgerufen. Es galt die Stadt- bzw. Gemeindevertretungen zu wählen. Drei Parteien boten sich den Wählern an: CDU, SPD und KPD.

Der Wahlkampf verlief ruhig. Die Bevölkerung verhielt sich zurückhaltend. Erfahrungen aus dem 3. Reich und noch mangelndes Vertrauen in Parteien, die jahrelang verteufelt, von Besatzungsmächten abhängig waren, mochten das Engagement mancher Bürger beeinflußt haben. Eine Karikatur in den Aachener Nachrichten vom 18. August 1946 war typisch: Ein Landser zum anderen: "Entlaust sind wir, die Klamotten gefärbt, denazifiziert und auf Typhus geimpft - fehlen nur noch die Schmalzstullen. - Wer die zuerst bringt, der wird gewählt!"

Bei dieser ersten Kommunalwahl am 15. September 1946 lag die Wahlbeteiligung bei 61 %.. Von den gültigen Stimmen galten der CDU 63% (121 Vertreter), der SPD 16 % (11 Vertreter) und der KPD 4,5 % (1 Vertreter). Mit 16,5 % konnten 94 parteilose Kandidaten ein Mandat erringen (alle Zahlen auf Kreisebene).

Für die Erkelenzer SPD verlief diese Wahl nicht gut. Das lag nicht nur an dem komplizierten Wahlverfahren, bei dem jeder Wähler 3 Stimmen hatte, folgeschwerer war die Tatsache, daß man, wie übrigens auch die KPD, keine Reserveliste aufgestellt hatte.

Die CDU konnte mit 18 Vertretern allein in den Erkelenzer Stadtrat einziehen.

Einen knappen Monat später wurde schon wieder gewählt. Nun ging es um die Besetzung des Kreistages (13. Oktober 1946). Von 39 Kreistagsvertretern waren 33 zu wählen, 6 wurden bestimmt. Bei 28.092 Wahlberechtigten machten 20.261 von ihrem Stimmrecht Gebrauch (72,1 %). Die Zahl der gültigen Stimmen betrug 51.919. Das Wahlergebnis sah im Kreis Erkelenz so aus: CDU 75 % = 29 Vertreter, SPD 20 % = 4 Vertreter, KPD 4 %, Unabhängige 1 %, beide ohne Vertreter.

Die SPD-Vertreter im ersten frei gewählten Kreistag waren: Friedrich Florack, Kleingladbach; Franz Adolf Sommer, Lövenich; Siegfried Ruffert, Erkelenz; Matthias Gerards, Hilfarth. (44)

Die SPD als Organisation und Fraktion in Erkelenz seit 1946 (45)

Die Bemühungen der frühen Erkelenzer SPD-Mitglieder wirkten lange Zeit weder in die Tiefe noch in die Breite. Eine festgefügte Organisation hatte die SPD der Jahre nach 1945 im ganzen Erkelenzer Raum kaum. Die wenigen in der Umgebung wohnenden Mitglieder gehörten zwar organisatorisch dem Ortsverein Erkelenz an, aber von einer wirklichen Betreuung der außerhalb der Stadt wohnenden Bevölkerung in eigenen Ortsvereinen konnte noch lange Zeit keine Rede sein.

Auch der SPD-Ortsverein Erkelenz befand sich noch bis in die 50er Jahre in einem äußerst desolaten Zustand. 1950 hatte der Regierungsinspektor Wilhelm Friedrichs Siegfried Ruffert als Vorsitzenden abgelöst. Es war die erste Versammlung, an der er nach seinem Zuzug nach Erkelenz teilnahm. Er hatte Bedenken gegen diese Wahl geäußert, weil er als Fremder ja keinen Kontakt zur Bevölkerung habe. Im September 1954 (die Hauptversammlung 1952 war wegen mangelnder Beteiligung gescheitert) mußte er gestehen, diesen Kontakt auch nicht gefunden zu haben. Friedrichs selbst schlug dem Unterbezirk 1954 den Genossen von den Driesch als seinen Nachfolger vor, der dann den Ortsverein Erkelenz auch bis zur Hauptversammlung 1955 kommissarisch leitete.

Von 1955-1957 war dann Hubert Müsch Vorsitzender des Ortsverein Erkelenz. Auch er vermochte der Parteiarbeit keine Impulse zu geben. Er verließ die Partei 1958 und trat 1960 der CDU bei.

Von einer Besserung kann man allenfalls reden, als Bruno Felz am 6. Juli 1957 zum Ortsverein-Vorsitzenden gewählt wurde (an der Wahl beteiligten sich nur 10 Mitglieder). Damals bestand der Erkelenzer SPD-Vorstand noch lediglich aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Kassierer. Der neugewählte Schriftführer Kahmann stellte den Antrag, die Arbeit der Stadtratsfraktion und des Vorstandes besser zu koordinieren und zu den Sitzungen des Vorstandes auch die Mitglieder der Fraktion und das Kreistagsmitglied (Ruffert) einzuladen. Ende Oktober entschloß man sich den Vorstand durch einen 2. Vorsitzenden zu erweitern, betraute dann allerdings nur den Schriftführer mit der Wahrnehmung dieses Amtes.

Der Ortsverein Erkelenz hatte **am 6. Juli 1957 20, am März 1958 21 Mitglieder**. Zahlenmäßig gab es 1959 keine Veränderung, 4 Abgängen standen 4 Zugänge gegenüber.

Vier Genossen, die bisher im Ortsverein Erkelenz aktiv gearbeitet hatten, gründeten Ende 1959 den selbstständigen Ortsverein Gerderath. Zu ihnen gehörten Max Möller, der 10 Jahre lang im OV. Erkelenz Kassierer war, und Wilhelm Münch. Münch war seit 1929 Parteimitglied, wurde 1948 Chef der Polizei des Landkreises Erkelenz und 1956 Mitglied des Gerderather Gemeinderates. Nach dem Ausscheiden der Gerderather Mitglieder hatte der **Ortsverein Erkelenz 1960 nur noch 17 Mitglieder**.

Die Verabschiedung des Godesberger Programms der SPD und die damit verbundene Öffnung der Partei für ganz Bevölkerungsteile - der Schritt zur Volkspartei - machte sich hier erst ganz allmählich bemerkbar, in mancher Beziehung erst 10-12 Jahre später.

Der geringe Mitgliederbestand erlaubte es dem OV. Erkelenz kaum, den Aufgaben nachzukommen, die er organisatorisch und politisch zu erfüllen hatte. So waren vor der Kommunalwahl am 19. März 1961 die Stimmbezirke neu eingeteilt worden. Statt bisher 9 mußten nun 12 Kandidaten für die Direktwahl besetzt werden. Wenn man weiß, daß zu dieser Zeit Versammlungen nur von 12, meistens aber weniger Mitgliedern besucht wurden, zeugte der Beschluß, alle Stimmbezirke zu besetzen, von großem Optimismus. Man glaubte auch 6 Sitze sicher erringen zu können. Die Hoffnungen waren wirklich zu hoch geschraubt. Immerhin konnte die Fraktion, die zuletzt nur noch aus 2 Ratsmitgliedern bestand (2 waren im Laufe der Legislaturperiode ausgeschieden) nach der Wahl mit 5 SPD-Vertretern im Erkelenzer Stadtrat neu beginnen (s. Übersicht am Schluß).

Die Passivität der anderen Mitglieder hielt aber auch 1961 an. Zur Hauptversammlung mußte zweimal eingeladen werden, nachdem zum 1. Termin nur 6 Mitglieder erschienen waren. Auch zum 2. Termin kamen nur 7 Mitglieder, aber die Versammlung war beschlußfähig und bestätigte den im Vorjahr gewählten Siegfried Ruffert im Amt des 1. Vorsitzenden. 2. Vorsitzender wurde Peter

Fischermann, Schriftführer und Kassierer Bruno Felz. Bezeichnend ist eine Protokollstelle der Versammlung vom 16. Januar 1962: "Der Vorsitzende streift die Misere des niedrigen Mitgliederstandes im Ortsverein. Allgemein ist festzustellen, daß der OV., gemessen am guten Wählerstamm, mindestens das Dreifache an Mitgliedern haben müsse. Es fehlt also vielfach nur an Bekennermut zum eigenen Ich."

In der Hauptversammlung am 8. März 1963 wurde Peter Fischermann der 1. Vorsitzende des Ortsverein Erkelenz, sein Vertreter Siegfried Ruffert, Schriftführer Bruno Felz, Kassierer Franz Pesch. Nun erst zeichnete sich eine wirkliche Besserung der internen Parteiarbeit ab. In einem Zwischenbericht, den der Vorstand nach einem Jahr abgab (Januar 1964), konnte die steigende Tendenz des Mitgliederstandes belegt werden: er stieg von 19 auf 29 Mitglieder. Bei einer Kreiskonferenz am 16. November 1963 waren vier Mitglieder des Ortsverein Erkelenz für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt worden. Es waren die Genossen:

Karl Lohmann	Parteiaustritt	1921 (gest. 1971)
Dr. Jakob Schiefer	"	1920
Heinrich Theissen	"	1921 (gest. 1970)
Fritz Thomas	"	1923 (gest. 1970)

Das Jahr 1965 zeichnete sich durch Initiativen aus, wie es sie in der Erkelenzer SPD bisher nie gegeben hatte. An der Versammlung am 15. Juni 1965 (35 Teilnehmer) nahmen auch der Bundestagskandidat Franz Vit und der Kreisvorsitzende Alfred Falk teil. Die Mitglieder Krüger und Felz hatten an einer Schulung in Lanzerath teilgenommen und berichteten in der Versammlung darüber. Von einer Schulungstagung in Maastricht (Niederlande) berichtete Wilhelm Jansen. Die Genossin Aurelia Heinrichs konnte darauf hinweisen, daß die Frauenarbeit 1964 aktiviert wurde und die Kreisgruppe in diesem Jahr um 50 Frauen stieg. Der Ortsverein Erkelenz veranstaltete eine Fahrt nach Bonn mit einem Empfang durch den Parteivorstand. Wochenendtagungen gab es außer in Lanzerath auch in Bergneustadt, Dünnwald und Borghaaren (Niederlande). In Versammlungen wurde darüber berichtet.

1965 war auch ein Wahlkampfjahr. In der überfüllten Erkelenzer Stadthalle sprach der Spitzenkandidat der SPD, Willi Brandt.

Der Mitgliederstand stieg 1965 weiter. Am Ende des Jahresberichtes heißt es: "Es ist in diesem Jahr nur fair und angebracht herauszustellen, daß unser erfolgreichster Werber unser Vorsitzender Peter Fischermann ist!"

Im April 1966 besuchte der Ortsverein Erkelenz den Landtag in Düsseldorf. Die Spitzenveranstaltung des Jahres war eine Kundgebung im Landtagswahlkampf mit Fritz Eler in der Erkelenzer Stadthalle. Es soll die letzte öffentliche Veranstaltung vor seinem Tode gewesen sein.

Die Mitgliederzahl blieb konstant. Trotz etlicher Neueintritte wurde die Gesamtzahl durch Ausscheiden (1), Umzug (3) und den Tod der Genossen H. Urban und Heinz Hansen nur gehalten.

Im Oktober 1966 wurde eine sozialistische Bildungsgemeinschaft gegründet, der allerdings keine durchgreifende Wirksamkeit beschieden war.

1967 wurde der amtierende Vorstand durch Wiederwahl bestätigt.

Am 20. Januar 1968 tagte der Bezirksparteitag in der Erkelenzer Stadthalle. Eine lange Reihe der Partei- und Landesprominenz hatte sich eingefunden. Neben Ministerpräsident Heinz Kühn, Landtagspräsident van Nes-Ziegler und den Landesministern Wertz und Denecke waren auch Bundesminister Wehner und Wischnewski gekommen.

Am 30. März 1968 fand, ebenfalls in der Stadthalle, ein Kreisparteitag der SPD statt, bei dem Peter Fischermann zum Nachfolger von Alfred Falk im Amt des Kreisvorsitzenden gewählt wurde. Im Mai fuhr der Ortsverein wieder nach Bonn, wo er vom Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Franz Vit empfangen wurde.

Der Mitgliederstand betrug Anfang 1968 = 58. Die Hauptversammlung wählte Georg Kiausch zum 1. Vorsitzenden, Peter Fischermann zum 2. Vorsitzenden. Schriftführer Felz und Kassierer Pesch wurden in ihren Ämtern bestätigt. - Aber schon Anfang 1969 trat Franz Pesch aus Gesundheitsgründen von seinem Amt zurück. Heinz Frohn übernahm die Kasse zunächst kommissarisch und wurde dann in der OV.-Versammlung als Kassierer bestätigt.

Eine einschneidende organisatorische Veränderung brachte 1969 die Auflösung der Kreisverbände und die Gründung des Unterbezirks Rurland, der dann die Kreise Düren, Jülich, Geilenkirchen/Heinsberg und Erkelenz umfaßte.

Für die Kommunalwahl 1969 gab es frühe und intensive Vorbereitungen, die dann aber mit inneren Querelen sehr gestört wurden und schließlich mit dem Ausscheiden von Dr. Jakob Schiefer aus der Fraktion endeten. Um diese Zeit trennte sich auch Rudolf Lösche von der Partei, behielt aber sein Mandat als Ratsherr, das er 1964 als erster SPD-Mann in Erkelenz überhaupt in der Direktwahl erringen konnte.

Der Ortsverein Erkelenz hatte 1969 = 66 Mitglieder.

1969 gab es gleich zwei Wahlkämpfe: am 28. September entschieden die Wähler in der Bundestagswahl für den Wechsel, Willi Brandt wurde Bundeskanzler. Am 9. November blieb bei der Kommunalwahl hier alles beim alten; die CDU machte das Rennen. Die Zahl der SPD-Mandate stieg auf 8 (+1). Prominentester Wahlkampfredner war Erhard Eppler, damals Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Am 19. März 1970 trat der OV.-Vorsitzende Georg Kiausch aus gesundheitlichen Gründen, aber auch wegen 'innerer Spannungen im Ortsverein' (Protokoll) zurück. Peter Fischermann, der dieses Amt in der Hauptsache wegen seiner Wahl zum Kreisvorsitzenden abgegeben hatte, übernahm wieder den Ortsverein Erkelenz.

Im Kreis Erkelenz stand 1970 das Nordrhein-Westfalen-Programm der Landesregierung im Brennpunkt der Kritik. Im Vorfeld des Landtagswahlkampfes wurde es hier nicht nur von der CDU, sondern auch von der SPD scharf angegriffen. "Land hat für den Kreis Erkelenz nichts übrig" und "Das Stiefkind bleibt" waren Schlagzeilen der lokalen Presse. Der Ortsverein Erkelenz schrieb an den Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Kassmann. Zum ersten Mal in der Geschichte der Erkelenzer SPD griff die Partei in ein überregionales Geschehen - im Interesse des Erkelenzer Raumes - ein. Da im Programm, das die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bis 1975 programmatisch erfaßte, der Kreis Erkelenz praktisch totgeschwiegen wurde - im Generalverkehrsplan war nicht einmal die Selfkantstraße erwähnt - war die allgemeine Erregung

verständlich. In dem Schreiben an den Minister hieß es u.a.: "Das die Pressestimmen z. T. aus CDU-orientierten Zeitungen stammen, ändert nichts an der Tatsache, daß sich auch die immerhin fast 40 % SPD-Wähler des Kreises Erkelenz von ihrer Regierung genauso verlassen fühlen."

Zu einer heftigen Kontroverse kam es dann im Wahlkampf, als der Erkelenzer Pastor W. Bosch die Entfernung von Plakaten forderte, die mit dem Slogan "Die Zukunft wird nicht schwarz - wir sorgen dafür!" auf drohende Zechenstilllegungen reagierten. In die Diskussion, die auch in der Presse beachtlichen Niederschlag fand, griffen auch der Ortsverein und der Unterbezirk mit offenen Briefen ein. Schon zwei Monate vorher hatte sich der Ortsverein einem Brief an Pastor Bosch dagegen gewandt, daß in allen Sonntagsmessen für eine CDU-Versammlung geworben wurde und die Unterlassung von Parteipropaganda in der Kirche gefordert.

Für die Erkelenzer SPD wurde 1971 dann zu einem Jahr vorher nie gekannter Aktivitäten. Wenngleich die Gründung des (Groß-)Ortsvereins Erkelenz am 5. März die Parteiarbeit auf eine umfassendere Basis stellte und die Partei hier das vollzog, was die Gebietsreform für die Kommunen bringen würde, so blieben die eigentlichen Initiativen doch vorläufig eindeutig beim Distrikt Erkelenz und seinem Vorstand, dessen Leitung Günther Merkens in der Hauptversammlung am 26. März übernommen hatte. Der Kern des neuen Vorstandes hatte schon vor seiner eigentlichen Wahl wichtige Vorarbeit geleistet: er bereitete einen Festakt vor, der dem 25jährigen Bestehen der SPD in Erkelenz nach dem Kriege gewidmet war.

Das Jahr 1971 in seiner chronologischen Folge:

5. März:

Die bisher selbstständigen Ortsvereine Erkelenz, Golkrath, Hetzerath, Immerath, Kückhoven, Lövenich, Schwanenberg schließen sich zum Ortsverein Erkelenz zusammen. Gerderath nimmt noch eine abwartende Haltung ein, weil noch nicht entschieden ist, ob es zur Stadt Erkelenz oder zu Hückelhoven kommen wird. Die bisherigen Ortsvereine werden Distrikte im Ortsverein Erkelenz. Die Wahl des neuen OV.-Vorstandes erfolgt in einer Mitgliederversammlung in der Oerather Mühle. Der erste Vorstand:

1.. Vorsitzender Peter Fischermann; Vertreter Erwin Mathissen, Manfred Kamphausen; Schriftführer: Bruno Felz; Kassierer: Wilhelm Stein. Die Distrikte sind mit je einem Vertreter als Beisitzer beteiligt: Erkelenz: Josef Lennartz, Golkrath: Horst Krause, Hetzerath: Willi Mertens, Immerath: Jürgen Aretz, Kückhoven: Theo Hübgen, Lövenich: Willi Goeres, Schwanenberg: Manfred Halfpapp.

26. März:

Hauptversammlung des Distriktes Erkelenz-Mitte. Bei der Vorstand-Neuwahl werden gewählt: 1. Vorsitzender: Günther Merkens, 2. Vorsitzender: Siegfried Ruffert, Schriftführer: Josef Lennartz, Kassierer: Friedel Ochmann, Beisitzer: Marianne Stein, Wilhelm Stein, Wilhelm Hoitz.

24. April:

"1946-1971 - SPD in Erkelenz" Festakt im alten Rathaus. Zahlreiche Gäste bringen Grüße: Für den Kreis Erkelenz: Landrat Josef Rick, für die Stadt Erkelenz: stellvertr. Bürgermeister Friedel Krings, für die CDU: Josef Sommer und viele andere mehr bewiesen ihr Interesse. Der 1. Vorsitzende Günther Merkens eröffnete und begrüßte die Anwesenden, Siegfried Ruffert hielt einen lokalgeschichtlichen Rückblick. Der Festredner Hans Reimann, Düsseldorf, sprach zum Thema "Von der Klassenpartei zur Volkspartei". Anlässlich des Jubiläums wurden folgende Mitglieder mit der silbernen Ehrennadel für 25jährige Treue geehrt: Maria Theissen, Dr. Otto Krüll, Otfried Jansen, Johann Bräutigam, Siegfried

Ruffert (alle Erkelenz) und Jakob Schiffer (Hetzerath). Zum Abschluß des Jubiläums hatte der Distrikt zu einem Familienabend in die Oerather Mühle eingeladen. Eine kleine Festschrift (Auflage 300 Stück) erinnerte an diesen Tag.

Wenngleich die Veranstaltungen des Jahre 1971 mit diesen Terminen erst begonnen hatten, muß hier zunächst eine Unterbrechung des Berichtes erfolgen. Es muß nämlich noch einmal auf die **Anfänge der anderen Distrikte des Ortsvereins Erkelenz** eingegangen werden.

Es wurde bisher fast ausschließlich vom Ortsverein bzw. dem Distrikt Erkelenz berichtet. Daher muß hier wenigstens in Kürze nachgetragen werden, daß und wie die Parteiarbeit allmählich auch die kleineren Orte der Erkelenzer Umgebung erreichte.

In der ersten Nachkriegszeit, als in Eile die Vorarbeit für die neuen Kommunalparlamente zu leisten war, kam vor, daß Vertreter der Parteien auch Nichtmitgliedern anboten in ihrer Liste zu kandidieren. Das war dann zwar die Ausnahme, aber besonders in den kleinen Gemeinden wurde manchmal so verfahren. Mit der wachsenden Festigung des parlamentarischen Systems konnten die Parteien dann, wenn auch manchmal nur unter Schwierigkeiten, ausschließlich eigene Kandidaten vorstellen. In etlichen Ortschaften stellten sich auch parteilose Kandidaten in eigenen Listen zur Wahl und erreichten genug Stimmen, um in die Gemeindevertretung einziehen zu können.

Als, wie berichtet, die **Gerderather Genossen** im November 1959 einen eigenen Ortsverein gründeten, hatten sich innerhalb des SPD-Kreisverbandes Erkelenz schon mehrere Ortsvereine gebildet. Innerhalb des heutigen Erkelenzer Stadtgebietes war schon 1946 der **Ortsverein Hetzerath** gegründet worden.

In **Immerath** hatte Alfred Röder mit einigen Genossen 1948 einen SPD-Stützpunkt aufgebaut. Auch in **Venrath und Katzem** gab es frühe Ortsvereinsgründungen.

Immer waren es einzelne Genossen, die durch ihren persönlichen Einsatz Vorbild und Ansporn für neue Mitglieder waren. Unvergessen ist hier z. B. **Gottfried Mathissen** aus Katzem (geb. 1900), der schon 1930 SPD-Mitglied wurde und sofort nach 1945 als einer der eifrigsten Organisatoren der jungen Partei hervortrat.

Um 1964 waren in **Schwanenberg** Willi Richter und Ernst Wiescher aktive Mitbegründer des Ortsvereins Schwanenberg. (Die Zusammenhänge sind hier nicht klar. Es überrascht, daß die SPD schon 1948 mit 6 Vertretern den Schwanenherger Gemeinderat besetzte, aber erst 1964 eine eigene Organisation gehabt haben soll (s. Anhang: SPD-Vertreter in den Gemeindeparlamenten)).

Der Ortsverein **Golkrath** entstand 1965 maßgeblich durch die Initiative von Horst Krause, der vorher in Erkelenz organisiert war.

Der Ortsverein **Kückhoven** folgte 1967 (Theo Hübgens). Dieser Ortsverein schloß sich 1971 allerdings wieder dem Ortsverein Erkelenz an. Auch Venrath gab 1970 seine selbstständige Organisation auf und die wenigen Mitglieder kamen zum OV. Erkelenz.

Die Mitglieder aus **Kuckum**, die bis 1972 zum Ortsverein Wickrath gehört hatten, kamen im Rahmen der Kommunalreform nach Erkelenz und wurden hier vom Distrikt Erkelenz betreut, bis sich 1976 der neue Distrikt Venrath-Kuckum-Keyenberg bildete. Hier ist vor allem Willi Pieck aus Kuckum zu nennen.

Im Bestreben, die Parteiarbeit zu straffen, wohl aber auch, um dem größeren Distrikt Erkelenz einen mitgliederstarken Block entgegenstellen zu können, schlossen sich 1974 die Distrikte Lövenich (von hier war der Zusammenschluß in der Hauptsache betrieben worden), Kückhoven und Immerath zum Distrikt Erkelenz-Süd zusammen. Gleichzeitig entstand darin der Stützpunkt Holzweiler. Dieser Neugründung blieb der Erfolg jedoch versagt, so daß inzwischen wieder die Distrikte Lövenich, Kückhoven und der zusammengefaßte Distrikt Holzweiler-Immerath bestehen.

Zurück zum Jahr 1971:

Wenn das Jahr 1971 für die Erkelenzer SPD mit der wichtigen Vorstandswahl und dem Festakt im alten Rathaus schon wichtige Zeichen setzte, so bestimmte ein anderes Thema viel entscheidender die Jahresarbeit: die Kommunalreform - das Aachen-Gesetz.

Die Erkelenzer SPD war zutiefst davon überzeugt, daß dieses Gesetz falsch angelegt sei. Als Schriftführer des SPS-Distriktes Erkelenz schrieb ich damals: "Wenn man Neuordnen will, darf man nicht von einem, vor 150 Jahren willkürlich entstandenen Verwaltungskörper ausgehen. In der Zwischenzeit haben sich völlig neue Strukturen gebildet. Der Kreis Erkelenz ist eindeutig nach Mönchengladbach-Düsseldorf, keinesfalls nach Aachen orientiert wie es für den Raum Geilenkirchen zweifellos der Fall ist. Trotzdem gingen alle Verhandlungen bis kurz vor der 1. Lesung des Gesetzentwurfes allein von dem bloßen Zusammenfügen der Kreise Erkelenz und Geilenkirchen/Heinsberg aus. Jeder der Kreise suchte für sich günstige Ausgangspositionen zu schaffen. ... "

Am 29. Juni 1971 wurde das Aachen-Gesetz in seiner 1. Lesung im NRW-Landtag behandelt. Seitdem lag ein Alternativentwurf der SPD-Landtagsfraktion vor, der das Wort "Umlandkreis" zu einem neuen Faktor in der Diskussion um die Gebietsreform machte. Dazu erläuterte der SPD-Distrikt Erkelenz in seinen "Mitteilungen" Nr. 9, September 1971:

"Das aktuelle Wort: Umlandkreis"

"Erst mit der 1. Lesung des Aachen-Gesetzes ist die volle Problematik klar geworden, die die verschiedenen Neugliederungsmöglichkeiten mit sich bringen. Was man bis dahin kannte, hier das vernünftige Einigen in neuen leistungsfähigen Gemeinden, dort das Gerangel um kaum noch zu verteidigende Selbstständigkeiten, war nur ein Teil des Ergebnisses, das die Neugliederungskommission erarbeitete. Darüber hinaus hatte sich die SPD-Landtagsfraktion auch Gedanken gemacht und machen müssen, wie eine über die Grenzen des Regierungsbezirks Aachen hinausgehende Konzeption aussehen könne. Diese Alternative, der Umlandkreis, wird von der SPD-Fraktion vertreten. Die Erkelenzer SPD sieht in diesen Vorschlägen eine interessante, für die Bevölkerung bemerkenswerte Entwicklung. Sie sollte auf jeden Fall einer ernsthaften Diskussion wert sein. Worum geht es?"

1. Die im Gesetz vorgesehene Zuordnung der Kreise Geilenkirchen/Heinsberg und Erkelenz zu einem neuen Kreis Heinsberg entspricht nicht der im Gesetzeszweck geforderten Ausrichtung der Mittelzentren nach Oberzentren.

2. Der gesamte Kreis Erkelenz und auch der Raum Heinsberg, Wassenberg sind schon heute eindeutig nach Mönchengladbach hin orientiert. Diese Mittelzentren sind also auf das Oberzentrum Mönchengladbach ausgerichtet.

3. Die als Verflechtungsgebiete anerkannten Gemeinden Heinsberg, Oberbruch, Hückelhoven sollen nicht zerschnitten werden. D. h. die neuen Gemeinden Hückelhoven, Heinsberg und Wassenberg

sollen geschlossen entweder dem neuen Kreis Aachen (einschl. Monschau und Geilenkirchen) oder dem zu bildenden Umlandkreis Mönchengladbach zugeordnet werden.

4. Der Regierungsbezirk Aachen wird als solcher nicht bestehen bleiben. Aachen wird als zentraler Punkt mittlerer Stufe (Oberzentrum) den Städten Mönchengladbach und Krefeld gleichrangig sein. Sollte der im Gesetzentwurf vorgesehene Zusammenschluß der Kreise Geilenkirchen/Heinsberg und Erkelenz verwirklicht werden, würde der gesamte Erkelenzer Raum zur äußersten Randzone des neuen Regierungsbezirks Köln werden.

5. Ein sehr wichtiges Argument ist, daß der neue Kreis Heinsberg wirtschaftlich nicht gerade ein Kraftprotz ist. Mit einem Schwerpunkt 1. Ordnung (städtische Verflechtungsgebiet) und drei Schwerpunkten 3. Ordnung (Erkelenz, Geilenkirchen und Wegberg) ist ein ausgewogenes System zwischen den Schwerpunkten nicht gegeben. Dieser Kreis hätte kaum ein Gewicht im Verhältnis zu den Oberzentren Aachen und Mönchengladbach. Dagegen wäre der zu bildende Umlandkreis (mit 425.000 Einwohnern) wirtschaftlich ausgeglichen und durchaus ein Gegenpol zu den Oberzentren.

Einig mit den Parteifreunden in Wegberg und Wassenberg fordert der SPD-Distrikt Erkelenz, die Kreisneuordnung erst im Rahmen des Neugliederungsverfahrens im Raume Mönchengladbach, Krefeld, Düsseldorf (1974) zu treffen. Bis dahin soll der jetzige Kreis Erkelenz einschließlich des städtischen Verflechtungsgebietes als Übergangskreis bestehen bleiben. ..."

Der Geschäftsbericht des SPD-Distriktes Erkelenz stellte die Entwicklung dann im Zusammenhang dar:

"Die politische Arbeit des Distriktes Erkelenz hatte 1971 ihren Schwerpunkt eindeutig in den mit der kommunalen Neugliederung zusammenhängenden Fragen.

Hier arbeiteten Vorstand und Fraktion eng zusammen. Seit der ersten Lesung des Aachen-Gesetzes im Landtag am 29. Juni 1971 lag ein Alternativ-Entwurf der SPD-Landtagsfraktion vor, der von Dr. Antwerpes vorgetragen und erläutert wurde. In dieser Alternative sahen wir eine, den Interessen des Erkelenzer Raumes wesentlich besser entsprechende Grundlage, als sie der Regierungsentwurf darstellte. Der Distrikt Erkelenz hatte daher Dr. Antwerpes am 23. August (nach den Sommerferien) eingeladen, seinen Plan in einer gemeinsamen Sitzung der Fraktion und des Vorstandes darzulegen. Seine Argumente überzeugten so, daß die Erkelenzer SPD Fraktion am 25. August einen Antrag an den Rat der Stadt einbrachte, die Neuordnung des hiesigen Raumes bis zur Neuordnung des Raumes Mönchengladbach zurückzustellen. Die gleiche Forderung wurde damals auch in der Erkelenzer CDU diskutiert.

Am 27. August sprach Dr. Antwerpes vor den Parteivorständen des Kreises Erkelenz zum gleichen Thema. Dem folgte am nächsten Tag eine Pressekonferenz in der Wegberger Burg. Das Echo in der Presse war außerordentlich positiv. Anfang September informierte der Distrikt Erkelenz Mitglieder und Bevölkerung in seinen 'Mitteilungen', die in einer Auflage von 1000 Stück verteilt wurden. Auch in einer öffentlichen Versammlung wurde das Thema am 16. September diskutiert. Die Erkelenzer Presse brachte ausführliche Berichte.

Wichtige weitere Stationen waren: Die Sitzung des Stadtrates am 24. September, in der Punkt 2 der Tagesordnung, die kommunale Neugliederung, auf Drängen der SPD-Fraktion abgesetzt wurde, weil sich in Düsseldorf neue Gesichtspunkte ergeben hatten, die vorher formuliert werden mußten. Dies geschah am 26. September in einem Gespräch der Verwaltung mit den Fraktionsprechern. In der dort erarbeiteten Stellungnahme zur Neugliederung des Raumes Erkelenz, fanden die Vorstellungen

der SPD entscheidenden Eingang. Diese Stellungnahme wurde am 29. September im Rat einstimmig gutgeheißen und anschließend auch von fast allen Gemeindevertretungen der künftigen Stadt Erkelenz unterstützt.

Am 5. Oktober kam der Ausschuß für Verwaltungsreform des Landtages zu einer Bereisung in den Kreis Erkelenz und zu einer Anhörung nach Weisweiler. Bei dieser Bereisung gefallene Äußerungen verschiedener Ausschußmitglieder veranlaßten den Distrikt Erkelenz, in einem Schreiben an den Fraktionschef Dr. Kaßmann (Kopien an die gesamte Landtagsfraktion) auf kommunale und parteipolitische Konsequenzen hinzuweisen. Dieser Brief fand starke Beachtung, und wir haben Grund zu der Annahme, daß gerade dieser Brief unsere Düsseldorfer Fraktion zu einer neuen Sicht des Problems 'Kreis Erkelenz' brachte.

Wir blieben bemüht, die Mitglieder des Verwaltungsausschusses und der Landtagsfraktion für Erkelenz als richtigen Kreissitz zu überzeugen. In einem Eilbrief an den Vorsitzenden des Ausschusses Heinz Dunkel brachten wir am 27. Oktober 1971 weitere Argumente vor (Kopien an die SPD-Mitglieder des Ausschusses). Wirklich traf die SPD am nächsten Tag im Landtagsausschuß einen Vorentscheid für Erkelenz, während sich die CDU für Geilenkirchen aussprach. Hoffnung auf eine günstige Entscheidung für Erkelenz nährte auch Minister Posser, der Erkelenz am 3. November besuchte.

Die Lage änderte sich bekanntlich, als am 25. November CDU und FDP im Ausschuß gegen Erkelenz, und anschließend die SPD und FDP gegen Geilenkirchen stimmten. Die FDP stellte den Antrag für Heinsberg, die SPD blieb bei Erkelenz. Am 30. November unterlag in der 2. Lesung des 'Aachen-Gesetzes' der Antrag der SPD für Erkelenz gegen CDU und FDP, die nun für Heinsberg stimmten.

Bis zuletzt waren die Mitglieder unserer Erkelenzer SPD-Fraktion im Landtag bemüht, nicht nur die SPD-Abgeordneten an ihr Wort für Erkelenz zu binden, sondern auch für Dr. Fell Schützenhilfe in der CDU-Fraktion finden. Die Erkelenzer SPD-Ratsmitglieder Wilhelm Jansen, Peter Fischermann und Günther Merkens waren in diesen Wochen acht Mal in Düsseldorf und sprachen mit Ministern und Abgeordneten. Die Erkelenzer CDU blieb passiv, bis die Entscheidung gefallen war. Fraktionschef Köppler hatte schließlich für die CDU Fraktionszwang angeordnet. Der Erkelenzer Dr. Fell schwieg im Plenum.

Bei der 3. Lesung des Gesetzes am 2. Dezember hätte nur noch ein Antrag des Dr. Fell die Lage für Erkelenz ändern können. Die SPD hatte keine Möglichkeit mehr initiativ zu werden. Ihr Antrag war abgelehnt. Damit wurde am 2. Dezember nur noch über das Gesetz in seiner Gesamtheit abgestimmt; die echte Entscheidung war am 30. November gefallen.

Wir bedauern diesen Ausgang. Wir behaupten nicht, daß die SPD-Initiative (Umlandkreis) in der vorgetragenen Form der Weisheit letzter Schluß gewesen wäre. Aber daß sie weder sachlich geprüft noch ernsthaft diskutiert wurde, macht die verabschiedete Lösung fragwürdig und fatal. Das undemokratische Durchboxen des Gesetzes mit Fraktionszwang steigert diesen Eindruck. In jedem Fall entspricht die Entscheidung nicht dem Wunsch der Mehrheit unserer Bevölkerung."

Die Folgen des 'Aachen-Gesetzes' wurden der Bevölkerungsmehrheit nur allmählich bewußt. Als am 23. April 1972 die neuen Kommunalparlamente gewählt wurden, honorierte sie den Einsatz der SPD für Erkelenz jedenfalls nicht.

Die Schaffung des Kreises Heinsberg, und damit verbunden, der Verlust des Kreissitzes für Erkelenz, brachte der Stadt Erkelenz vielfältige Probleme. Auch für die Parteiarbeit wurde die Neuordnung des Erkelenzer Umlandes zum neuen Stadtgebiet, das nun von Immerath bis Gerderath reicht, von Bedeutung. Was vorher in 9 selbstständigen Gemeindevertretungen entschieden wurde, fällt seitdem in den Aufgabenbereich des neuen Stadtrates. Diese Veränderung verlangte Umdenken für alle Beteiligten.

Der schon 1971 gegründete SPD-Ortsverein Erkelenz hat sich nach manchen Anfangsschwierigkeiten an die neue Dimension gewöhnt und ist mit seinen Distrikten voll arbeitsfähig.

Die nächsthöhere Parteiebene, der Unterbezirk, folgte der veränderten Lage am 19. März 1974 mit der Teilung des bisherigen UB Rurland und der Schaffung der neuen Unterbezirke Düren und Heinsberg. Der politische Kreis Heinsberg und der UB Heinsberg sind nun deckungsgleich.

Es war die selbstgestellte Aufgabe, in dieser Arbeit die Entwicklung der Sozialdemokratie im Erkelenzer Raum bis zur vollzogenen Gebietsreform darzustellen. Diese Aufgabe ist hiermit abgeschlossen.

Der Vorstand des SPD-Ortsverein Erkelenz nach 1945 (47)

(seit 1971 = Distrikt Erkelenz)

1. Vorsitzender

1946 Siegfried Ruffert
1948 Siegfried Ruffert
1950 Willi Friedrichs
1954 (kom.) Von den Driesch
1955 Hubert Müsch
1957 Bruno Felz
1958 Bruno Felz
1960 Siegfried Ruffert
1961 Siegfried Ruffert
1963 Peter Fischermann
1967 Peter Fischermann
1968 Georg Kiausch
1970 Peter Fischermann
1971 Günther Merkens
1973 Siegfried Ruffert
1975 Siegfried Ruffert
1977 Helmut Haßkerl

2. Vorsitzender erst ab 1957:

1957 Walter Kahmann
1961 Peter Fischermann
1963 Siegfried Ruffert
1967 Wilhelm Jansen
1968 Peter Fischermann
1971 Siegfried Ruffert
1973 Helmut Haßkerl
1975 Helmut Haßkerl
1977 Josef Lennartz

Schriftführer 1946

1950 Willi Friedrichs
1955 Josef Schmitz
1957 Walter Kahmann
1 960 Bruno Felz
1963 Bruno Felz
1967 Bruno F
1968 Bruno Felz
1971 Josef Lennartz
1973 Josef Lennartz
1975 Karl Heinz Nause
1977 Manfred Tkotz

Kassierer 1946 Paul Brünell

1950 Max Möller

1958 Max Möller

1960 Heinz Wittrock

1961 Bruno Felz

1963 Franz Pesch

1967 Franz Pesch

1968 Franz Pesch

1969 Heinz Frohn

1969 Aurelia Heinrich

1971 Friedel Ochmann

1973 Klaus Lazar

1975 Ulrich Corsten

1977 Ulrich Corsten

Die SPD-Fraktion des Erkelenzer Kreistages: (48)

Der erste Kreistag nach 1945 bestand aus 41 von der Militärregierung ernannten Mitgliedern. Er wurde durch den am 13.10.1946 gewählten Kreistag abgelöst. Er bestand aus 39 Mitgliedern: 35 CDU, 4 SPD-Vertreter.

1946: Kreistagsfraktion der SPD:

Friedrich Florack, Kleingladbach;

Franz Adolf Sommer, Lövenich

Siegfried Ruffert, Erkelenz

Matthias Gerards, Hilfarth

17.10.1948: 18 CDU, 7 SPD, 1 Zentrum, 1 Unabhängiger

(3 SPD-Vertreter erklärten im Verlauf der Wahlperiode ihren Austritt, behielten aber ihr Mandat als Unabhängige)

Die SPD-Fraktion 1948:

Mlodoch Gustav, Hückelhoven; Dr. Schiefer, Jakob, Erkelenz; Wernerus Peter, Hückelhoven; Picken Matthias, Katzem; Kleinen Gottfried, Wegberg; Bruns Josef, Ratheim; Hennig Anton, Arsbeck

9.11.1952: 25 CDU, 7 SPD, 3 Zentrum

Die SPD-Fraktion:

Bruns Josef, Ratheim, Rentner; Cremer Heinrich, Baal, Fräser; Falk Alfred, Hückelh., Kaufm.;

Friedrichs Willi, Erk., Reg.Insp.; Kleinen Fritz, Beeck, Verw.Ang.; Kochs Konrad, Hückelh., Berginv.;

Tiller, Walter, Ratheim, Kaufmann;

28.10.1956: 21 CDU, 10 SPD, 2 Zentrum

Die SPD-Fraktion:

Bruns Josef, Ratheim, Berginv.; Cremer Heinrich, Baal, Rentner; Falk Alfred, Hückelh., Kaufmann;

Kleinen Fritz, Beeck, Geschäftsf.; Maibaum Ctto, Hückelh., Bergmann; Mathissen Gottfr., Katzem,

Maurer; Münch Wilh., Gerderath, Pol.ObInsp.; Pistor Hermann, Beeck, kaufm. Ang.; Rosemann

Herm., Schaufenbg, Berginv.; Ruffert Siegfried, Erk., Kaufmann;

19.3.1961: 22 CDU, 9 SPD, 4 FDP

Die SPD-Fraktion: Bruns Josef, Ratheim, Rentner; Classen Konr., Hückelh., KrVerw.Rat; Falk Alfred,

Hückelh., Kaufmann; Kellotat Heinr., Doveren, Bergmann; Maibaum Otto, Hückelh., Bergmann;

Miesen Johann, Elmpt, Kaufmann; Münch Wilh., Gerderath, PolObInsp.; Pistor Hermann, Beeck

Verw.Ang.; Ruffert Siegfried, Erk., Kaufmann;

27.9.1964: 22 CDU, 13 SPD, 4 FDP, 2 UWG

Die SPD-Fraktion: Balzer Heinrich, Dalheim-Roedgen, Berufsschuldirektor; Bayer Karl, Hückelh.,

Lehrer; Bazaniak Sophie, Hückelhoven, Betriebssekretärin; Bruns Josef, Ratheim, Rentner; Falk Alfred,

Hückelh., Direktor; Florstedt Otto, Elmpt, Zollsekretär; Maibaum Otto, Hückelh., Bergmann;

Mattissen Erwin, Lövenich, Angest.; Münch Wilh., Gerderath, PolObInsp.; Pieper Otto, Gerderath,

Bergmann; Pistor Hermann, Beeck, Verw.Ang.; Ruffert Siegfried, Erkelenz, Kaufm.; Schloßmacher

Theo, Hetzerath, Zuschneider;

9.11.1969: 22 CDU, 11 SPD, 3 FDP, 2 UWG

Die SPD-Fraktion: Kampmeyer Kurt, Doveren, Lehrer; Maibaum Otto, Hückelh., Grubenkontr.; Gohla Emil, Schaufenberg, Bergmann; Steufmehl Hans, Hückelh., Betriebsl.; Falk Alfred, Hückelh., Direktor; Ruffert Siegfried, Erk., Kaufmann; Schwärzke Eberhard, Arsbeck, Gewerkschaftssekretär; Sondermann Joh., Hückelh., Bergbauingenieur; Heidt Werner, Gerderath, Masch.Schlosser; Mathissen Erwin, Lövenich, Verw.Ang.; Rudolf Adolf, Ratheim, techn. Ang.; Moll Herbert, Venrath, Mechaniker;

Die SPD-Fraktionen des Erkelenzer Stadtrates 1946-1971 (47)

15. 9.1946

Es stellten sich zur Wahl: CDU, SPD, KPD. Aber weder die SPD wie die KPD hatten Reservelisten eingereicht. Bei einem Stimmenanteil von 10,1 war die SPD nicht im Rat vertreten.

17.10.1948: CDU , SPD 4, FDP

SPD-Fraktion: Tillmann Karl, Dreher, Erkelenz; Theißen Heinr., Verw.Ang., Erk.; Ruffert Siegfried, Kaufmann, Erk.; Holländer Baltasar, Betriebsleiter, Erkelenz,;

9.11.1952: CDU 13, SPD 3, Zentrum 2

SPD-Fraktion: Friedrichs Willi, Reg.Insp., Erk.; Ruffert Siegfried, Kaufmann, Erk.; Theißen Heinr., Verw.Ang., Erk.;

28.10.1956: CDU 11, SPD 4, FDP 2, Zentr. 1

SPD-Fraktion: Müsch Hubert, techn. Ang., Erk.; Pesch Franz, Techn. Vorzeichner, Schmitz Josef, Verwaltungs-Ang., Theißen Heinr., Verwaltungs-Ang.,
(Anm.: Schmitz Josef schied aus der Fraktion aus, ebenso im November 1958 Müsch Hubert. Beide blieben als unabhängige Vertreter im Rat. Ursache waren persönliche Meinungsverschiedenheiten ob Müsch oder Theißen für den 2. Bürgermeister kandidieren sollte) (49)

19. 3.1961: CDU 15, SPD 5, FDP 4

SPD-Fraktion: Felz Bruno, KFZ-Meister; Fischermann Peter, kaufm. Ang.; Pesch Franz, techn. Ang.; Ruffert Siegfried, Kaufmann; Theißen Heinrich, Verw.-Ang.,

27. 9.1964: CDU 14, SPD 7, FDP 4

SPD-Fraktion: Lösche Rudolf, Postbeamter (Direktmandat); Dr. Schiefer, Jakob, Dipl.Volkswirt; Ruffert Siegfried, Kaufmann; Fischermann Peter, kaufm. Ang.; Pesch Franz, techn. Vorzeichner; Felz Bruno, KFZ-Meister; Hansen Hubert, Betriebsleiter;

9.11.1969: CDU 17, SPD 8, FDP 2

SPD-Fraktion: Jansen, Wilhelm, Richter; Kiausch Gcorg, Verw.Oberinspektor; Fischermann Peter, Geschäftsführer; Bongartz, Marianne, Journalistin; Hansen Hubert, Konstrukteur; Bilden Josef,

Verw.Angestellter; Mycielski Egon, Soldat; Meyersieck Stefan, Ingenieur; (Mycielski schied im April 1970 aus (Umzug). Merkens Günther, Verw.Oberinspektor, rückte aus der Reserveliste nach)

SPD-Vertreter in den bis 1971 selbstständigen Gemeinden des heutigen Stadtgebietes Erkelenz (47)

Amt Erkelenz-Land	1946 -
	1948 Wenzel Helmut, Reg.Insp., Golkrath; Bohnstedt Eberh., Uhrmacher, Houver.; (ausgeschieden, Ersatzmann: Köhler Arthur, Direktor a.D., Grambusch)
	1952 Hennemann Herm., Verw.Ang., Kückhoven; Köhler Arthur, Direktor a.D., Grambusch; Wenzel Helmut, Reg.Insp., Houverath;
	1956 Möller Max, Maurerpolier, Gerderath; Münch Wilh., PolObInsp., Gerderath; Schleiden Albert, Elektr., Golkrath;
	1961 Cordoni Karl, Bergmann, Gerderath; Markosch Jürgen, Bergmann, Gerderath; Mäurer Walter, Beamter, Lentholt; Münch Wilh., PolObInsp., Gerderath; Sieben Wilhelm, Ang., Gerderath;
Gemeinde Granterath	1946 ?
	1948 Lenzen Hubert, Kraftfahrer, Hetzerath; Steinfals Leo, Arbeiter, Hetzerath;
	1952 Anselstetter Joh., Masch.-Schlosser, Hetzerath; Lenz Johann, Bergmann, Hetzerath; (ausgeschieden, an seine Stelle: Steinfals Leo, Arbeiter, Hetzerath;)
	1956 Girms Heinrich, Schreiner, Hetzerath; Dominik Karl, Bergmann, Hetzerath; Schloßmacher Theo, Zuschn., Hetzerath;
	1961 Bach Willi, Polier, Granterath; Dominik Karl, Bergmann, Hetzerath; Schloßmacher Theo, Zuschn., Hetzerath; Winkens Heinz, Kaufmann, Granterath;
	1964 Schloßmacher Theo, Zuschn., Hetzerath; Ketter Peter, Invalide, Hetzerath; Winkens Heinz, Kaufmann, Granterath; Littfinski Fritz, Schlosser, Hetzerath; Scharfenberg H.-Joachim, Installateur, Hetzerath;
	1969 Schloßmacher Theo, Zuschn., Hetzerath; Girms Heinrich, Schreiner, Hetzerath; Schleberger Rich., Lehrer, Granterath; Scharfenberg H.-Joachim, Heizungsmonteur, Hetzerath;

Gemeinde Lövenich

- 1946
- 1948 Amels Johann, Maurer; Lennartz Christian, Polier
- 1952 Dederichs Josef, Schmied, Lövenich; Mathissen Gottfried, Maurer, Katzem; Muckel Jakob, Maurer, Katzem; Vomberg Martin, Zuschneider, Lövenich;
- 1956 Baumanns Hubert, Maurerpolier, Löven.; Mathissen Gottfried, Maurer, Katzem; Muckel Jakob, Maurer, Katzem; Vomberg Martin, Zuschneider, Lövenich;
- 1961 Dederichs Josef, Schmied, Lövenich; Mathissen Gottfried, Maurer, Katzem; Muckel Jakob, Maurer, Katzem; Vomberg, Martin, Zuschneider, Lövenich;
- 1964 Mathissen Gottfried, Maurer, Katzem; Meuser Leo, Maschinenbauer, Lövenich; Vomberg Martin, Rentner, Lövenich; Muckel Jakob, Maurer, Katzem;
- 1969 Mathissen Gottfried, Rentner, Katzem; Mathissen Erwin, Verw.Beamter, Löven.; Weiß Otto, KFZ-Schlosser, Lövenich; Henseler Hans, Kontrolleur, Katzem;

Gemeinde Gerderath

- 1946 ?
- 1948 -
- 1952 Brokob Eduard, Pol.Sekr., Gerderath;
- 1956 Münch Wilhelm, Pol.Ob.Insp., Gerderath
- 1961 Cordoni Karl, Bergmann, Gerderath; Dietrich Roland, Bergmann, Gerderath; Grünwald Georg, Bergmann, Gerderath; Karkosch Jürgen, Bergmann, Gerderath; Münch Wilhelm, Pol.Ob.Insp., Gerderath; Reimer Herbert, Bergmann, Gerderath; Sieben Wilhelm, Pol.Ang., Gerderath;
- 1964 Kalisehe Karl-Heinz, Bergmann, Gerderath; Karkasch Jürgen, Bergmann, Gerderath; Heidt Werner, Masch.-Schlosser, Gerderath; Pieper Otto, Bergmann, Gerderath; Münch Wilhelm, Pol.Ob.Insp., Gerderath; Borutta Josef, Bergmann, Gerderath; Ort Erich, Bergmann, Gerderath;
- 1969 Walter Günther, Angestellter, Gerderath; Heidt Werner, Schlosser, Gerderath; Zacsyk Günther, Chemie-Werker, Gerderath; Klempert Kurt, Bergmann, Gerderath; Reimer Herbert, Bergmann, Gerderath; Domke Reinhold, Bergmann, Fronderath;

Gemeinde Golkrath	1946	?
	1948	Schleiden Albert, Elektr., Hoven; Bohnstedt Eberh., Uhrmacher, Golkrath; (ausgeschieden, Nachfolger lt. Liste: Koch Adolf und Wenzel Helmut, Golkrath)
	1952	SchneiderPaul, SpinnereiArb., Houverath;
	1956	Schleiden Albert Elektriker, Golkrath; Wilms Johann, Spinner, Hoven;
	1961	Dossow Erich, Kraftfahrer, Hoven; Swoboda Horst, Kraftfahrer, Houverath;
	1964	Dossow Erich, Kraftfahrer, Hoven;
	1969	Frisch Bernhard, Tischler, Golkrath; Krause Horst, Werkzeugmacher, Golkrath; Laufs Ernst, Landwirt, Hoven;
Gemeinde Kückhoven	1946	?
	1948	-
	1952	-
	1956	-
	1961	-
	1964	-
	1969	Hübgens Theo, Posthalter, Kückhoven; Meier Heinz, Angestellter, Kückhoven; Trebels Christian, Reisender, Kückhoven;
Gemeinde Schwanen berg	1946	?
	1948	Michel Josef, Schlosser, Lentholt; Zischke Otto, Landwirt, Schwanenberg; Sohlase Willi, o.B., Genhof; Bähmisch Wilhelm, Dreher; Fähndrich Wilh., Polsterer, Grambusch; Köhler Arthur, Direktor a.D., Grambusch;
	1952	Köhler Arthur, Direktor a.D., Grambusch;
	1956	Allwicher Karl, Landwirt, Genfeld; Richter Wilh., Fleischermeister, Lentholt;

	1961	Mäurer Walter, Postbeamter, Lentholt; Richter Wilhelm, Oberheizer, Schwanenberg; Theißen Karl, Landwirt, Grambusch;
	1964	Wiescher Ernst, Rentner, Schwanenberg; Richter Wilh., Oberheizer, Schwanenberg; Mooshöfer Wilh., Bergmann, Schwanenberg; Landmesser, Fritz, Schreinermeister, Schwanenberg;
	1969	Westermann Günther, Landwirt, Genhof; Theißen H.G., Bezirksverkaufsleiter, Grambusch; Landmesser Hugo, Fliesenlegermeister, Schwanenberg; Müller Günther Müller, Günther, Betriebsprüfer, Schwanenberg; Kamphausen Manfred, Lehrer, Schwanenberg.;
Gemeinde Venrath	1946	?
	1948	-
	1952	-
	1956	-
	1961	Hoitz Wilhelm, Lagerist, Venrath;
	1964	Hoitz Wilhelm, Lagerist, Venrath;
	1969	-
Amt Holzweiler	1946	?
	1948	Weber Ludwig, Landarbeiter, Holzweiler; Rüttgens Lambert, Bote, Immerath;
	1952	Behrens Faul, Landarbeiter, Holzweiler; Hintzen Heinrich, Kaufmann, Keyenberg; Rüttgens Lambert, Bote, Immerath; Schoeler Eldor, Friseur, Immerath; Sonn Josef, o.B., Keyenberg;
	1956	Von Gehlen Peter, Seiler, Holzweiler; Räder Alfred, Schneidermeist., Immerath; Rüttgens Lambert, Bote, Immerath; Teich Franz, Kassierer, Holzweiler;
	1961	Rüttgens Lambert, Bote, Immerath;
Gemeinde Borschemich	1946 – 1969	kein SPD-Vertreter

Gemeinde Holzweiler	1946	?
	1948	Weber Ludwig, Landarb., Holzweiler; Köpp Martin, o.B. Froitzheim Wilhelm, Fabrikarbeiter,
	1952	Behrens Faul, Landarb., Holzweiler; Von Gehlen Peter, Seiler, Holzweiler; Weber Ludwig, Landarb., Holzweiler;
	1956	Von Gehlen Peter, Seiler, Holzweiler; Weber Ludwig, Rentner, Holzweiler;
	1961	-
	1964	-
	1969	-
Gemeinde Immerath	1946	-
	1948	Rombey Josef, Fabrikarbeiter, Immerath; Rüttgens Lambert, Bote, Immerath;
	1952	Röder Alfred, Schneidermeister, Immerath;
	1956	Röder Alfred, Schneidermeister, Immerath; Rüttgens Lambert, Bote, Immerath;
	1961	Röder Alfred, Schneidermeister, Immerath; Rüttgens Lambert, Bote,, Immerath;
	1964	Röder Alfred, Schneidermeister, Immerath; Moll Adam, Buchhalter, Immerath; Rüttgens Lambert, Rentner, Immerath;
	1969	Röder Alfred Schneidermeister, Immerath; Felten Herm.-Josef, Bergmann, Pesch; Steuer Alexander, Kraftf., Lützerath;
Gemeinde Keyenberg	1946	?
	1948	-
	1952	Hinzen Heinrich, Kaufmann, Keyenberg;
	1956	-
	1961	-

1964 -
1969 -

Zum Stadtgebiet Erkelenz gehören heute die ehemaligen Gemeinden Granterath/Hetzerath und Lövenich des Amtes Baal.

Amt Baal	1946	?
	1948	
	1952	Cremer Heinrich, Fräser, Baal; Richterich Peter, Invalide, Doveren; Scheffler Wilh., Invalide, Katzem; Vomberg Martin, Zuschneider, Lövenich;
	1956	Bennetreu Leonhard, Rentner, Baal; Cremer Heinrich, Rentner, Baal; Dederichs Josef, Schmied, Lövenich; Ketter Hans, Bergmann, Doveren; Ketter Peter, Invalide, Hetzerath; Vomberg Martin, Zuschneider, Lövenich;
	1961	Bennetreu Leonhard, Rentner, Baal; Dominik Karl, Bergmann, Hetzerath; Kellotat Heinrich, Bergmann, Doveren; Vomberg Martin, Zuschneider, Lövenich;

Die erste Fraktion des neuen Stadtrates nach der Kommunalreform wurde in der Kommunalwahl am 23.4.1972 gewählt.

Das Wahlergebnis in %:

Stadt Erkelenz: CDU 56,6, SPD 31,2, FDP 4,8, UWG 7,3%

Die SPD-Fraktion:

Müller Günther, Schwanenberg (Direktmandat)

Jansen, Wilhelm, Erkelenz

Fischermann Peter, Erkelenz

Roder Reinhard, Gerderath

Mathissen Erwin, Lövenich

Merkens Günther, Erkelenz

Mertens Willi, Hetzerath

Krause Horst, Golkrath

Hübgens Theo, Kückhoven

Röder Alfred, Immerath

Kraemer Paul, Venrath

Heidt Werner, Gerderath

Kommunalwahlen

SPD-Wahlergebnisse im heutigen Stadtgebiet Erkelenz (in %)

Wegen der völligen Veränderung der Wahlbezirke ist ein Vergleich mit den früheren Ergebnissen für 1972 nicht mehr möglich

Gemeinde	1948	1952	1956	1961	1964	1969	1972
Granterath	28,6	21,8	33,2	31,1	42,2	33,7	
Lövenich	35,8	24,9	29,9	21,3	20,7	23,7	
Stadt Erkelenz	30,9	20,4	23,3	21,7	29,0	31,0	
Gerderath	10,9	11,5	20,1	40,4	34,2	30,7	
Golkrath	20,01	16,6	23,5	15,7	11,2	17,4	
Kückhoven	15,2	4,4	-	-	-	20,3	
Schwanenberg	20,3	18,6	16,0	30,7	33,7	35,2	
Venrath	-	-	-	13,2	15,2	5,9	
Borschemich	-	-	-	-	-	-	
Holzweiler	31,8	30,4	23,3	-	-	-	
Immerath	25,3	16,8	22,8	23,1	27,2	22,7	
Keyenberg	-	13,9	-	-	-	-	

Die Mitgliederentwicklung in den Distrikten des heutigen Ortvereines seit 1964

	Erk.	Venr.	Imm.	Löv.	Schw.	Hetz.	Gerd.	Golk.	Kück.	Holzw.
1964	32	10	12	18	-	22	51	-	-	-
1965	50	21	27	19	13	33	40	9	-	-
1966	59	23	31	25	16	27	41	10	-	-
1967	57	22	38	23	15	25	43	8	14	-
1968	58	16	19	23	15	24	41	5	32	-
1969	60	20	40	46	19	31	44	25	29	-
1970	64	18	28	52	21	31	47	32	31	-
1971	71									-
1972	1241)								- (1)	
1973	107									
1974	104									
1975	111	-	*	*	37	36	66	25	*	Distrikt Süd (+)123 (2)
1976	121	13	57	52	38	32	59	25	25	in Immerath enthalten

Quelle:

Angaben 1964-1970 = Unterlagen für Delegierten des UB- Parteitages 20.3.1971 in Wegberg.

Angaben zu 1976 = Anlage 4 des Geschäftsberichtes OV Erkelenz 14.9.74-27.11.76 (K.H. Nause, Schriftführer)

(1) 1972 schlossen sich die 24 Mitglieder aus Kückhoven dem Distrikt Erkelenz an; 1973 machten sie sich wieder selbstständig.

(2) Der Distrikt Süd hatte sich 1974 durch Zusammenschluß der Distrikte Lövenich, Immerath, Kückhoven und dem neu gegründeten Distrikt Holzweiler gebildet.

Fußnoten - Quellen

Die Anfänge (bis 1914)

- 1 Ludwig Puppke Sozialpolitik und soziale Anschauungen frühindustrieller Unternehmer in Rheinland und Westfalen (Rheinisches Wirtschaftsarchiv, Köln 1966)
- 2 Carl Jantke Der vierte Stand (Freiburg, 1955)
- 3 Ernst Schraepler Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland (Bd. 1, Göttingen, 1955)
- 4 Helga Grebing Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Dtv, München, 1970)
- 5 Wilhelm Mommsen Deutsche Parteiprogramme, Deutsches Handbuch für Politik (Bd. 1 München, 1960, 2. Auflage)
- 6 Festschrift: SPD-Unterbezirk Aachen 1963
- 7 Staatsarchiv Düsseldorf Regierung Aachen, Nr. 4801
- 8 Fülberth Georg Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von ihrer Gründung bis zum Ende des Sozialistengesetzes (In Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863-1975, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, 1975)
- 9 Golo Mann Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhundert (Frankfurt, 1958)
- 10 Gaspers/Sela Geschichte der Stadt Erkelenz (Stadt Erkelenz, 1926)
- 11 Staatsarchiv Düsseldorf Landratsamt Erkelenz, Nr. 188
- 12 Staatsarchiv Düsseldorf Landratsamt Erkelenz, Nr. 741
- 13 Materialsammlung der evangelischen Sozialeminare von Westfalen (Bd. 1, Witten, 1962)
- 14 Peter Heinz Seraphim Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Wiesbaden, 1962)
- 15 Statistik des Regierungsbezirk Aachen (Aachen, 1865, 3 Bde)
- 16 Josef Kahlau (in) Gerderath in Geschichte und Gegenwart (Gemeinde Gerderath, 1971, S. 169/171)
- 17 Staatsarchiv Düsseldorf Landratsamt Erkelenz, Nr. 66
- 18 Gustav Vos Schwanenberg 1972 (Evangelische Kirchengemeinde Schwanenberg)
- 19 Clemens Bruckner Zur Wirtschaftsgeschichte des Regierungsbezirk Aachen (Rheinisch-westfälisches Wirtschaftsarchiv, Köln, 1967)

20 Eugen Schriebl	Geschichte der sozialen Krankenversorgung vom Altertum bis zur Gegenwart (Bd. 1, Berlin-Charlottenburg, 1929)
21 "Echo der Gegenwart"	Zeitung, Aachen, 8.3.1856 (in Staatsarchiv Düsseldorf, Regierung Aachen, Nr. 749)
22 Staatsarchiv Düsseldorf	Regierung Aachen, Nr. 749
23 Staatsarchiv Düsseldorf	Regierung Aachen, Nr. 4801
24 Staatsarchiv Düsseldorf	Landratsamt Erkelenz, Nr. 183
25 Staatsarchiv Düsseldorf	Landratsamt Erkelenz, Nr. 195
26 Günter Bers/Michael Klöcker	Die Sozialdemokratische Arbeiterbewegung im Kölner Raum 1890-1895 (Einhorn-Presse, Wentorf/Hamburg, 1976)
27 Staatsarchiv Düsseldorf	Landratsamt Erkelenz, Nr. 187
28 Staatsarchiv Düsseldorf	Landratsamt Erkelenz, Nr. 188

II. Die Weimarer Republik 1918-1933

29 Richard Watt	Der Kaiser geht (S. Fischer-Verlag, Frankfurt, 1971)
30 Alfred Milatz	Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik (Schriftenreihe für politische Bildung, Heft 66, 2. Auflage, Bonn, 1968)
31 Statistisches Landesamt	50 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen, 1919-1968 (Heft 244) Nordrhein-Westfalen
32 Stadt Erkelenz	Chronik 1919
33 Stadt Erkelenz	Protokollbuch Stadtrat 1920
34	Gespräch mit Peter Brünell am 17.1.1967 (1890-1970)
35 Erkelenzer Kreisblatt	Jahrgang 1929 IV
36 Stadt Erkelenz	Chronik 1924
37 Erkelenzer Kreisblatt	Jahrgang 1929 IV
38 Stadt Erkelenz	Chronik 1930
39 Stadt Erkelenz	Chronik 1931
40	Die belgische Besatzung verfügte 1923 für 14 Erkelenzer Bürger die Ausweisung in das nicht besetzte Reichsgebiet

41 Mitgeteilt durch seine Tochter, Frau Marianne Stein-Bongartz

III. Illegales Wirken

Festschrift SPD Unterbezirk Aachen, 1963

IV. Neubeginn und Ausbau 1945-1971

42 Theo Stammen (Herausgeber) Einigkeit und Recht und Freiheit, DTV-Dokumente, München 1965

43 Mündliche Berichte von Franz-Adolf Sommer(1971, Siegfried Ruffert (1971 u. 1977)

44 Zitiert aus Festschrift: 1946-1971, 25 Jahre SPD Erkelenz, Herausgeber: SPD-Distrikt Erkelenz 1971 (Jos. Lennartz) (Alle Angaben stammen aus " Aachener Nachrichten" und wie Nr. 43)

45 Ab 1950 alle Angaben nach Protokollen, Schriftverkehr u.ä. des SPD-Distrikts Erkelenz

46 Zusammengestellt nach Akten des SPD-Distrikt Erkelenz

47 Angaben für 1948 nach Akten des Stadtarchiv Erkelenz und Kreisarchiv Heinsberg in Erkelenz (Im Staatsarchiv Düsseldorf waren Unterlagen der Kommunalwahlen 1946 und 1948 nicht findbar (21.2.1978), Angaben für 1946 fehlen völlig). Die Angaben zu den Wahlen 1952-1969 sind dem Heimatkalender der Erkelenzer Lande, jeweils ein Jahr nach der Wahl, entnommen.

48 Erkelenzer Nachrichten, 14.11.1958

Nachtrag

Nach der Fertigstellung des vorliegenden Manuskripts wurden mir zwei Arbeiten bekannt, die hier wichtig sind und einen Nachtrag rechtfertigen:

1. Michael Klöcker: Die Sozialdemokratie im Regierungsbezirk Aachen vor dem 1. Weltkrieg (Einhorn-Press-Verlag, Wentorf-Hamburg, 1977)
2. Herbert Lepper: Die politischen Strömungen im Regierungsbezirk Aachen zur Zeit der Reichsgründung und des Kulturkampfes 1876-1887 (Diss., Bonn 1967)

Michael Klöcker berichtet in 1. S. 59, daß es in der Wilhelminischen Epoche im Reichstagswahlkreis Geilenkirchen-Heinsberg-Erkelenz nicht zur Bildung eines Wahlkreis-Parteivereins der Sozialdemokraten kam. Sie blieben, wie in keinem anderen Teil des Regierungsbezirks, bedeutungslos.

Dann wird die auf Seite 34-36 dieser Arbeit bereits erwähnte. Versammlung im Erkelenzer 'Kömpchen' mit zusätzlichen Informationen geschildert: "Als schließlich im Oktober 1910 in Erkelenz eine öffentliche Versammlung der Sozialdemokraten mit Ansprachen der Kölner Genossen Erdmann und Hofrichter zustande kam, begrüßte das Parteiorgan der deutschen Sozialdemokratie, der "Vorwärts", dies als ein Zeichen dafür, daß auch ein Strahl des Lichts in diese dunkle Ecke des Westens gefallen (ist) und damit ein Licht entzündet, daß die schwarzen Dunkelmänner nicht mehr zum Erlöschen bringen werden."

Zu dieser Textstelle bringt der Verfasser in Anmerkung Nr. 160, S. 203 noch weitere Details: "Vorwärts Nr. 252 vom 27.10.1910, S. 2. In dem entsprechenden Artikel (Titel: 'Es tagt im dunkelsten Westen' wird mitgeteilt, daß ein Erkelenzer Bürger, "den mancherlei trübe Erfahrungen bezüglich unseres 'Rechtsstaates' ins Lager der Unzufriedenen geführt haben", der Sozialdemokratie einen als Kinematographen benutzten Saal zur Verfügung gestellt habe. Saal und Nebenräume seien "dicht gefüllt" gewesen. Erdmann habe "in längerer Rede ein Bild der gegenwärtigen Verhältnisse im Reich, Staat und Gemeinde (gegeben), daß etwas anders aussah, als es der Herr Pfarrer und das Kreisblättchen zu entwerfen beliebten. Kein Laut der Unruhe oder des Widerspruchs kam aus der Versammlung, dafür gab's, namentlich wenn die Rede aufs Zentrum kam, lebhaftere Zustimmungsrufe und zum Schluß großen Beifall, der auch Genossen Hofrichter, Köln, zuteil wurde, als er die Kritik des Zentrums mit einige scharfen Strichen ergänzte."

Die gleiche Anmerkung erwähnt zum Schluß sachlich:

"Ende Januar 1872 war eine lassalleianische Kundgebung in Erkelenz anscheinend immerhin von mehreren hundert Arbeitern und Bürgern besucht gewesen." Als Quelle wird die obige Dissertation von Herbert Wepper genannt. Tatsächlich fand ich nach diesem Hinweis drei Anzeigen im Erkelenzer Kreisblatt. Die erste erschien am 27. Januar 1872: "GROSSE ARBEITER-VERSAMMLUNG am Sonntag, den 28. d.M. nachmittags 1/2 4 Uhr im Lokale des Wirts A. Marx. Alle Arbeiter sind eingeladen." - Einen Bericht über die Versammlung brachte das Zentrumsblatt nicht, wohl aber folgende Anzeige (31. Januar 1872): "EIN BRAVO! dem Sammet-Arbeiter Albert Eschen aus Borschemich für die schöne Rede, welche er in der Arbeiter-Versammlung beim Wirte Marx zu Erkelenz am Sonntag den 28. d.M. gehalten hat. Auch bei der Association werden die Arbeiter nur durch andauernden Fleiß und Sparsamkeit, zu welchen die Religion Mut und Kraft gibt, dazu kommen, ihre Lage zu verbessern. Ein Arbeiter, der von Fremden nicht ge- noch verführt werden will."

(Albert Eschen begegnete uns schon Seite 20. Wenn der Name dort mit Escher gedeutet ist, mag auch Eschen richtig sein. Das handgeschriebene Schreiben des Keyenberger Bürgermeisters ist insgesamt schwer leserlich.)

In der gleichen Woche folgte eine dritte Anzeige (3. Februar 1872): "ARBEITER-VERSAMMLUNG in ERKELENZ! Am Sonntag, den 4. d.M., nachmittags 1/2 5 Uhr im Lokale des Herrn A. Marx zur Besprechung der sozialen Frage und Gründung eines Kreis-Erkelenzer-Arbeiter-Vereins. Es ladet alle Arbeiter des Kreises ergebenst ein das Komitee" (Die Wirtschaft Marx war in der Brückstraße, heute Nr. 59. Sie hieß später Bruns, heute Corsten.)

Über die Versammlung am 28. Januar 1872 berichtete der Erkelenzer Bürgermeister bereits am nächsten Tag dem Landrat Claessen, dieser am 31. Januar der Bezirksregierung in Aachen und der Regierungspräsident am 18. April dem König.

Herbert Lepper erwähnt diese Schreiben in seiner obengenannten Arbeit und schreibt selbst dazu: " ... Sogar in Erkelenz, der Kreisstadt eines vorwiegend landwirtschaftlich bestimmten Kreises, hielt der Präsidialbevollmächtigte der "Lassalleaner" für Mönchengladbach namens Sauren am 28. Januar 1872 eine Versammlung ab, die von mehreren hundert Arbeitern und Bürgern besucht wurde, 'bei der gänzlichen Teilnahmslosigkeit der hiesigen Arbeiter resp. Gewerbetreibenden in diesem ruhigen Kreise eine bemerkenswerte Erscheinung', wie der Landrat bemerkte. Zur Gründung eines Ortsvereins kam es jedoch nicht."

So hatte die Versammlung sicher örtliche Bedeutung, von einer fortdauernden Wirkung kann man jedoch nicht sprechen. Daher wurde auch der Frage, warum hier Sauren, an anderer Stelle aber Eschen genannt wird, nicht weiter nachgegangen.

Berichtigung : "100 Jahre Sozialdemokratie im Erkelenzer Raum"

Folgende sachliche Unrichtigkeiten entstanden während der Drucklegung durch Seitenverschiebung, bzw. wurden bei der Korrektur übersehen:

- | | |
|----------|---|
| Seite 9 | statt Fußnote (20), richtig (9) (Anm. Gesch._AG: hier S. 10) |
| Seite 14 | zum Bericht des Landrats vom 20.1.1888 gehört die Quellenangabe (17) (Anm. Gesch._AG: hier S. 13) |
| Seite 21 | letzte Zeile: (s.a. Anhang S. 102/103) (statt S. 104) (Anm. Gesch._AG: hier S.67-68) |
| Seite 36 | 8 Zeile v.u.: (s.a. Seite 101) (statt S. 103) (Anm. Gesch._AG: hier S. 67-68) |
| Seite 65 | 15 Zeile v.u.: Dr. Schiefer (Anm. Gesch._AG: hier S. 40) |
| Seite 78 | 17. Zeile v.o.: SPD-Distrikt (statt SPS-Distrikt) (Anm. Gesch._AG: hier S. 48) |